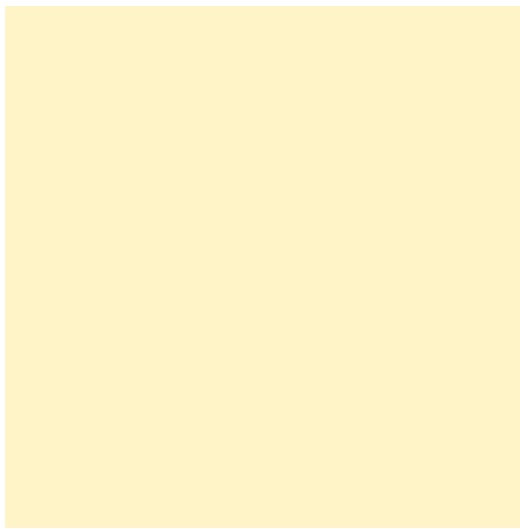


159. Rechenschaftsbericht des Regierungsrates
an den Kantonsrat von Appenzell Ausserrhoden 2017





Vorwort	3
Regierungsrat	5
Kantonskanzlei	15
Departement Finanzen	21
Departement Bildung und Kultur	29
Departement Gesundheit und Soziales	38
Departement Bau und Volkswirtschaft	48
Departement Inneres und Sicherheit	60
Statistischer Anhang	69

Vorwort

Sehr geehrter Herr Kantonsratspräsident
Sehr geehrte Kantonsrätinnen und Kantonsräte

Der Regierungsrat unterbreitet Ihnen zum letzten Mal den Rechenschaftsbericht in der Form, die Sie seit Jahren kennen. Im Zuge des Projekts «Regierungscontrolling» arbeitet der Regierungsrat derzeit an einer umfassenden Neugestaltung der Rechenschaftsablage, abgestimmt auf den Aufgaben- und Finanzplan, den der Kantonsrat 2017 zum ersten Mal zur Kenntnis nehmen konnte.

Das Berichtsjahr war einerseits geprägt durch zahlreiche Rechtsetzungsvorhaben und andererseits durch finanzpolitische Unsicherheiten. Im Bereich der Rechtsetzung zeigt sich deutlich, dass ein gewisser «Stau», der unter anderem in der Reorganisation der kantonalen Verwaltung begründet war, gelöst werden konnte. Die Ämter und Departemente sind in ihrer neuen Organisation definitiv angekommen und haben nun wieder deutlich mehr Kapazitäten, um sich wichtigen Sachgeschäften zu widmen. Die finanzpolitischen Unsicherheiten sind vor allem auf das überraschend schlechte Ergebnis der Staatsrechnung 2016 zurückzuführen. Dazu beigetragen haben aber auch diverse Entwicklungen, die im Berichtsjahr teilweise geklärt werden konnten, die teilweise aber noch immer offen sind. Dazu zählen etwa die Frage der Planbarkeit der Ausschüttungen der Schweizerischen Nationalbank, die Entwicklung der Steuererträge und der Aufwendungen für die Spitalfinanzierung, die Weiterentwicklung des Finanzausgleichs auf Bundesebene sowie die Ablehnung der Unternehmenssteuerreform III durch die Stimmberechtigten und die Ausgestaltung der nachfolgenden Steuervorlage 17.

In der Gesetzgebung prägten zahlreiche politisch sehr bedeutsame Vorlagen das Berichtsjahr. Allen voran beschlossen Regierungsrat und Kantonsrat, die Totalrevision der Kantonsverfassung anzugehen. Die Entscheidung der Stimmberechtigten zu dieser Frage steht noch aus. Mit dem Beschluss in 1. Lesung zur Teilrevision des Baugesetzes und mit der Genehmigung der Nachführung 2015 des kantonalen Richtplans machte der Kantonsrat den Weg frei für die räumliche Entwicklung des Kantons unter dem Regime des neuen Raumplanungsgesetzes. Grosse Aufmerksamkeit erhielt die Teilrevision des Spitalverbundgesetzes, welche der Kantonsrat in 1. Lesung behandelte. Diese Teilrevision soll es den Verantwortlichen ermöglichen, auf die rasanten Entwicklungen des Gesundheitswesens adäquat reagieren zu können. Mit der Genehmigung des Energiekonzepts 2017-2025 stellte der Kantonsrat die Weichen für die Energiepolitik des Kantons und damit auch für den Beginn der Umsetzung der Energiestrategie 2050 auf kantonaler Ebene.

Durch die erwähnten Unsicherheiten in finanzpolitischer Hinsicht erhielt das Thema der finanziellen Steuerung erhöhte Aufmerksamkeit, sowohl seitens des Regierungsrates als auch seitens des Parlaments. Der Regierungsrat ergriff im Frühjahr 2017 Sofortmassnahmen, um eine ähnlich negative Überraschung in der Staatsrechnung 2017 zu verhindern. So passte er den Fahrplan des Projekts Regierungscontrolling kurzfristig an und zog die Einführung von Instrumenten zur unterjährigen Steuerung des Finanzhaushalts um ein Jahr vor. Damit stellte er sicher, dass die daraus gewonnenen Erkenntnisse noch in den Voranschlag 2018 und in den Aufgaben- und Finanzplan 2019-2021 einfließen können. Bestätigt hat sich die Erkenntnis, dass der finanzielle Spielraum des Regierungsrates für die unterjährige Steuerung sehr beschränkt ist. Er bewegt sich in der Grössenordnung von maximal 5 % des Staatshaushalts. Immerhin gelang es der Verwaltung, Ausgaben von rund 6 Mio. Franken zu kürzen oder zurückzustellen. Der Abschluss 2017 zeigte, dass die Sofortmassnahmen zu Recht ergriffen wurden. Dank ihnen konnte die Rechnung voranschlagskonform gestaltet werden, wenn man vom Sondereffekt der Wertberichtigung auf dem Dotationskapital für den SVAR absieht.

Im Bereich der Organisationsentwicklung konnten im Berichtsjahr wiederum wichtige Meilensteine erreicht werden. Mit der Kenntnisnahme der Schlussberichte zu den Projekten ECM und Reorganisation der kantonalen Verwaltung (ReKVAR) durch den Kantonsrat wurden zwei zentrale Entwicklungsprojekte der letzten Jahre formell abgeschlossen. Mit dem neuen Aufgaben- und Finanzplan, den der Kantonsrat erstmals zur Kenntnis nehmen konnte, wurde die finanzielle und politische Planung und Steuerung auf eine komplett neue Grundlage gestellt.



Die Turbulenzen rund um den Spitalverbund belasteten das Verhältnis zwischen Parlament und Regierung spürbar. Ausdruck davon war die Verweigerung der Genehmigung des Gesundheitsberichts 2016 durch das Parlament. Die Turbulenzen führten unter anderem auch dazu, dass sich die Staatswirtschaftliche Kommission (StwK) erstmals überhaupt auf nur ein Thema konzentrierte und den Spitalverbund einer eigentlichen parlamentarischen Untersuchung unterzog. Der Regierungsrat hat sich eingehend mit den Ergebnissen des StwK-Berichts auseinandergesetzt und daraus seine Schlüsse gezogen. Er unternahm in der Folge diverse Anstrengungen, um die Zusammenarbeit mit dem Kantonsrat zu verbessern - insbesondere intensivierte er seine Kommunikation gegenüber dem Parlament weiter. Auf der operativen Ebene gelang es der 2016 eingesetzten Arbeitsgruppe Weiterentwicklung SVAR, diverse ungelöste Fragen zwischen Regierungsrat und SVAR aus der Vergangenheit innert kurzer Zeit zu regeln. Gleichzeitig arbeitete der Regierungsrat intensiv an der Übertragung der Immobilien des Psychiatrischen Zentrums an den SVAR im Baurecht, um so die Voraussetzungen für eine Weiterentwicklung dieses wichtigen Zweigs des SVAR zu schaffen.

Auch wenn das Verhältnis zwischen Regierungsrat und Kantonsrat bisweilen belastet war, so prägte die sachliche Prüfung der einzelnen Vorlagen und die kritische, aber doch konstruktive Auseinandersetzung mit der regierungsrätlichen Haltung die parlamentarische Arbeit sowohl in den Kommissionen als auch im Plenum. Dafür dankt Ihnen, geschätzte Kantonsrätinnen und Kantonsräte, der Regierungsrat.

Die Zusammenarbeit mit den Gemeinden war auch im Berichtsjahr von einer positiven und konstruktiven Grundhaltung geprägt. In diversen wichtigen Projekten - insbesondere in der Raumplanung - zeigten sich die unterschiedlichen Interessen von Kanton und Gemeinden mit aller Deutlichkeit. Differenzen wurden stets offen angesprochen und auch ausgetragen. Letztlich überwiegt aber stets die Bereitschaft zur konstruktiven Lösungsfindung im Interesse von Kanton und Gemeinden. Für diese offene und positiv-kritische Haltung gebührt den Gemeinden ein grosser Dank.

Herzlich danken möchte der Regierungsrat schliesslich den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der kantonalen Verwaltung. Sie haben mit ihrer Motivation, mit ihrem Fleiss und mit ihrer Kreativität dazu beigetragen, dass sich Appenzell Ausserrhoden auch 2017 in den verschiedensten Gebieten weiterentwickeln konnte. Sie sind aber nicht zuletzt auch die Garanten dafür, dass der Kanton im Alltag, im täglichen Kontakt mit den Einwohnerinnen und Einwohnern, als leistungsfähiger, korrekter und freundlicher Partner auftritt.

Im Namen des Regierungsrates

Paul Signer, Landammann

Roger Nobs, Ratschreiber

Regierungsrat

1. Allgemeines

Der Regierungsrat fällte in 37 Sitzungen insgesamt 634 Beschlüsse (2016: 606 Beschlüsse in 39 Sitzungen). Der Regierungsrat hat seine Bemühungen fortgesetzt, die Sitzungszeit zu konzentrieren und gleichzeitig mehr Zeit für die wesentlichen Geschäfte sowie für Konsultationen, Strategiesitzungen und Klausuren einzusetzen. Dies führt zu besser vorbereiteten und konsolidierten Anträgen und damit letztlich zu einer höheren Qualität der Beschlüsse. Gleichzeitig konnten dank steter Überprüfung der Zuständigkeiten eine Verringerung der Geschäftslast um rund 15 % in den letzten fünf Jahren erreicht werden. Dank dessen wurde auch die Anzahl der Sitzungen in den letzten fünf Jahren um rund 10 % reduziert - zugunsten vermehrter Strategiesitzungen und Klausuren.

In elf Strategiesitzungen und drei eineinhalbtägigen Klausuren widmete sich der Regierungsrat Schwerpunktthemen. Im Zentrum der Beratungen standen unter anderem das Regierungscontrolling (insbesondere der Aufgaben- und Finanzplan sowie der Steuerungsbericht), die Totalrevision der Kantonsverfassung, die Weiterentwicklung des Spitalverbundes Appenzell Ausserrhoden, diverse finanz- und steuerpolitische Themen, die Einführung eines betrieblichen Gesundheitsmanagements und verschiedene Fragen zur künftigen kulturpolitischen Ausrichtung.

Die Sach- und Terminplanung diskutiert der Regierungsrat neu insgesamt fünf Mal jährlich, wobei er sie zwei Mal formell verabschiedet. Damit wird das gesamte Gremium noch stärker als bisher in die bedeutenden Geschäfte miteinbezogen. Gleichzeitig bietet die häufigere Auseinandersetzung mit der Planung die Möglichkeit, neue Anliegen oder Planungsänderungen rascher diskutieren zu können. Der Regierungsrat kann so agiler handeln.

Im Rahmen des intensivierten Austausches mit anderen kantonalen Institutionen traf sich der Regierungsrat mit dem Büro des Kantonsrates, mit den Präsidien der kantonalen Gerichte, mit der Finanzkontrolle sowie mit dem Kirchenrat der evangelisch-reformierten Landeskirche beider Appenzell. Der Austausch mit der staatswirtschaftlichen Kommission des Kantonsrates (StWK) wurde terminlich und inhaltlich neu ausgerichtet und erstmals im September abgehalten. Inhaltlich lag der Schwerpunkt

auf der Besprechung des StWK-Berichts 2016 und den Schlussfolgerungen des Regierungsrates daraus.

Der Austausch mit den Wirtschaftsverbänden fand in Teufen statt. Neben einem Impulsreferat und einem Austausch zu den Gemeindestrukturen wurden die Auswirkungen der Ablehnung der Unternehmenssteuerreform III auf Appenzell Ausserrhoden diskutiert und ein Ausblick auf die Steuervorlage 17 gemacht. Die Umstrukturierung der Fachhochschule Ostschweiz und die Erwartungen der Ausserrhoder Wirtschaft im Bereich der Berufsbildung bildeten ebenfalls ein Thema. Schliesslich wurde über die Verbesserung der interkantonalen Zusammenarbeit in der Ostschweiz und über die Erwartungen des Regierungsrates an die Wirtschaftsverbände gesprochen.

Das Treffen mit den Vertreterinnen und Vertretern der Medien fand in der Prüfhalle des Strassenverkehrsamtes in Bühler statt. Der Leiter des Strassenverkehrsamtes und seine Mitarbeitenden boten zum Einstieg einen Einblick in ihre Arbeit, bevor sich die Mitglieder des Regierungsrates mit den Vertreterinnen und Vertretern der Medien informell austauschten.

Im Januar traf sich der Regierungsrat im Hotel Heiden mit den ehemaligen Mitgliedern des Regierungsrates und mit den alt Ratschreibern zum traditionellen Neujahrssessen. 15 der 18 zum Kreis Zählenden folgten der Einladung und liessen sich vom Regierungsrat über aktuelle Projekte informieren.

2. Organisationsentwicklung

Reorganisation der kantonalen Verwaltung (ReKVAR)

Im Berichtsjahr wurde das Grossprojekt auch finanziell formell abgeschlossen. Im Mai verabschiedete der Regierungsrat den Schlussbericht zuhanden des Kantonsrates, den dieser im Juni zur Kenntnis nahm. Darin betonte der Regierungsrat, dass die ReKVAR mit der Etablierung der neuen Strukturen nun nicht einfach «abgehakt» werde, sondern Ausgangspunkt für weitere Initiativen bilde. Eine Übersicht über die nachfolgenden Projekte im Bereich Organisationsentwicklung liefern die nachfolgenden Abschnitte. Der Verpflichtungskredit für ReKVAR über



Fr. 1,3 Mio. konnte mit einer kleinen Überschreitung von Fr. 19'203 abgerechnet werden.

Regierungscontrolling

Im Berichtsjahr konnte ein weiterer Meilenstein im Projekt «Regierungscontrolling» termingerecht umgesetzt werden. Erstmals verabschiedete der Regierungsrat einen Aufgaben- und Finanzplan (AFP). Er umfasst im Sinne einer Gesamtplanung sämtliche finanziellen und leistungsbezogenen Entwicklungen für die kommenden vier Jahre. Damit soll die mittelfristige Planung und Steuerung der Finanzen und Leistungen verbessert werden. Mit der Verabschiedung des Steuerungsberichts erfolgte im Berichtsjahr zudem eine weitere Premiere für den Regierungsrat. Ab dem kommenden Jahr sind zwei Steuerungsberichte geplant – jeweils mit Stichtag 31. Mai und 31. August.

Betriebliches Gesundheitsmanagement (BGM)

Auf Jahresbeginn wurde ein BGM für die kantonale Verwaltung auf eine personalrechtliche Grundlage gestellt. Das BGM dient der Gesundheit und dem Wohlbefinden der Mitarbeitenden am Arbeitsplatz. Der Regierungsrat strebt an, psychische und physische Belastungen und die damit verbundenen Gesundheitsrisiken mit gezielten Massnahmen zu verringern und dadurch die persönlichen Kompetenzen sowie die Leistungsfähigkeit der Mitarbeitenden zu stärken. Gestützt auf die genannten Prämissen und den gesetzlichen Auftrag verabschiedete der Regierungsrat im Frühling ein BGM-Konzept und gab damit die Umsetzung der darin beschriebenen Massnahmen frei.

Internes Kontrollsystem (IKS)

Mit der Verabschiedung des Handbuchs zur Einführung eines IKS im November 2016 wies der Regierungsrat die Organisationseinheiten der kantonalen Verwaltung an, das IKS im Berichtsjahr flächendeckend zu dokumentieren. Mit dem Einsatz eines formalisierten finanziellen IKS sollen die bereits vorhandenen risikoorientierten Kontrollaktivitäten überprüft, neue Risiken identifiziert und die Kontrollprozesse standardisiert und dokumentiert werden. Gleichzeitig werden die Zuständigkeiten und die Verantwortung bezüglich der Kontrollen geregelt.

Bereinigung des Kommissionenwesens

Nach der Etablierung der neuen Strukturen der Zentralverwaltung widmete sich der Regierungsrat im Berichtsjahr

den regierungsrätlichen und departementalen Kommissionen. Er beauftragte die Kantonskanzlei mit einer Analyse der gegenwärtigen Situation. Gleichzeitig sollte sie Vorschläge für eine Neuausrichtung des Kommissionenwesens machen. Das Vorhaben steht auch in einem engen Zusammenhang mit der Neuorganisation des Kantonsrates und seiner Kommissionen. Ein wesentlicher Teil der Neuausrichtung zielt auf die Gesamterneuerungswahlen 2019 hin.

3. Beziehung zu den Gemeinden

Die traditionellen Landsitzungen fanden in Schwellbrunn, Waldstatt, Speicher, Wald und Wolfhalden statt. Neben der Totalrevision der Kantonsverfassung und den Auswirkungen des neuen Regierungscontrollings auf die Gemeinden, prägten der öffentliche Verkehr sowie die Raumplanung und das Baurecht die Diskussionen mit den Gemeinderäten. Im Zentrum der Anliegen der Gemeinden standen der neue Richtplan, die Frage der Auszonung überschüssigen Baulands sowie ein möglicher Flächenausgleich unter den Gemeinden.

An der Aussprache der Gemeindepräsidienkonferenz mit dem Gesamtregierungsrat in Heiden bildeten wiederum die Richtplanung und die Baugesetzgebung einen Schwerpunkt. Daneben informierte der Regierungsrat auf Wunsch der Gemeindepräsidien über die Umsetzung des Regierungsprogramms 2016-2019. Auch organisatorische und bildungspolitische Fragen kamen zur Sprache.

Einzelne Mitglieder des Regierungsrates und Expertinnen und Experten aus der kantonalen Verwaltung wurden auch an die übrigen Konferenzen der Gemeindepräsidien sowie zu Vorstandssitzungen eingeladen.

Insgesamt hat der Regierungsrat den Austausch mit den Gemeinden intensiviert – und dies nicht nur auf sein Betreiben hin. Sowohl in den Landsitzungen als auch an den Konferenzen sind der Austausch und die Diskussionen breiter und tiefer als noch vor wenigen Jahren. Der Regierungsrat begrüsst diese Entwicklung ausdrücklich. Die zunehmend komplexer werdenden Herausforderungen können nur in enger Zusammenarbeit zwischen Kanton und Gemeinden

gemeistert werden. Die Herausforderungen in der Raumplanung sind das offensichtlichste Beispiel.

4. Aussenbeziehungen

In der Konferenz der Kantonsregierungen (KdK) nahm ab Juni Regierungsrat Köbi Frei für Appenzell Ausserrhoden Einsitz. Die KdK beschäftigte sich im Berichtsjahr schwergewichtig mit der Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative, mit der Unternehmenssteuerreform III bzw. der Steuervorlage 17 und mit dem Finanzausgleich.

Die Ostschweizer Regierungskonferenz (ORK) traf sich zu ihrer 54. Plenarversammlung in Appenzell. Im Zentrum stand die Reform der Konferenzstrukturen, um die Interessenvertretung für die ORK wirkungsvoller gestalten zu können. Die wichtigste Massnahme ist die Schaffung einer vorbereitenden Kommission, welche die thematische Grundlagenarbeit der ORK leisten und auf eine gemeinsame Interessenvertretung auf eidgenössischer Ebene hinarbeiten soll. Daneben beschäftigte sich die ORK mit der zweiten Etappe der Revision des Raumplanungsgesetzes sowie mit der Neustrukturierung der Fachhochschule Ostschweiz. Im Laufe des Jahres nahm die vorbereitende Kommission ihre Arbeit auf.

Die Internationale Bodenseekonferenz (IBK) verabschiedete im Berichtsjahr unter dem Vorsitz des Fürstentums Liechtenstein das neue Leitbild sowie die neue Strategie. Parallel dazu wurden die Arbeiten für die organisatorischen und prozessualen Anpassungen begonnen. Es gilt, die Strukturen und Prozesse auf die neuen strategischen Zielsetzungen auszurichten. Zudem sind laufende und künftig mögliche Projekte zu prüfen, um die Aktivitäten der IBK bei den gegebenen Mitteln möglichst effektiv zu gestalten.

Fünf Themen prägten die halbjährlichen Treffen der Regierungen von St.Gallen, Appenzell Ausserrhoden und Appenzell Innerrhoden: Die strategische Neuausrichtung der Axpo, das Projekt 3. Röhre Rosenbergertunnel mit Teilsperre und Tunnel Liebegg, die Neuorganisation der Fachhochschule Ostschweiz, die geplante Geoinformationsplattform des Kantons St.Gallen sowie der Austausch mit einer Delegation von Verwaltungsrat und Geschäftsleitung der SRG.

Standeskommission und Regierungsrat trafen sich im Januar auf Einladung der Standeskommission im Haus Appenzell in Zürich. Haupttraktanden waren die Landschaftsverträglichkeit von Windkraftanlagen und ein Austausch über Herausforderungen im Spitalbereich.

Im Zentrum des regelmässigen Austausches mit den eidgenössischen Parlamentariern von Appenzell Ausserrhoden stand die Anbindung des Kantons ans Nationalstrassennetz (Nationalstrassen- und Agglomerationsverkehrs fonds, N25, Zubringer St.Gallen über Liebegg).

Im Januar empfing der Regierungsrat den Regierungsrat des Kantons Bern anlässlich des Alten Silvesters. Im September war er auf Einladung des Regierungsrates von Basel-Stadt in Basel zu Gast. Im Mai folgte der Regierungsrat einer Einladung von Bischof Markus Büchel zum Gedankenaustausch.

5. Verwaltung

Im März informierte der Regierungsrat die Mitarbeitenden der kantonalen Verwaltung über aktuelle Projekte und Neuerungen, so über die Situation beim Spitalverbund, über die seit 1. Januar 2017 geltenden Neuerungen im Personalrecht sowie über die anstehende Teilrevision des Gesetzes über die Pensionskasse AR. Die zweite Information im November drehte sich wiederum um die Anpassungen im Bereich der Pensionskasse, um den neuen Aufgaben- und Finanzplan, um den Voranschlag 2018 samt Lohnrunde sowie um die Pläne zur Übertragung der Immobilien des Psychiatrischen Zentrums Appenzell Ausserrhoden an den Spitalverbund im Baurecht und die damit verbundene Aufhebung des Baustopps.

Das zweite Kaderseminar des Regierungsrates nach der neuen Konzeption fand im Kursaal Heiden statt. Die Veranstaltung war schwergewichtig der Kommunikation unter dem Übertitel «Zwischen Wahrheit und Lüge; Kommunikation im Zeitalter von fake news» gewidmet. Für das Impulsreferat zu diesem Thema konnte Bundeskanzler Walter Thurnherr gewonnen werden. In einem zweiten Teil kamen die Amtsleiterinnen und Amtsleiter in den



Genuss einer Einführung zur nonverbalen Kommunikation und zur Körpersprache. Das Thema betriebliches Gesundheitsmanagement (BGM) wurde mit der Auswertung einer breit angelegten Mitarbeitendenumfrage aufgegriffen. Dieser Impuls bildete den Ausgangspunkt für die Umsetzung des BGM in der kantonalen Verwaltung.

Die Treffen des Regierungsrates mit der Departementssekretärenkonferenz (DSK) standen im Zeichen des Regierungscontrollings. Sowohl bei der Entwicklung des neuen Aufgaben- und Finanzplans wie auch bei der Einführung des Steuerungsberichts wurde die DSK eng miteinbezogen und anlässlich der gemeinsamen Treffen konsultiert. Auch das Grobkonzept für eine neue Führungsausbildung präsentierte die zuständige Projektleitung erstmalig anlässlich einer gemeinsamen Sitzung von Regierungsrat und DSK.

6. Umsetzung Regierungsprogramm 2016-2019

Seit dem 1. Januar 2016 ist das Regierungsprogramm 2016-2019 in Kraft. Damit sind die Departemente beauftragt, ihre Tätigkeiten aufs Programm auszurichten, die darin formulierten Strategien weiterzuentwickeln und fortlaufend Vorhaben zur Erreichung der Ziele umzusetzen. Auch im zweiten Programmjahr konnten weitere Massnahmen eingeleitet oder realisiert werden. Die Berichterstattung darüber erfolgt wie im letzten Jahr im Rahmen des Rechenschaftsberichts. In der Folge findet sich eine Übersicht mit Verweisen auf die ausführliche Berichterstattung im Departement.

Ziel 1

Die kantonalen Rahmenbedingungen bieten optimale Voraussetzungen für die Gemeinden, ihre Aufgaben eigenständig, effizient und den Erwartungen der Bevölkerung entsprechend erfüllen zu können.

Strategie	Beschreibung	OE	Seite
Förderung von strukturoptimierenden Projekten	Totalrevision Kantonsverfassung Mit dem Grundsatzbeschluss über die Totalrevision der Kantonsverfassung wird der Grundstein für eine Gesamtschau auf die Kantonsverfassung gelegt.	KK	15
Intensivierung der Zusammenarbeit	Richtlinien für kommunales Archivgut Für die Gemeindearchive erarbeitete das Staatsarchiv «Richtlinien für kommunales Archivgut», die der Gemeindeschreiberkonferenz zur Konsultation vorgelegt wurden.	KK	20
	Engagement bezüglich alternativer Mobilität Die Gemeinden haben in einer Umfrage ihr Engagement bezüglich alternativer Mobilität beantwortet. Daraus wurden zwei Projekte ausgearbeitet und umgesetzt.	DBV	51

Ziel 2

Kanton und Gemeinden nutzen die Kleinheit und technologischen Möglichkeiten und erfüllen ihre Aufgaben bedarfsorientiert, kostengünstig und in guter Qualität.

Strategie	Beschreibung	OE	Seite
Förderung von strukturoptimierenden Projekten	Projekt EISA Das elektronische Schuladministrationssystem «Scolaris» war Ende Jahr inklusive der Zusatzmodule Raumverwaltung, Stundenplanung und Betreuung in allen Schulverwaltungen funktionstüchtig eingerichtet. Es steht im Einklang mit den Zielen, strukturoptimierende Projekte zu fördern und eGovernment auszubauen.	DBK	30
	Optimierung forstliche Strukturen Die Umsetzung des Konzeptes zur Optimierung der forstlichen Strukturen im Hinterland wurde gestartet. Im Hinterland bestehen nun noch zwei Forstbetriebe. Mittelfristig ist auch ein Zusammenschluss dieser Reviere und Betriebe vorgesehen.	DBV	53



Strategie	Beschreibung	OE	Seite
Intensivierung der Zusammenarbeit	Weiterbildungen zusammen mit Gemeinden Durchführung von Weiterbildungsveranstaltungen für die Gemeinden und Intensivierung der Zusammenarbeit mit den Gemeindekanzleien zur Optimierung der Qualität der Dienstleistungen im Bereich der politischen Rechte.	KK	15
	Überarbeitung kantonale Deponieplanung Gemeinsam mit Appenzell Innerrhoden wurde der Auftrag für die Überarbeitung der kantonalen Deponieplanung zur Ausscheidung von Standorten für Aushubmaterial und Bauschutt erteilt.	DBV	54
	Zusammenarbeit Umwelt-Pikettdienste Die Umweltpikettdienste der Kantone Appenzell Auser rhoden und St. Gallen werden sich an den Wochenenden und Feiertagen auch weiterhin gegenseitig unterstützen. Nach zwei Jahren Versuchsbetrieb haben die beiden Regierungen eine unbefristete Vereinbarung unterzeichnet.	DBV	54
	St.GallenBodenseeArea Zusammen mit den Nachbarkantonen wurde wiederum der Sprungbrett-Event «ProOst» organisiert. Diese Veranstaltungen geben jungen Professionals eine Übersicht über ihre Karrierechancen in der Ostschweiz und sollen gleichzeitig die hohe Lebensqualität der Region aufzeigen.	DBV	56
	Gemeinsame Richtlinie für Bewilligungspraxis Zur Erleichterung der beruflichen Integration von vorläufig aufgenommenen Personen und anerkannten Flüchtlingen haben sich die im Bewilligungsverfahren involvierten Ämter und Abteilungen auf eine gemeinsame Richtlinie geeinigt. Sie soll Klarheit im Vollzug schaffen und eine Bewilligungspraxis sicherstellen, die sowohl dem Schutz als auch dem Förderungsgedanken Rechnung trägt.	DBV	57
	Pikettorganisation Staatsanwaltschaft Zusammenschluss der Pikettorganisationen für den Wochenenddienst der Staatsanwaltschaften von Appenzell Ausserrhoden und Appenzell Innerrhoden.	DIS	62

Ausbau von E-Government	Elektronische Veröffentlichung der AR GVP Start eines Projekts zur elektronischen Veröffentlichung ausgewählter Entscheide der oberen Verwaltungsbehörden und der Gerichtsinstanzen. Mit der Möglichkeit zur Online-Recherche kann den Bedürfnissen der Öffentlichkeit Rechnung getragen werden.	KK	19
	Ausbau des Webauftritts ar.ch Neue Möglichkeiten wie das elektronische Einreichen der Steuererklärung oder der Online-Schalter des Strassenverkehrsamtes trugen zur Steigerung der Attraktivität der kantonalen Homepage bei.	KK	19
	Fachapplikation Kompass 3 Die Software für Bildungsbewilligungen und Lehrverträge sowie das Qualifikationsverfahren erleichtert die überkantonale Zusammenarbeit, da viele Daten nicht mehr kantonal, sondern zentral aufbereitet und gepflegt werden.	DBK	32
	eStrassenverkehrsamt Beim Strassenverkehrsamt wurde die Digitalisierung von Prozessabläufen ausgebaut. Unter anderem wird die Resultaterfassung bei Fahrzeugprüfungen neu papierlos per Tablets ausgeführt.	DIS	64

Ziel 3

Appenzell Ausserrhoden bietet attraktive Rahmenbedingungen für Familien mit Kindern und Jugendlichen.

Strategie	Beschreibung	OE	Seite
Bedarfsorientierte Berufsbildung, nicht-gymnasiale und gymnasiale Mittelschulbildung sowie Zugang zu tertiärer Bildung	Totalrevision der Stipendiengesetzgebung Mit Abschluss der Arbeiten zur Stipendiengesetzgebung kommt der Regierungsrat dem Bestreben nach, attraktive Rahmenbedingungen für Familien mit Kindern und Jugendlichen zu fördern. Als Kanton ohne Hochschule unterstützt er damit den Zugang zur tertiären Bildung.	DBK	33
Förderung der familienexternen Betreuung von Kindern und Jugendlichen unter Einbezug der frühkindlichen Förderung	Angebote der frühen Förderung Es wurde eine Bestandsaufnahme über die im Kanton vorhandenen Angebote der «Frühen Förderung» erstellt und zur Verfügung gestellt. Es wird eine koordinierte kommunale, regionale und kantonale Politik der frühen Kindheit angestrebt - mit dem Ziel, alle Kinder in ihrer Entwicklung zu fördern, sie zu beteiligen und zu schützen.	DGS	45



Strategie	Beschreibung	OE	Seite
	<p>«Familienmonitoring Appenzell Ausserrhoden» Mit einer generationenübergreifenden Bevölkerungsbe- fragung zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie wurde die Ist-Situation hinsichtlich der Lebensbedingungen von jungen Menschen, Müttern, Vätern und Grosseltern sowie deren Bedürfnisse und Zufriedenheit ermittelt.</p>	DGS	46

Ziel 4

Appenzell Ausserrhoden stellt für die ältere und älter werdende Bevölkerung sowie deren betreuenden Angehörigen bedarfsgerechte und qualitativ gute Angebote zur aktiven Lebensgestaltung wie auch zur Unterstützung im Alltag zur Verfügung.

Strategie	Beschreibung	OE	Seite
Breit gefächertes Angebot an Betreuungs-, Pflege- und Unterstützungsangeboten	<p>Pflegeheimplanung Der Regierungsrat hat die «Pflegeheimplanung Appenzell Ausserrhoden 2017» erlassen und dem Kantonsrat zur Kenntnisnahme unterbreitet. Mit der Pflegeheimplanung (Kapazitätsplanung) wurde die maximal erforderliche Anzahl Pflegeplätze im Kanton bestimmt, die zur Realisierung eines bedarfsgerechten Gesamtangebotes benötigt wird.</p>	DGS	44

Ziel 5

In Appenzell Ausserrhoden sind ausreichend Ausbildungs- und Arbeitsplätze vorhanden, insbesondere im Gesundheitswesen und in Pflegeeinrichtungen.

Strategie	Beschreibung	OE	Seite
Nachhaltige Ausbildung von Gesundheitsfachpersonen im Kanton	<p>Ausbildungsplätze im Bereich Pflege Bestandsaufnahme der aktuell angebotenen und besetzten Anzahl von Ausbildungsplätzen im Bereich Pflege in Alters- und Pflegeheimen sowie Spitex-Organisationen.</p>	DGS	44

Ziel 6

Appenzell Ausserrhoden ist ein attraktiver und verlässlicher Partner für die bestehenden sowie ansiedlungsinteressierten Unternehmen und Betriebe. Günstige wirtschaftliche Rahmenbedingungen und ein innovationsfreundliches Klima machen Appenzell Ausserrhoden zu einem vielseitigen und dynamischen Wirtschaftsstandort.

Strategie	Beschreibung	OE	Seite
Substanzerhalt und gezielter Ausbau von Schlüsselinfrastrukturen	Modernisierung Appenzeller Bahnen Die Modernisierung der Appenzeller Bahnen, die massgeblich durch den Bau der Durchmesserlinie Appenzell-St.Gallen-Trogen und den Einsatz von neuen modernen Zügen geprägt wird, ist auf Kurs.	DBV	49
	Strassenbauprogramm Die vorgesehenen Bauobjekte im Strassenbau konnten mehrheitlich realisiert werden. Der Strategie, für den Substanzerhalt und den Ausbau der Infrastruktur zu sorgen, wird nachgelebt. Auch Vorgaben aus dem Agglomerationsprogramm wurden umgesetzt.	DBV	50
KMU-freundliche Rahmenbedingungen	--	--	

Ziel 7

Appenzell Ausserrhoden ist bei der Besteuerung von juristischen Personen schweizweit in der Spitzengruppe positioniert.

Strategie	Beschreibung	OE	Seite
Steuerlich attraktiver und verlässlicher Unternehmensstandort für juristische Personen	--	--	

Ziel 8

Appenzell Ausserrhoden spielt seinen «Trumpf» als kleinräumiger und komplementärer Lebens- und Naturraum aus und ist damit Lebensmittelpunkt für die ansässige und Anziehungspunkt für die nichtansässige Bevölkerung.

Strategie	Beschreibung	OE	Seite
Nutzung der Kleinräumigkeit zur Erhaltung und Schaffung von Kultur- und Freizeitwerten für die ansässige Bevölkerung und Touristen	--	--	



Erhaltung und Schaffung von Kultur- und Freizeitwerten	<p>Tourismusförderung Der Kanton hat den Leistungsauftrag für 2018-2021 zur Tourismusförderung an die Appenzellerland Tourismus AG vergeben. Zusätzlich unterstützt der Kanton die Angebotsgestaltung und Vermarktung von touristisch bedeutsamen Geschäftsfeldern mit Fördermitteln. Auf den 1. Juni hat der Regierungsrat die neue Tourismusverordnung in Kraft gesetzt.</p>	DBV	56
Förderung der Biodiversität und Landschaftsqualität durch gezielte finanzielle Anreize, Information und Beratung	<p>Baumpflanzaktion An einer Baumpflanzaktion hat der Kanton Obst- und Einzelbäume an Grundeigentümerinnen und Grundeigentümer zur Pflanzung abgegeben. Die durch den Bund, die Gemeinden und den Kanton finanziell unterstützte Aktion trägt zum Erhalt des landschaftstypischen und ökologisch wertvollen Streuobstbaus bei.</p>	DBV	53
	<p>Information und Beratung Die Beteiligung an den Förderprogrammen nahm weiter zu. Das Amt für Landwirtschaft unterstützt diesen Prozess durch gezielte Information und Beratung sowie durch Umsetzung von Projekten.</p>	DBV	57

Ziel 9

Appenzell Ausserrhoden ermöglicht eine massvolle räumliche und bauliche Entwicklung, die dem Schutz der Natur- und Kulturlandschaften sowie dem Wesen und Charakter der Dorfkerne Rechnung trägt.

Strategie	Beschreibung	OE	Seite
Förderung von Altbausanierungen in den Dorfzentren und Belebung der Dorfzentren	<p>Förderung von Arealentwicklungen Seit dem 1. Januar 2017 ist die Standortförderung für die Förderung von Arealentwicklungen verantwortlich. Verschiedene Arealentwicklungsprojekte wurden begleitet und unterstützt.</p>	DBV	56
Anpassung der Grundlagen für eine zeitgemässe räumliche und bauliche Entwicklung	<p>Nachführung Richtplan Neu legt der Richtplan fest, wie gross die Siedlungsflächen im Kanton insgesamt sein dürfen und wie diese auf die Gemeinden verteilt werden. Kanton und Gemeinden werden gefordert sein, ihre Ortsplanungen betreffend Grösse und Lage der Bauzonen sowie Innenentwicklung den neuen Vorgaben anzupassen.</p>	DBV	52

Kantonskanzlei

Leiter: Ratschreiber Roger Nobs

1. Allgemeines

Die Umsetzung der Reform der Staatsleitung blieb auch 2017 prägend für die Arbeit der Kantonskanzlei. Das Projekt ReKVAR fand mit dem Schlussbericht des Regierungsrates zwar seinen formellen Abschluss; das Regierungcontrolling, in dem die Kantonskanzlei mit Ratschreiber und Leiter Kanzleidienste in der Projektleitung vertreten ist, trat aber in eine intensive Phase. Projektleitung und Kernteam waren mit der Realisierung des Aufgaben- und Finanzplans und der gleichzeitigen Konzeption und Einführung des Steuerungsberichts stark gefordert. Auch das Projekt einer totalrevidierten Kantonsratsgesetzgebung unter der Co-Leitung des Ratschreibers trat in eine erste entscheidende Phase. Die Expertenkommission zur Erarbeitung eines neuen Kantonsratsgesetzes tagte im Berichtsjahr fünf Mal. Im März verabschiedete sie die Entwürfe für Gesetz und Geschäftsordnung zuhanden der Vernehmlassung. Im August lieferte sie ihren Schlussbericht ab. Die parlamentarische Kommission, für die die Projektleitung das Aktuariat übernahm, knüpfte unmittelbar an und beriet die Entwürfe in sechs Sitzungen zur Vorbereitung auf die 1. Lesung im Kantonsrat.

Der Grundsatzbeschluss für eine Totalrevision der Kantonsverfassung fand im Parlament eine deutliche Mehrheit. Die zuständige Arbeitsgruppe unter Leitung des Ratschreibers bereitete sämtliche Unterlagen auf und beschäftigte sich parallel dazu mit der Vorbereitung des Edikts zur Volksabstimmung und mit Konzepten zur Umsetzung des Grundsatzbeschlusses, sollte er denn von den Stimmberechtigten gutgeheissen werden.

Der Abschluss des Projekts ReKVAR machte im Berichtsjahr Ressourcen frei, um kanzleiinterne Entwicklungsthemen voranzutreiben. So fasst das im Mai verabschiedete Organisationsreglement der Kantonskanzlei sämtliche Grundsätze der Aufgabenerfüllung, der Strukturen und Abläufe zusammen. Im Berichtsjahr wurden auch die Grundsätze der Geschäftsverwaltung innerhalb der Kantonskanzlei verabschiedet. Schliesslich wurde eine neue Systematik zur kanzleiinternen Sach- und Terminplanung eingeführt. Organisationsentwicklung und Projektrealisierung sind nun systematisch zusammengeführt und das Projektcontrolling innerhalb der Kantonskanzlei vereinheitlicht. Diese Massnahmen haben dazu geführt, dass die

Projekte der Kanzlei besser koordiniert und verankert sind und letztlich auch grössere Fortschritte machen als in der Vergangenheit. Die einzelnen Projekte der Kantonskanzlei sind beim Regierungsrat oder bei den einzelnen Organisationseinheiten erwähnt.

Per Ende Februar ist Peter Witschi nach über 31 Jahren im Dienst des Kantons frühzeitig in Pension gegangen. Er hat sich als erster Staatsarchivar des Kantons grosse Verdienste um die Sicherung der dokumentarischen Überlieferung in Appenzell Ausserrhoden erworben. Er war darüber hinaus auch intensiv kulturhistorisch und landeskundlich engagiert. Mit Jutta Hafner konnte aus dem Kreis des Staatsarchivs eine Nachfolgerin gefunden werden.

Im Januar führte die Kantonskanzlei in Zusammenarbeit mit dem Departementssekretariat Inneres und Sicherheit eine Weiterbildungsveranstaltung für die Gemeindegeschreiberinnen und Gemeindegeschreiber zu verschiedenen Fragen in der Handhabung der politischen Rechte durch. Der Beratungsbedarf bei den Gemeinden hat in den letzten Jahren deutlich zugenommen. Die Kantonskanzlei ist daher bemüht, die Zusammenarbeit mit den Gemeindegeschreibern im Sinne des Regierungsprogramms zu intensivieren und die Qualität der Dienstleistungen im Bereich der politischen Rechte zu verbessern.

2. Wahlen und Abstimmungen

Im Berichtsjahr wurden die Stimmberechtigten an vier Wochenenden für sieben eidgenössische Volksabstimmungen sowie für kantonale Ergänzungswahlen an die Urnen gerufen.

Am 12. Februar fanden Ergänzungswahlen in den Regierungsrat und in das Landammannamt statt (Amtsantritt per 1. Juni). Paul Signer, Herisau, wurde mit 9'655 Stimmen (absolutes Mehr 7'655) zum Landammann gewählt. Der ebenfalls kandidierende Köbi Frei, Heiden, erhielt 5'400 Stimmen. Die Wahlbeteiligung betrug 43,8 %. Bei den Ersatzwahlen in den Regierungsrat traten Dölf Biasotto, Urnäsch, Peter Gut, Walzenhausen, und Inge Schmid, Bühler, an. Im 1. Wahlgang (Wahlbeteiligung 47,1 %) erreichte keiner der Kandidierenden das absolute Mehr.



Am 19. März fand der 2. Wahlgang der Ergänzungswahl in den Regierungsrat statt. Zur Wahl stellten sich abermals Dölf Biasotto, Urnäsch, Peter Gut, Walzenhausen, und Inge Schmid, Bühler. Gewählt wurde mit 6'432 Stimmen Dölf Biasotto. Peter Gut verzeichnete 4'822 Stimmen, Inge Schmid 4'042 Stimmen (Wahlbeteiligung 41,1 %).

3. Kantonsrat

3.1 Allgemeines

Der Rat behandelte an seinen sieben ordentlichen Sitzungen 66 Geschäfte. Die Geschäftslast lag damit im langjährigen Durchschnitt. Sieben dieser Geschäfte betrafen parlamentarische Vorstösse (Erledigung von zwei Motionen, zwei Postulaten und zwei Interpellationen, die 2016 eingereicht wurden, sowie eine neu eingegangene Interpellation, die ebenfalls erledigt wurde). Per Ende Jahr waren drei Motionen sowie ein Postulat hängig.

Anschliessend an die März-Sitzung führte das Büro des Kantonsrates eine Weiterbildungsveranstaltung zu den Themen Erfahrungen mit der KVG-Revision, Spitalplanung und Spitalfinanzierung durch. Im August war eine Weiterbildungsveranstaltung den Themen Datenschutz, Gesundheitslandschaft Appenzell Ausserrhoden und Durchmesserlinie der Appenzellerbahnen gewidmet. Im Bereich Gesundheitswesen knüpfte die Veranstaltung an jene vom 20. März an und beschäftigte sich schwergewichtig mit den Herausforderungen, denen der Spitalverbund Appenzell Ausserrhoden gegenübersteht. Der Weiterbildungstag wurde mit einer Besichtigung des Ruckhaldetunnels in St.Gallen abgeschlossen.

Am 24. März wurde das erweiterte Büro vom Kantonsrat des Kantons Obwalden zum offiziellen Besuch in Sarnen empfangen. Am 30. Oktober empfing das erweiterte Büro eine Delegation aus Obwalden zum Gegenbesuch. Ausserdem war das erweiterte Büro des Kantonsrates am 13. September zum Gegenbesuch in Fribourg eingeladen. Das Verfolgen der zweisprachigen Ratsdebatte war äusserst interessant und gab dem erweiterten Büro einen sehr guten Einblick in die Debattenkultur des Fribourger Rates, die sich von jener des Kantonsrates von Appenzell Ausserrhoden deutlich unterscheidet.

Anlässlich der Kantonsratssitzung vom 8. Mai traf sich das Büro des Kantonsrates mit dem Kantonsratspräsidenten des Kantons St.Gallen und den Grossratspräsidenten der Kantone Appenzell Innerrhoden und Thurgau zu einem gemeinsamen Mittagessen. Vorgängig verfolgten die Gäste die Ratsverhandlungen von der Tribüne aus.

3.2 Wichtige Geschäfte

Mit der Teilrevision des EG zum ZGB zum Immobiliarsachenrecht und mit dem Stipendiengesetz konnten zwei grössere Revisionen verabschiedet werden. Kleinere Vorhaben betrafen die Teilrevision des Gemeindegesetzes zu den Wählbarkeitsvoraussetzungen für die Gemeindepräsidien, die Anpassung der Gebührenordnung sowie die Änderung der Verordnung zum Einführungsgesetz zum Strassenverkehrsgesetz betreffend die Übertragung von Kontrollschildern. Von grosser Bedeutung war die Genehmigung der Richtplannachführung 2015. Sie ist Voraussetzung für die Weiterentwicklung der kantonalen Raumplanung.

Auch dieses Jahr standen gesundheitspolitische Themen im Fokus, insbesondere die Situation im Spitalverbund von Appenzell Ausserrhoden (SVAR). Im Oktober fand die 1. Lesung zur Teilrevision des Spitalverbundgesetzes statt. Gleichentags behandelte der Rat einen Bericht des Regierungsrates zu den Entscheidungsgrundlagen für eine Revision des Spitalverbundgesetzes mit dem Fokus auf das Spital Heiden. Der Bericht ging auf ein Postulat der SP-Fraktion zurück. Besondere Aufmerksamkeit erhielt der Bericht 2016 der StWK. Er war ebenfalls dem Thema Spitalverbund gewidmet und beleuchtete die Ereignisse rund um die Verselbständigung des SVAR und die Folgejahre bis zur Gegenwart. Das schlechte Jahresergebnis 2016 des SVAR führte auch anlässlich der Beratung des Geschäftsberichts zu einer ausführlichen Debatte. Schliesslich behandelte der Rat eine Teilrevision des Gesundheitsgesetzes (ambulante Notfallversorgung) in 1. Lesung. Ein Novum ereignete sich in der März-Session. Der Rat verweigerte die Genehmigung des Geschäftsberichts 2016 mit hauchdünner Mehrheit. Schliesslich genehmigte der Rat das Konzept Öffentlicher Regionalverkehr Appenzell Ausserrhoden 2018-2022 und das Energiekonzept 2017-2025.

Weitere wichtige Gesetzgebungsvorhaben wurden begonnen. Dazu gehört eine grössere Teilrevision des Baugesetzes zur Umsetzung der bundesrechtlichen Vorgaben im Raumplanungsgesetz. Auch begonnen wurden die Beratungen zu einer Teilrevision des Gesetzes über die Pensionskasse AR und zur Volksinitiative für mehr Steuergerechtigkeit. Im Juni begann der Rat die Behandlung des neuen Registergesetzes. Er wies das Geschäft aber zur Überarbeitung gesamthaft zurück.

Im Juni nahm der Kantonsrat die Schlussberichte zum Projekt Enterprise Content Management und zur Reorganisation der kantonalen Verwaltung (ReKVAR) zur Kenntnis. Damit fand das Grossprojekt ReKVAR nach über drei Jahren Laufzeit seinen offiziellen Abschluss.

An der Dezembersitzung wurde erstmals der Aufgaben- und Finanzplan zur Kenntnis genommen. Dieser umfasst aktuell die Jahre 2019-2021. Ebenfalls im Dezember genehmigte der Kantonsrat den Verpflichtungskredit für das kantonale Integrationsprogramm 2018-2021 (KIP II) und verabschiedete - gestützt auf die neue Tourismusgesetzgebung - einen Grundauftrag zur Tourismusförderung an die Appenzellerland Tourismus AG mit entsprechendem Leistungsauftrag für die Jahre 2018-2021.

Die Totalrevision der Parlamentsgesetzgebung mit Kantonsratsgesetz und Geschäftsordnung trat in die parlamentarische Phase. Im September begann die vorbereitende Kommission die Beratung der Entwürfe der Expertenkommission.

4. Konferenz der Departementssekretärinnen und -sekretäre (DSK)

Die DSK konnte ihre neue Rolle in der reorganisierten Verwaltung festigen. So brachte sie sich bei Entwicklungsthemen systematisch ein (Regierungscontrolling, betriebliches Gesundheitsmanagement, Organisationsentwicklung). Auch nahm die Vorbesprechung wichtiger Projekte breiteren Raum ein als früher, so etwa zum neuen Kreditorenworkflow oder zur Bereinigung des Kommissionenwesens von Regierungsrat und Departementen. Neu geht die DSK jährlich einmal in Klausur

und beschäftigt sich dabei unter anderem auch mit der eigenen Organisationsentwicklung. Aus der ersten Klausur resultierten eine Neustrukturierung der monatlichen Sitzungen, eine Klärung der Rolle und des Einbezugs der Stellvertretungen der DSK-Mitglieder sowie ein neues Instrument für die Geschäftsplanung der DSK. Während des ganzen Jahres nahmen Informatikthemen einen wichtigen Platz ein. Gerade bei der Zusammenarbeit zwischen DSK und ARI wurde Verbesserungspotenzial erkannt, das nun angegangen wird.

5. Kanzleidienste

Auf Jahresbeginn trat das Projekt «Regierungscontrolling» in die Umsetzung. Unter der Führung der Kanzleidienste und des Amtes für Finanzen wurden erstmals die Grundlagen für eine integrierte Aufgaben- und Finanzplanung der kommenden vier Jahre erstellt. Sämtliche Organisationseinheiten waren angehalten, ihre Aufgabenbereiche einheitlich zu beschreiben, die dazu angestrebten Zielsetzungen mit entsprechenden Indikatoren zu versehen, eine Umfeldanalyse durchzuführen, ihre Entwicklungsziele festzulegen sowie die wichtigsten Kennzahlen auszuwerten. Mitte Jahr kam kurzfristig die Ausarbeitung eines Steuerungsberichts hinzu. Dieses neue Instrument dient dazu, die finanzielle Entwicklung besser abschätzen zu können, die Kreditpositionen zu steuern und das weitere Vorgehen in laufenden Gesetzesvorhaben und Projekten festzulegen. Auch wenn der Zeitplan bisweilen sehr eng bemessen war, konnte das Vorgehenskonzept eingehalten werden.

In Bezug auf die administrativen Zuständigkeiten der Kanzleidienste fand nach mehrjähriger und aufwändiger Arbeit die Abarbeitung der Pendenzen im Bereich der Registernachführung ihren Abschluss. Sowohl für das Amtsblattregister als auch für das Sach- und Personenregister des Regierungsrates konnten sämtliche ausstehenden Jahrgänge fertiggestellt werden. Seither kann das Ziel, die Register aktuell nachzuführen, eingehalten werden. Demgegenüber konnten die Ziele in Bezug auf die Erstellung des Wortprotokolls der Kantonsratssitzungen mehrheitlich nicht erreicht werden. Aufgrund der überdurchschnittlich lang dauernden Kantonsratssitzungen verzögerte sich die Publikation des Wortprotokolls nach fast allen Kantonsratssitzungen.

Im Rahmen der Ausgabenüberprüfung wurden verschiedene Einsparungsmassnahmen umgesetzt. So verzichteten die Kanzleidienste seit Mitte des Berichtsjahres auf Zeitungsinserate für Bekanntmachungen von Volksdiskussionen, Referenden und Volksabstimmungen. Die Bekanntmachungen werden nur noch im Amtsblatt publiziert. Im Bereich der Drucksachen werden Berichte und Publikationen wenn möglich intern gedruckt. Schliesslich wurde auf budgetierte Beratungsleistungen verzichtet.

5.1 Passbüro

Die im Rechenschaftsbericht 2015 prognostizierte und im Jahr 2016 eingesetzte Abnahme an Passanträgen nahm im Berichtsjahr ihren Fortgang. Im Jahr 2017 wurden noch insgesamt 2'837 Passanträge bearbeitet und in Produktion gegeben (vgl. Statistik S. 69). Dies sind 27 % weniger als im Vorjahr und 33 % weniger als im Jahr 2015 (Höchstwert). Während die Kehrtwende bei den Pässen bereits 2016 eintrat, nahmen die Anträge von Identitätskarten nach einem Rekordjahr im 2016 erst im Berichtsjahr ab. Insgesamt wurden 5'553 Identitätskartenanträge (- 20 %) bearbeitet. In anderen Kantonen wurden ähnliche Rücklaufquoten beobachtet. Für das Jahr 2018 wird mit einem weiteren Rückgang bei der Ausstellung von Reisedokumenten gerechnet. Die Reduktion von 20 Stellenprozenten im Passbüro auf Beginn des Berichtsjahres war richtig.

Zum Aufgabenbereich des Passbüros gehört auch die Ausstellung von Legalisationen und Apostillen. Im Berichtsjahr wurden Überbeglaubigungen für 591 Aktenstücke ausgestellt.

5.2 Dienstleistungs- und Materialzentrale (DMZ)

Auf Jahresbeginn hin wurde eine durch eine Pensionierung bedingte Vakanz erfolgreich neu besetzt. Organisatorisch wurden einzelne Prozesse und Dienstleistungen überprüft und, wo zweckmässig, angepasst oder weiterentwickelt. So wurden beispielsweise die notwendigen Rahmenbedingungen in der Druckzentrale geschaffen, um die Auslastung der Druckmaschine weiter zu steigern. Zudem werden seit Anfang 2017 den Ämtern und Abteilungen

die Kosten für den Bezug von bedruckten Couverts aus Effizienzgründen nicht mehr weiterverrechnet. Schliesslich wird in den Sitzungszimmern im Regierungsgebäude neu Mineralwasser kostenlos zur Verfügung gestellt.

Im Frühling wurden die Bücherbestände am Lager der DMZ inventarisiert und über einen Bücherverkauf für interne und externe Kunden reduziert. Alle erhältlichen Bücher waren im Internet abrufbar. Im Spätsommer führte die Leitung der DMZ eine Schulung bezüglich Post- und weitere Dienstleistungen der DMZ durch. Angestrebtes Ziel war, alle für den internen Postdienst zuständigen Personen sowie die Lernenden der kantonalen Verwaltung auf denselben Wissenstand hinsichtlich Dienstleistungen der Post sowie der DMZ zu bringen. Die Schulungen wurden viermal angeboten und waren Teil des Massnahmenpakets zur nachhaltigen Reduktion der zentralen Frankaturkosten. Es haben insgesamt 54 Personen an den Schulungen teilgenommen. Wie das Ergebnis der Staatsrechnung 2017 zeigt, sind die Massnahmen erfolgreich: Erstmals ist es gelungen, die Frankaturkosten zu reduzieren.

6. Rechtsdienst

Im Zusammenhang mit der Einführung des neuen Aufgaben- und Finanzplans hat der Rechtsdienst seine Geschäftskontrolle überarbeitet. Erfasst werden nunmehr sämtliche Dienstleistungen, insbesondere auch umfangreichere Auskünfte, Abklärungen und Beratungen. Im Berichtsjahr bearbeitete der Rechtsdienst rund 180 Anfragen von diversen Amtsstellen und Privaten. Verstärkt spürbar war die Inanspruchnahme durch die Departemente, was zum Teil auf personelle Wechsel zurückzuführen ist. Insgesamt wurden 31 Entwürfe für Gesetze und Verordnungen vorgeprüft und bereinigt. Leicht rückläufig war die Zahl der vom Rechtsdienst betreuten Rechtsverfahren.

Wichtigere Entscheide des Regierungsrates und anderer Verwaltungsbehörden werden von der Kantonskanzlei veröffentlicht. Ab 1947 erschienen in unregelmässigen Abständen die Hefte der «Appenzeller A.Rh. Verwaltungspraxis». Seit 1988 werden ausgewählte Entscheide der oberen Verwaltungsbehörden und der Gerichtsinstanzen jeweils in Jahressbänden unter dem Titel «Ausserrhodi-

sche Gerichts- und Verwaltungspraxis AR GVP» publiziert. Die Sammlung ist auch im Internet abrufbar. Mit der Möglichkeit zur Online-Recherche ist in den letzten Jahren die Nachfrage für die gedruckte Ausgabe stark zurückgegangen. In Rücksprache mit dem Obergericht wurde deshalb beschlossen, auf den Druck der AR GVP künftig zu verzichten. Im Gegenzug wird die Veröffentlichung im Internet ausgebaut, dies im Sinne des Regierungsprogramms. Die Veröffentlichung soll einen umfassenden Blick auf die kantonale Gerichtspraxis erlauben und weiterhin auch wichtigere Entscheide der obersten Verwaltungsbehörden enthalten.

Mitte des Jahres wurde der Rechtsdienst personell verstärkt. Er verfügt neu über drei feste Mitarbeitende mit insgesamt 240 Stellenprozenten und eine Praktikumsstelle (100 Stellenprozent).

7. Kommunikationsdienst

Sonneblick, Spitalverbund, Hofräumung und angespannte Kantonsfinanzen: Diese Schlagworte bezeichnen die schlagzeilenträchtigen Themen des vergangenen Jahres. Dank konsequenter Kommunikationsarbeit wurde sichergestellt, dass in einem Klima, in dem die Medien sehr sensibel auf die genannten Themen waren, alle Bedürfnisse befriedigt werden konnten. Rund 170 Medienmitteilungen und mehrere Medienkonferenzen spiegeln einen Teil der aktiven Kommunikation des Kantons wider.

Wichtiger Bestandteil davon ist auch der kantonale Webauftritt. Die Besucherzahl der kantonalen Webseite steigt weiter kontinuierlich an. Für 2017 wurden über 484'000 Besucherinnen und Besucher auf www.ar.ch verzeichnet, eine Steigerung von über 12 % gegenüber dem Vorjahr. Bei ausserordentlichen Ereignissen oder Wahlen schiessen die «Hits» auf das Vier- bis Fünffache eines durchschnittlichen Tages, so z.B. an den beiden Wahlsonntagen. Neue Möglichkeiten wie beispielsweise das elektronische Einreichen der Steuererklärung oder der Online-Schalter des Strassenverkehrsamtes trugen ebenfalls dazu bei, dass die Attraktivität der kantonalen Homepage im Sinne des Regierungsprogramms gesteigert werden konnte.

Neben den tagesaktuellen Kommunikationstätigkeiten beantwortet der Kommunikationsdienst die zahlreichen Anfragen von Medienschaffenden. Im Rechenschaftsbericht 2016 hiess es: «Fragen nach Sachinformationen, Entscheiden, Verantwortungen, Hintergründen, Zusammenhängen, geeigneten Auskunftspersonen etc. werden immer häufiger.» Dieser Trend setzte sich im Berichtsjahr fort.

Kritisch verfolgt wurde die Situation in der Schweizer Medienlandschaft. Die Entwicklungen im Verlag NZZ/ Tagblatt Medien - so z.B. die Einstellung der Printausgabe der «Ostschweiz am Sonntag» - gibt Anlass zur Sorge. Die Fusion der Regionalmedien von AZ Medien und NZZ-Verlag wirft die Frage auf, was dies für die regionale Berichterstattung in der Ostschweiz heisst. Diese darf unter keinen Umständen unter der Fusion leiden; ebenso wenig wie der Ostschweizer Blick auf nationale Themen, der nur durch regionale Redaktionen wahrgenommen werden kann.

Ein zweites medienpolitisches Thema wurde schon im Berichtsjahr heiss diskutiert, wenn auch die Abstimmung dazu erst im März 2018 stattfinden wird: die «No Billag-Initiative». Der Regierungsrat lehnt die Volksinitiative ab und machte dies schon frühzeitig publik. Die Ausnahmesituation, dass sich der Regierungsrat zu einer nationalen Frage äussert, begründet er mit der hohen Bedeutung von Radio SRF (insbesondere des Regionaljournals) wie auch des regionalen TV-Senders TVO für die Berichterstattung aus der Region. Neben der Appenzeller Zeitung und dem Volksfreund sind es die beiden elektronischen Medien, die ein Mindestmass an publizistischer Vielfalt garantieren - und deshalb für den Kanton wie auch für die Ostschweiz unverzichtbar sind.

8. Staatsarchiv

Das Jahr 2017 war geprägt vom Leitungswechsel. Der langjährige Staatsarchivar Dr. Peter Witschi ging in Pension. Seit März 2017 steht Jutta Hafner dem Staatsarchiv vor. Da die Staatsarchivarin bereits vor ihrer Wahl im Staatsarchiv gearbeitet hatte, galt es, ihre freigewordene Stelle neu zu besetzen. Seit August ist das Team wieder vollständig.



Archivstatistik

Das Staatsarchiv beantwortete 291 Anfragen der Verwaltung und 428 Anfragen von Externen. Im Lesesaal wurden 833 Archiveinheiten vorgelegt. Auf das Online-Portal der Kirchenbücher wurde insgesamt 20'967 Mal zugegriffen. Archivmitarbeitende erstellten 52'731 Verzeichnungsdatensätze. Es wurden 17 Vorträge und Führungen für insgesamt 614 Personen gehalten und vier wissenschaftliche Artikel verfasst.

Fürsorgerische Zwangsmassnahmen

Das Staatsarchiv hat 69 von fürsorgerischen Zwangsmassnahmen und Fremdplatzierungen betroffene Personen bei der Aktensuche unterstützt. Bis im März 2018 können Betroffene Solidaritätsbeiträge beim Bund beantragen. Im Dezember entschied der Regierungsrat, die administrativen Versorgungen in die damalige Arbeitsanstalt Gmünden wissenschaftlich aufarbeiten zu lassen. Das Staatsarchiv entwarf die Grundlagen dieses Entscheides und ist nun auch bei dessen Umsetzung federführend.

Erschliessung Kantonsratsakten

Vier Zivildienstleistende haben im Berichtsjahr die Akten des Kantonsrates aus dem Zeitraum 1938 bis 2017 auf Traktandenstufe erschlossen. Die 5'293 Geschäfte werden damit recherchierbar.

Richtlinien für kommunales Archivgut

Für die Gemeindearchive erarbeitete das Staatsarchiv Richtlinien für kommunales Archivgut, die der Gemeinde-schreiberkonferenz zur Konsultation vorgelegt wurden.

Bestandeserhaltung

Das Staatsarchiv führte an rund 1'000 Flugaufnahmen aus dem Zeitraum 1937 bis 2004 konservatorische Massnahmen durch. Es handelt sich um die Luftbilder von Foto Gross zum Appenzellerland. Gleichzeitig erhob das Staatsarchiv die Metadaten für die geplante Digitalisierung.

Öffentlichkeitsarbeit

Gemeinsam mit dem Landesarchiv Appenzell Innerrhoden stellte das Staatsarchiv Appenzell Ausserrhoden im Juni Walter Klarers Reformationsgeschichte ins Internet (www.e-codices.ch). Am 2. November fand zum dritten Mal die Appenzeller Archivnacht statt. Die Alte Stuhlfa-

brik in Herisau war bis auf den letzten Platz besetzt, als das Team des Staatsarchivs Geschichten von Ausserrhoder Pioniertaten und Schlusslichtern präsentierte.

9. Aussenbeziehungen

Die Ostschweizer Staatsschreiberkonferenz traf sich im Berichtsjahr zu zwei Sitzungen - einerseits zur Vorbereitung der Schweizerischen Staatsschreiberkonferenz (SSK), andererseits zum Austausch über verschiedene Themen des E-Governments. Die Konferenz beschloss, ihr Engagement weiter zu verstärken und den Sitzungsrythmus 2018 zu verdichten.

Die SSK traf sich in Chur und in Murten zu ihren halbjährlichen Sitzungen. Schwerpunkte bildeten die politische Planung, das neue Planungsinstrument zu Vote électronique, die Behördeninformation im Zusammenhang mit Abstimmungsempfehlungen zu eidgenössischen Vorlagen sowie die Neugestaltung des Portals «Lexfind», das sämtliche kantonale Rechtsquellen auf einem Portal recherchierbar macht und in der Verantwortung der SSK liegt.

Departement Finanzen

Direktor: Regierungsrat Köbi Frei

Aufgrund des Ergebnisses der Rechnung 2016 und der Abweichung zum Voranschlag galt es, Sofortmassnahmen zu planen, um die finanzielle Situation für das Jahr 2017 neu beurteilen zu können. Zuhanden des Regierungsrates wurde ein Massnahmenpaket zur Sistierung bestimmter Ausgaben erarbeitet. Der Regierungsrat hat diese vorsorglichen Massnahmen genehmigt und entschieden, dass der auf 2018 geplante Steuerungsbericht sofort bereitgestellt und bereits im laufenden Jahr angewendet werden soll. Im Nachhinein hat sich gezeigt, dass die Vorhersagen gemäss Steuerungsbericht bei den Personal- und Sachaufwendungen eingetroffen sind. Die Prognosen zu den bedeutenden Kostenblöcken Fiskalertrag, Entgelte, Transferaufwand und Transfererträge waren jedoch zu pessimistisch. Die Abweichung in diesen Bereichen betrug in etwa Fr. 10 Mio., um welche die Rechnung 2017 auf operativer Stufe besser ausgefallen ist. Die in der Tendenz eher zu negativen Prognosen 2017 aus dem Steuerungsbericht sind auch in den Voranschlag 2018 sowie in den Aufgaben- und Finanzplan 2019–2021 eingeflossen.

Im operativen Gesamtergebnis der Staatsrechnung 2017 resultierte ein Aufwandüberschuss von Fr. 6,8 Mio. Ohne den Sondereffekt einer Wertberichtigung in der Höhe von Fr. 7,6 Mio. bei der Beteiligung am Spitalverbund Appenzell Ausserrhoden hätte ein Überschuss von Fr. 0,8 Mio. resultiert. In diesem Fall wäre die Jahresrechnung 2017 gegenüber dem Voranschlag um Fr. 0,7 Mio. abgewichen und hätte einen Besserabschluss bedeutet.

Die Steuererträge bei gleichbleibenden Parametern sind um 5 % gewachsen, nachdem im Vorjahr ein unerwartetes Nullwachstum eingetreten war. Die höheren Steuererträge sind ein Hauptgrund für das gute Rechnungsergebnis 2017. Sie sind auch ein positives Zeichen bezüglich der wirtschaftlichen Entwicklung im Kanton.

Das Departement Finanzen war intensiv mit Gesetzgebungsarbeiten befasst; so vor allem mit der Steuergerechtigkeitsinitiative, der Steuergesetzrevision 2019, dem Pensionskassengesetz, dem Gesetz über eGovernment und Informatik sowie dem Finanzausgleichsgesetz. Zusätzliche Herausforderungen waren die Einführung eines internen Kontrollsystems und die Erarbeitung eines Stabilisierungsprogramms für den Kantonshaushalt.

1. Departementssekretariat

1.1 Allgemeines

Das Sekretariat war im Besonderen mit Gesetzesrevisionen (Steuergesetz, Pensionskassengesetz, eGovernmentgesetz, Finanzausgleichsgesetz, Steuergerechtigkeitsinitiative) sowie der Einführung des IKS befasst. Im Weiteren wurden der neue Aufgaben- und Finanzplan (AFP) und das Regierungscontrolling übergeordnet bearbeitet. Zudem waren Stellungnahmen zu kantonalen und eidgenössischen Gesetzesvorlagen sowie politischen Vorstössen zu erarbeiten. Im Grundstückschätzungswesen wurden drei Rekursverfahren durchgeführt und abgeschlossen.

1.2 Informatik

Informatikkoordination

Das Departement koordiniert die Informatikbedürfnisse der Organisationseinheiten der kantonalen Verwaltung und der Gerichte und besorgt den Leistungseinkauf bei der AR Informatik AG (ARI). Software-Ablösungen oder Programmiererweiterungen erfolgten in Abstimmungen mit der Departementssekretären-Konferenz (DSK) oder mit den betroffenen Stellen unter Beachtung des Voranschlags.



Informatikstrategiekommission (ISK)

Die ISK ist eine gesetzlich (eGovernmentgesetz) bestimmte, gemeinsame und paritätisch zusammengesetzte Kommission aus Vertretungen des Kantons und der zwanzig Gemeinden. Die ISK ist kein Organ der ARI. Die ISK erarbeitet jeweils die Strategie und darauf basierend die Sach- und Terminplanung. Nachdem der Regierungsrat und alle zwanzig Gemeinderäte die Strategie genehmigt haben, steuert die ISK die Umsetzung der übergeordneten Projekte gemäss der Sach- und Terminplanung.

Abgeschlossen wurden das Projekt Kreditorenworkflow, die Umstellung auf die IP-Telefonie in der kantonalen Verwaltung und das Projekt EISA Volksschulen. Die Umsetzung der Projekte EISA Sekundarstufe II, eSteuern und eStrassenverkehrsamt ist auf Kurs. Verabschiedet hat die ISK das Detailkonzept für das strategische Projekt eAusserrhoden, ein gemeinsames Internet-Portal als zentrale Einstiegsstelle für alle elektronischen Angebote und zu allen Webseiten von Kanton und Gemeinden.

Zusammenarbeit mit der ARI

Die Zusammenarbeit mit der ARI ist kooperativ, zielorientiert und effizient. Der Einkauf der Leistungen für die kantonale Verwaltung erfolgt gemäss dem vereinbarten Leistungskatalog. Die finanziellen Aspekte sind in der Staatsrechnung 2017 ersichtlich. Die Verfügbarkeit der IT-Basisleistungen und der fachspezifischen Applikationen ist sehr hoch. IT-bedingte Arbeitsausfälle sind äusserst selten und dann in aller Regel von kurzer Dauer. Betriebsunterbrüche wegen Cyberattacken sind nicht erfolgt.

1.3 Lotteriefonds

Der Kantonsanteil aus dem Swisslos-Gewinn 2016 betrug Fr. 2,924 Mio. und wurde dem Lotteriefonds für das Jahr 2017 gutgeschrieben. Daraus erhielten der Kulturfonds Fr. 1'100'000, die Denkmalpflege Fr. 300'000, der Sportfonds Fr. 500'000 und das Gemeinnützige Fr. 395'000.

Die Verwendung der Fondsgelder für gemeinnützige, sportliche und kulturelle Zwecke wird detailliert nach Projekten ausgewiesen und publiziert. Die Verteilung der Mittel für gemeinnützige Zwecke wird im Rechenschaftsbericht ausgewiesen (vgl. Statistik S. 70), die Verwendung der Mittel

aus dem Alkoholzehntel und die Verteilung der Gelder aus dem Sportfonds werden im Amtsblatt publiziert. Die Vergaben aus dem Kulturfonds werden jeweils im Ausserrhoder Kulturblatt «Obacht Kultur» veröffentlicht. Die detaillierten Verwendungen werden auch Swisslos mitgeteilt.

2. Amt für Finanzen

2.1 Allgemeines

Der Abschluss in der Staatsrechnung 2016 wirkte sich massgeblich auf die Arbeiten im Amt für Finanzen (AfF) aus. So wurden im Frühjahr einerseits Sofortmassnahmen zur Entlastung der Rechnung 2017 eingeleitet, und andererseits wurde der im Rahmen des Regierungscontrollings vorgesehene Steuerungsbericht um ein Jahr vorgezogen und dem Regierungsrat im August erstmals präsentiert. Ausserdem wurde ein Stabilisierungsprogramm ausgearbeitet, das den Staatshaushalt ab 2019 um Fr. 9,2 Mio. und ab 2020 um Fr. 10,7 Mio. entlasten soll.

In enger Zusammenarbeit mit der Kantonskanzlei und den Departementen erarbeitete und realisierte das AfF den ersten Aufgaben- und Finanzplan (AFP). Dazu war die Einführung eines Management-Informationssystems notwendig, das sich aus einer aufwändigen Schnittstelle zur Software Infoma newsystem (ehemals newsystem@public) und einem neuen webbasierten Erfassungs- und Publishing-System zusammensetzt. Trotz einiger technischer Probleme konnte der erste AFP 2019-2021 fristgerecht erstellt werden. Aus zeitlichen Gründen konnte das dezentrale Erfassungssystem für den AFP aber noch nicht eingesetzt werden. Der AFP wurde zentral gemäss den Angaben der Organisationseinheiten erfasst. Ab dem Jahr 2018 werden die Departemente und Ämter die Textelemente dezentral erfassen können. Dadurch können die Angaben besser mit dem Zahlenteil abgestimmt werden, was die Aussagekraft des AFP weiter verbessern wird.

Aufgrund der schlechten Ergebnisse des Spitalverbundes Appenzell Ausserrhoden (SVAR) setzte der Regierungsrat eine Arbeitsgruppe zur Weiterentwicklung der kantonalen Spitäler ein. Das AfF arbeitete aktiv in diesem Gremium mit, wobei es hauptsächlich für die Klärung der Finanzströme

zwischen dem SVAR und dem Kanton, die Finanzierung und die Darlehensgewährung zuständig war. Dank der intensiven Arbeit in der daraus resultierenden Untergruppe Liegenschaften SVAR konnten in relativ kurzer Zeit alle Details erarbeitet werden. Die Liegenschaften des Psychiatrischen Zentrums Appenzell Ausserrhoden (PZA) sollen wie damals die somatischen Spitäler im Baurecht per 1. Januar 2018 an den SVAR übergeben und der Baustopp zur Optimierung des PZA aufgehoben werden.

Das AfF konnte im Berichtsjahr die Verantwortung für das Versicherungsportefeuille der Sachversicherungen von der ehemaligen Stabsstelle Controlling übernehmen. Bis auf die Stiftungsaufsicht hat das AfF somit sämtliche anderen Aufgaben der Stabsstelle übernommen.

Personell wurde im letzten Jahr die Abteilung Controlling und Gemeindefinanzen durch die neu gebildete Stelle des kantonalen Controllers ergänzt. Für das Projekt zur Einführung einer neuen Software für die Lohnbuchhaltung wurde zudem die Abteilung Betriebliches Rechnungswesen und Lohnbuchhaltung durch eine Lehrabgängerin zeitlich befristet ergänzt. Andere personelle Wechsel waren im AfF nicht zu verzeichnen.

Aus einer Erbschaft erhielt der Kanton im letzten Jahr eine Liegenschaft und andere Vermögenswerte in der Höhe von gesamthaft Fr. 0,69 Mio.

2.2 Projekte

Mit der Zentralisierung des Rechnungswesens (im Rahmen der Reorganisation der kantonalen Verwaltung) war es notwendig geworden, das ECM-Projekt «Kreditorenworkflow» möglichst rasch umzusetzen. Bis Ende 2017 konnte die neue Kreditorenverarbeitung etappenweise in der ganzen kantonalen Verwaltung eingeführt werden. Mit dem «Kreditorenworkflow» wurde der gesamte Belegfluss der eingehenden Rechnungen neu organisiert und auf eine digitale Belegverarbeitung umgestellt. Die Kreditorenbelege gehen neu zentral im AfF ein, werden gescannt und digital weiterverarbeitet sowie elektronisch visiert, verbucht und archiviert. Ein direkter Online-Zugriff auf die Rechnungsbelege ist nun jederzeit und ortsunabhängig möglich, was für den finanziellen Führungsprozess von wesentlicher

Bedeutung ist und die Revisionsqualität des Finanz- und Rechnungswesens markant verbessert.

Im Berichtsjahr sind die Arbeiten für eine auf MS-Navision basierende integrierte Lohnbuchhaltung soweit abgeschlossen worden, dass ab dem Januar 2018 auf das neue System «SwissSalary NAV» umgestellt werden kann. Mit dem Kanton hat somit die letzte Verwaltung in Appenzell Ausserrhoden auf diese Software umgestellt. Die Gemeinden haben diesen Schritt bereits bei der Einführung von «newsystem@public» im Jahr 2013 vollzogen.

Um die Projekt-Zeiterfassung im Departement Bau und Volkswirtschaft und im AfF zu optimieren, wurde im vergangenen Jahr das elektronische Zeit- und Absenzenmanagement «presento.pro» eingeführt. Dieses System erlaubt die Online-Erfassung von Leistungen und Ressourcen bezüglich eines einzelnen Projekts. Mit dieser Umstellung konnten alte Excel- und Access-Auswertungen abgelöst werden. Die Verrechnung der Arbeitszeiten zu Lasten der einzelnen Projekte ist nun wesentlich vereinfacht und erlaubt ein optimales Projektcontrolling.

2.3 Finanzausgleich zwischen Kanton und Gemeinden

In den letzten Jahren hat das AfF mit dem Bericht über die Wirksamkeit des Finanzausgleichs auch dessen Entwicklung aufgezeigt. Das wichtigste Element des Finanzausgleichs, die Mindestausstattung für die Gemeinden, wurde näher untersucht. Diesbezüglich wurden in den vergangenen Jahren auch mögliche Handlungsoptionen für die Zukunft aufgezeigt. Aufgrund des starken Anstiegs im Umfang von Fr. 1,6 Mio. bei der Mindestausstattung von Fr. 5,8 Mio. im Jahr 2008 auf Fr. 7,4 Mio. im Jahr 2017 hat der Regierungsrat eine Teilrevision des Finanzausgleichsgesetzes vorbereiten lassen. Dies steht auch im Zusammenhang mit dem finanzpolitisch notwendigen Programm zur Stabilisierung der Kantonsfinanzen.

2.4 Finanzaufsicht über die Gemeinden

Mit Inkrafttreten des neuen Finanzhaushaltsgesetzes (FHG) ist auch die Finanzaufsicht über die Gemeinden neu geregelt worden. Bei der Beurteilung der Finanzlage



der Gemeinden steht das frühzeitige Erkennen von finanziellen Risiken und längerfristigen finanziellen Fehlentwicklungen im Vordergrund. Die Prüfung der Finanzlage erfolgt mittels definierter Finanzkennzahlen und der festgelegten Vorgaben bezüglich Haushaltsgleichgewicht und Schuldenbegrenzung. Der Regierungsrat erstattet dem Kantonsrat jährlich Bericht über die Finanzlage der Gemeinden. Dem Bericht beigelegt wird die im letzten Jahr neu überarbeitete Gemeindefinanzstatistik. Im Rechnungsjahr 2017 haben alle Gemeinden die gesetzlichen Rahmenbedingungen erfüllt.

3. Steuerverwaltung

3.1 Allgemeines

Die Steuerverwaltung stand unter dem Zeichen der Einführung von ISAR (Integrierte Steuersoftware Appenzell Ausserrhodens). Durch die Übernahme der in elf anderen Kantonen eingesetzten Steuersoftware NEST konnten die Betriebsaufwendungen der Steuerverwaltung für Informatik bereits im ersten Einführungsjahr gesenkt werden. Die Mitarbeitenden arbeiteten sich in zahlreiche neue Arbeitsabläufe ein. Durch die Einführung der neuen Software ergab sich ein Steuerveranlagungsrückstand, der zu einem zusätzlichen Druck auf die Mitarbeitenden führte.

Die Unternehmenssteuerreform III wurde am 12. Februar durch die eidgenössischen Stimmberechtigten abgelehnt. Der internationale Druck auf die steuerlichen Sonderformen der Kantone wie Holding-, Domizil- und gemischte Gesellschaften bleibt jedoch unvermindert bestehen. Der Bundesrat musste deshalb rasch reagieren und führte nach den Sommerferien das Vernehmlassungsverfahren für die neue Steuervorlage 17 durch. In Appenzell Ausserrhodens werden rund 100 Gesellschaften mit einem Sonderstatus besteuert.

3.2 Steuerertrag

Die Erträge der Einkommens- und Vermögenssteuern liegen um Fr. 0,2 Mio. bzw. 0,1 % knapp über dem Voran-

schlag. Der gesamte Steuerertrag der natürlichen Personen ist gegenüber dem Vorjahr um Fr. 7,9 Mio. gestiegen.

Infolge der IT-Umstellung musste eine neue Bewertungsmethode der offenen Steuerschulden per Ende Jahr festgelegt werden. Diese Bewertungsmethode führte zu einem einmaligen positiven Sondereffekt von rund Fr. 1,8 Mio.

Bei der Quellensteuer - als Teil der Einkommens- und Vermögensteuern - resultierte wegen der Umsetzung der neuen Vorgaben des Bundesgerichts ein Minderertrag. Die Änderung betrifft quellensteuerpflichtige Personen, die Abzüge geltend machen wollen bzw. die nicht der Quellensteuer unterliegende Einkommen und Vermögen deklarieren müssen. Die Betroffenen werden seit dem 1. Januar 2017 in der Regel wie übrige steuerpflichtige Personen behandelt und nachträglich ordentlich veranlagt. Die entsprechenden Steuererträge fallen in die ordentlichen Steuererträge natürlicher Personen und werden nicht mehr bei den Quellensteuern ausgewiesen.

Bei den juristischen Personen hat der Steuerertrag gegenüber dem Vorjahr um Fr. 1,0 Mio. zugenommen. Der Voranschlag wurde um Fr. 2,7 Mio. oder 16,9 % nicht erreicht.

Bei den Grundstückgewinnsteuern wurde der Voranschlag um 27 % unterschritten. Die Gründe für den Rückgang liegen bei höheren Anlagekosten, dem Ausbleiben von ausserordentlich Erträgen und einem Rückgang der Veranlagungen. Bei den Erbschafts- und Schenkungssteuern wurde der Voranschlag um 14,1 % überschritten.

Die wichtigsten Eckwerte des Steuerertrags sind im Statistikeil aufgeführt (S. 72ff).

3.3 Veranlagungsstand per 31. Dezember

Im Segment der unselbständigerwerbenden Personen (einschliesslich Nichterwerbstätige) sind für die Steuerperiode 2016 insgesamt 56 % (Vorjahr: 57 %) der Steuerpflichtigen veranlagt. Im Segment der selbständigerwerbenden Personen (einschliesslich Landwirte) sind es 46 % (Vorjahr: 51 %) und bei den juristischen Personen 27 % (Vorjahr: 37 %). Wegen der Einführung der neuen Steuersoftware wurden im Berichtsjahr weniger Steuerpflichtige veranlagt.

3.4 Aufgaben und Projekte

Abgesehen vom Rückgang der Veranlagungen hatte die Einführung von ISAR wenige Auswirkungen auf die steuerpflichtigen Personen. Die geplanten Projektkosten können eingehalten werden.

Das Projekt «eSteuern» hat die alte Excel-Steuererklärung (ELSTER) durch eine zeitgemässe elektronische Steuererklärung erfolgreich abgelöst. Über die Hälfte der Steuererklärungen wurden im Berichtsjahr bereits über die neue Informatiklösung eingereicht.

Die Steuergesetzrevision 2019 wurde Ende Oktober an den Kantonsrat überwiesen. Diese enthält hauptsächlich Anpassungen an das übergeordnete Bundesrecht. Kantonale Anpassungen betreffen vor allem die Besteuerung von Gratisaktien, den Datenschutz und die Umgestaltung der Kinderabzüge infolge der Einführung der berufsorientierten Aus- und Weiterbildungskosten.

Seit dem 1. Januar 2017 kennt die Schweiz mit 38 Staaten und Territorien den automatischen Informationsaustausch über Finanzkonten. Die Steuerverwaltung wird voraussichtlich ab Herbst 2018 einen Zugriff auf zahlreiche Meldungen von ausländischen Finanzinstituten an den Bund erhalten. Diese Neuerung führte im Berichtsjahr zu über 220 straflosen Selbstanzeigen. In den Vorjahren wurden jeweils rund 40 bis 50 Anzeigen eingereicht. Bei rund der Hälfte der Selbstanzeigen handelt es sich um ausländische Steuerfaktoren, die in der Schweiz lediglich für die Berechnung des Steuersatzes berücksichtigt werden.

3.5 Personelles

Im Berichtsjahr verliessen sechs Mitarbeitende die Steuerverwaltung, wovon drei pensioniert wurden. Die Stellen wurden alle wieder neu besetzt.

4. Personalamt

4.1 Allgemeines

Mit der Teilrevision des Personalrechts auf den 1. Januar wurde die Basis für diverse personalrechtliche Umsetzungsprojekte gelegt. Im Vordergrund standen die Einführung des betrieblichen Gesundheitsmanagements (BGM), arbeitsvertragliche Anpassungen basierend auf dem Reglement über die Entschädigung von Inkonvenienzen, Spesen, Pikettdienst und ausserordentliche Arbeitszeit (REIS), die Vorbereitungen für das Konfliktlösungsverfahren und die Konzeption für die Einführung des elektronischen Personaldossiers. Gestützt auf die neuen personalrechtlichen Grundlagen wurden Vereinbarungen über die Abgeltung von personaldienstlichen Leistungen mit den selbständigen Anstalten und Betrieben abgeschlossen. Dank stetiger Ausgabenkontrolle und dem Verzicht auf Stelleninserate in den Printmedien, betrug die Kosten für die Personalwerbung wie veranschlagt rund Fr. 100'000 (Vorjahr: Fr. 203'000).

4.2 Umsetzung Projekte

Mit Beschluss vom 9. Mai genehmigte der Regierungsrat das Konzept BGM und setzte die Fachstelle BGM sowie die Begleitgruppe BGM ein. Gleichzeitig wurde die Durchführung einer Gesundheitsumfrage bewilligt. Die Gesundheitsumfrage wurde vom 8. Juni bis 10. Juli durchgeführt. Von den angeschriebenen 994 Personen beantworteten 681 Personen die Umfrage (Rücklaufquote 68,5 %). Die Führungskräfte wurden am Kaderseminar vom 14. September detailliert über die Ergebnisse informiert; die Mitarbeitenden departementsintern bis Ende Dezember. Der Handlungsbedarf, welcher sich aus der Gesundheitsumfrage ergab, betraf die Themenfelder Ergonomie am Arbeitsplatz, Wertschätzung, Kommunikation, Führung und Arbeitszufriedenheit. Die Fachstelle BGM bearbeitet die Themen laufend und erstellt die notwendigen Entscheidungsgrundlagen für den Regierungsrat. Im Bereich Ergonomie am Arbeitsplatz konnten bereits erste Massnahmen umgesetzt werden.



4.3 Entwicklung Personalbestand

Ende 2017 betrug der Personalbestand der kantonalen Verwaltung (ohne Spitalverbund) 1'048 Angestellte. Im Berichtsjahr waren 76 Austritte zu verzeichnen. Davon waren 47 Kündigungen durch Angestellte, neun Kündigungen durch den Arbeitgeber sowie 20 ordentliche und vorzeitige Pensionierungen. Dies ergibt eine Fluktuationsrate von 7,3 % (Vorjahr: 6 %). Im vergangenen Jahr sind 58 Personen (39 Frauen und 19 Männer) eingetreten, wovon zwei Frauen und vier Männer auf Kaderstufe.

Die Statistiken (S. 77) zeigen die Veränderungen des Personalbestandes und der Personaleinheiten, die Fluktuationsrate sowie die Ausfallkosten und Rückerstattungen bei Krankheit, Unfall und Mutterschaft.

4.4 Lehrlingswesen

Im Frühsommer haben neun Lernende ihre Ausbildung abgeschlossen. Die Abschlussnoten der Kaufleute lagen zwischen 4,3 und 5,2. Dabei erreichte Lorena Fontana mit der Note 5,2 das beste Resultat. Jonas Knupp (Fachmann Information und Dokumentation) schloss mit der Note 5,4 im eidgenössischen Rang ab.

Die Lernenden nahmen im Frühling erstmals an einer Ausstellung in Teufen teil. Ziel war, auf die Lehrstellen bei der kantonalen Verwaltung aufmerksam zu machen sowie das Gemeinschaftsgefühl zu stärken. An der Herisauer Firmenrallye wurde Schülerinnen und Schülern einen Einblick in den Alltag von Kaufleuten gewährt. Zur Steigerung der Qualität im Lehrlingswesen fand im Herbst eine Erfahrungs-Tagung mit den Betreuungspersonen für die Auszubildenden statt.

Im Spätsommer starteten elf Lernende bei der kantonalen Verwaltung als Kauffrau/Kaufmann, Fachperson Betriebsunterhalt und Fachperson Information und Dokumentation. Erstmals konnte ein Lernender der «UNITED school of sports» für ein zweijähriges Praktikum gewonnen werden, welches er neben seinen leistungssportlichen Verpflichtungen absolviert.

4.5 Fort- und Weiterbildung

19 Mitarbeitende haben eine Weiterbildung mit einem eidgenössischen Fachausweis, einem CAS- oder MAS-Abschluss oder einem Nachdiplomstudium abgeschlossen. Diese Weiterbildungen werden von der kantonalen Verwaltung unterstützt. 31 Mitarbeitende (Vorjahr: 32) besuchten Fortbildungskurse in den Bereichen Führung, Fach-, Sozial- und Selbstkompetenz sowie Gesundheit.

Den zweiten Teil des Führungstrainings der kantonalen Verwaltung haben 18 Kadermitarbeitende abgeschlossen; zudem haben weitere 17 Teilnehmende den vollständigen Zyklus des Führungstrainings absolviert.

Am Kurs «Mit 50 an die Zukunft denken!» nahmen 26 Mitarbeitende und drei Partner/-innen teil. Den Vorbereitungskurs auf die Pensionierung, welcher von der Pro Senectute durchgeführt wird, besuchten 18 Personen (12 Mitarbeitende und sechs Partner/-innen).

Der Einführungstag für neue Mitarbeitende fand viermal statt. 64 Mitarbeitende der kantonalen Verwaltung und 32 des Spitalverbundes nahmen daran teil.

5. Amt für Immobilien

5.1 Allgemeines

Der langjährige Kantonsbaumeisters Otto Hugentobler wurde per Ende Juni pensioniert. Sein Nachfolger Jürg Schweizer startete Mitte August. Ein Mitarbeiter mit Beeinträchtigung konnte definitiv weiterbeschäftigt werden.

Zur Vorbereitung der Übergabe des Psychiatrischen Zentrums an den Spitalverbund wurden umfangreiche Grundlagen erarbeitet.

Für Mietverbilligungen des Bundes von Fr. 150'593 wurden die finanziellen Verhältnisse der Gesuchsteller abgeklärt. Zudem wurden die zweijährlichen Kontrollen der bestehenden Zusatzverbilligungen durchgeführt.

5.2 Grundstückschätzungsbehörde

Grundstückschätzungen

Im Berichtsjahr wurden 3'201 Grundstücke geschätzt. Der Anteil der pendenten Schätzungen beträgt 198 (vgl. Statistik S. 79). 91 Einsprachen sind eingegangen (2,8 % der Schätzungen). Davon wurden drei Rekurse durch das Departement Finanzen abschliessend behandelt. Bei sämtlichen Liegenschaften der Pensionskasse AR wurde eine Zwischenschätzung vorgenommen.

Referenzschätzung

Zur Sicherstellung eines einheitlichen Schätzungswesens nach gleichen Wertfaktoren wurde im November eine Referenzschätzung durchgeführt. Alle Schätzer haben die gleichen Grundstücke besichtigt und anschliessend unabhängig voneinander bewertet. Ziel war, dass die Abweichungen der geschätzten Verkehrswerte innerhalb eines Durchschnittswertes liegen (+/- 10 %). Von 36 Schätzungen wichen 24 bis 4 % vom Durchschnitt ab, sechs Schätzungen bis 7 % und die übrigen bis 10 %.

Statistiken

Die neue Bodenwertstatistik (durchschnittliche Kaufpreise pro Gemeinde und Lageklasse) wurde im Berichtsjahr eingeführt und angewendet. Zudem wurden die Daten für zwei neue Statistiken «Neubauwerte» und «Verkaufspreise Wohnfläche» erhoben (Einführung 2018): Die Statistik «Neubauwerte» bezeichnet den Preis pro Kubikmeter Neuwert und diejenige über «Verkaufspreise Wohnfläche» zeigt die Kaufpreise pro m² Hauptnutzfläche.

5.3 Liegenschaften

Verwaltung

Im Bereich des Immobilienmanagements wird jeweils eine marktorientierte Vermietung der kantonalen Liegenschaften im Finanzvermögen angestrebt. Die daraus resultierenden Bruttorenditen geben Auskunft über den Vermietungserfolg (vgl. Statistik S. 83). Das Immobilien Management für die Pensionskasse AR wurde in bereichsübergreifender Zusammenarbeit sichergestellt. Für die vorgesehene Parkplatzbewirtschaftung wurden umfangreiche Grundlagen erarbeitet.

Immobilienwesen (Kauf/Verkauf)

Für einzelne Liegenschaften und Grundstücke im Finanzvermögen wurden Verkaufsvorbereitungen zwecks allfälliger Veräusserung getroffen. Verkauft wurden die Liegenschaften Dorfplatz 5 in Gais, Heidenerstrasse 1 in Rehetobel sowie die Grundstücke an der Rosenaustrasse in Herisau. Eine vorsorglich erworbene Liegenschaft an der Herisauerstrasse 31 in Waldstatt wurde in die Liegenschaftsverwaltung integriert.

5.4 Hochbauten und Unterhalt

Bauten im Verwaltungsvermögen

Die zweite Etappe der Erneuerung und Optimierung des Konviktsgebäudes der Kantonsschule Trogen wurde termin- und kostengerecht fertiggestellt. Damit die Nutzung des Hauses Olymp weiterhin gewährleistet werden kann, wurden Massnahmen zur Brandschutz- und Arbeitssicherheit umgesetzt. Der in die Jahre gekommene Weiher wurde vollständig saniert. Für den Schulbetrieb im Freien wurden Steinquader als Sitzgelegenheiten platziert, die gleichzeitig auch der Hangsicherung dienen.

Im Werkstattgebäude der Strafanstalt Gmünden wurden Anpassungen zur Erweiterung der Produktionsmöglichkeiten und sechs zusätzliche Zellen sowie Aufenthalts- und Fitnessraum für die Halbgefängenschaft erstellt. Im roten Anstaltsgebäude wurden Arbeitsräume sowie ein Aufenthaltsraum mit Küche für die neu geschaffene Frauenabteilung eingebaut. Im kantonalen Gefängnis wurde die störungsanfällige Gegensprech- und Zellenrufanlage erneuert.

Im Berufsbildungszentrum Herisau wurden diverse Büroräume umgebaut.

Für den Werkhof Bissau, Heiden, wurde eine Machbarkeitsstudie für zusätzliche Lagerflächen erarbeitet.

Bauten im Finanzvermögen

Der Zustand aller Liegenschaften im Finanzvermögen wurde erstmals mit einem Informatiktool erfasst. Die Fussgängerbrücke Steigmühlesteg, Herisau, wurde umfassend saniert.



Dienstleistungen für Gemeinden und Dritte

Im Auftrag der Gemeinde Bühler wurden die Ausschreibung und die Ausführung für den Umbau des mittleren Schulhauses begleitet. Im Auftrag des Rehabilitationszentrums Lutzenberg wurden für den Neubau der Werkstätten die Ausschreibungsphase und die Ausführung der Rohbauarbeiten begleitet. Im Auftrag der Gemeinde Trogen wurde für die Erweiterung und Optimierung Primarschulhaus Nideren eine Präqualifikation für den Studienauftrag zur Auswahl des Architekturbüros durchgeführt. Im Auftrag der Pensionskasse AR wurden verschiedene Studien erstellt und Renovationen durchgeführt.

Baulicher Zivilschutz

Für den baulichen Zivilschutz wurden 170 Verfügungen erlassen. Darin sind insgesamt 376 neu geplante Schutzplätze enthalten. Vier Schutzräume mit 34 Schutzplätzen wurden aufgehoben. Mit dem Bundesamt für Bevölkerungsschutz wurden in drei Zivilschutzanlagen die periodischen Anlage- sowie Nachkontrollen durchgeführt und fünf Anlagen saniert.

Departement Bildung und Kultur

Direktor: Regierungsrat Alfred Stricker

Bildung und Kultur gehören zu elementaren Lebensgrundlagen. Sie schaffen Identität und Gemeinschaft. Deren Bereitstellung und Vermittlung in hoher Qualität mit vernünftigem Ressourcenaufwand umschreibt die langfristige Strategie des Departements Bildung und Kultur.

Die Steuerung im Departement erfolgte primär standardisiert, wie beispielsweise mit der wöchentlichen Führungssitzung oder regelmässigen bilateralen Besprechungen. Die Erledigung des Tagesgeschäfts, die Weiterentwicklung der Departementsstrategie, die Konsolidierung der neuen Organisation, ein ausgewogener Abgleich der Querschnittsaufgaben und ein stärkeres Beachten von Synergien in der Abwicklung der Amtsgeschäfte waren dabei zentrale Themen.

Einen besonderen Aufwand verursachte die Arbeit an der Totalrevision der Stipendiengesetzgebung. Diese ist nun auf dem neusten Stand, orientiert sich am Stipendienkonkordat und wird per 1.1.2018 in Kraft gesetzt. Ganz im Sinne des laufenden Regierungsprogramms 2016-2019 kommt der Regierungsrat damit dem Bestreben nach, attraktive Rahmenbedingungen für Familien mit Kindern und Jugendlichen zu fördern. Als Kanton ohne Hochschule unterstützt er damit den Zugang zur tertiären Bildung.

Die kantonsübergreifende Zusammenarbeit fand in erster Linie in der nationalen Konferenz der Bildungsdirektorinnen und -direktoren (EDK), der Kulturkonferenz (KdK) und in den vergleichbaren Organisationen auf regionaler Ebene statt (EDK-Ost und KdK-Ost der Ostschweizer Kantone und des Fürstentums Liechtenstein). Diese Strukturen bestehen auch auf Stufe Amtsleitungen und Rektoren.

Das Departement stellte zudem je eine Vertretung in der Kommission für Bildung, Wissenschaft und Forschung sowie der Kommission Kultur (AR-Vorsitz) der internationalen Bodenseekonferenz, im Hochschulrat der interkantonalen Hochschule für Heilpädagogik Zürich sowie im Hochschulrat der Fachhochschule Ostschweiz und der Fachhochschule St. Gallen. Mitarbeitende nahmen Einsitz im Stiftungsrat Roothuus Gonten und wirkten in interkantonalen Arbeits- und Projektgruppen mit. Dieses Netzwerk erlaubt Appenzell Ausserrhoden, seine föderale Rolle unkompliziert und sachdienlich wahrzunehmen.

Bestimmende Themen waren im Berichtsjahr die Einführung des neuen Lehrplanes in der Volksschule, das System der interkantonalen Hochschulfinanzierung und die personellen Erneuerungen im Departement.

Regionalpolitisch ist die Lösungsfindung für eine neue Struktur der Fachhochschulen in der Ostschweiz anspruchsvoll. Der Regierungsrat von Appenzell Ausserrhoden hat sich für eine gemeinsame Steuerung der Fachhochschulen Rapperswil, Buchs und St. Gallen entschieden.

1. Departementssekretariat

Das Departementssekretariat leistete Beiträge für 35 vom Bildungs- und Kulturdirektor eingereichte Regierungsgeschäfte (Vorjahr: 36). Zusammen mit den Ämtern wurden 16 Vernehmlassungen oder Mitberichte bearbeitet (Vorjahr: 26). Fünf Rechtsmittelverfahren konnten abgeschlossen werden (Vorjahr: vier). Es wurden diverse Rechtsauskünfte erteilt. Ein personeller Wechsel im Departementssekretariat steht aufgrund der Beendigung des Anstellungsverhältnisses der Departementssekretärin bevor.

2. Amt für Volksschule und Sport

2.1 Allgemeines

Das Amt für Volksschule und Sport mit den Abteilungen Volksschule, Sport, Schulpsychologischer Dienst und Pädagogisch-Therapeutische Dienste bearbeitete die anstehenden Geschäfte termingerecht und erarbeitete in verschiedenen Bereichen neue Konzepte. Es reagierte damit auf veränderte gesellschaftliche Anforderungen.



In enger Zusammenarbeit mit der AR Informatik AG und der PMI AG setzten Mitarbeitende des Amts und der Schulsekretariate der Gemeinden das gemeinsame Projekt ‚EISA Sek I‘ erfolgreich um. Es steht im Einklang mit den Zielen des aktuellen Regierungsprogramms 2016-2019, strukturoptimierende Projekte zu fördern und eGovernment auszubauen. Das elektronische Schuladministrationssystem Scholaris war Ende Jahr inklusive der Zusatzmodule Raumverwaltung, Stundenplanung und Betreuung in allen Schulverwaltungen funktionstüchtig eingerichtet.

Seit rund 10 Jahren steht eine Revision der Schulgesetzgebung zur Diskussion. Im Spätsommer 2016 hat der Regierungsrat diese Arbeiten neu lanciert. Ende Berichtsjahr zeigte sich, dass der eingeschlagene Weg zu einer revidierten Schulgesetzgebung nicht zielführend ist. Anfang 2018 wird das Departement die Revision von Grund auf neu angehen.

Die seit rund 20 Jahren in Appenzell Ausserrhoden praktizierte integrative Schulung bedarf einer Optimierung. Das Amt setzte eine Projektgruppe ein, die den Handlungsbedarf ermittelte und erste Massnahmen erarbeitete. Dabei standen die gemeinsame Haltung, die Zusammenarbeit der verschiedenen Akteure und die Optimierung des Ressourceneinsatzes im Zentrum.

Die Anfang Jahr bei den Erziehungsberechtigten durchgeführte Umfrage zum Mitteilungsheft ‚schulaktiv‘ ergab, dass das Ziel, eine breite Elternschaft über wichtige Themen zu informieren, nicht erfüllt wird. Das Amt wird ‚schulaktiv‘ in der bisherigen Form nicht mehr anbieten. Das Amt wird einen neuen Weg zur Informationsvermittlung der Erziehungsberechtigten suchen und ein optimales Verhältnis zwischen Aufwand und Ertrag anstreben.

Die Zusammenarbeit des Amts mit Ämtern anderer Departemente im Bereich der Finanzen und in Themen wie Gesundheitsvorsorge, Asylwesen und Frühe Förderung war zielführend.

Zu Jahresbeginn betrug die Anzahl Ausserrhoder Lernender im Volksschulalter, für die der Kanton den Gemeinden einen Pauschalbetrag auszahlt, 5'476 (Vorjahr: 5'536). Während die Zahl der Lernenden im Kindergarten und in der Primarschule zunahm, ging sie auf der Sekundarstufe zurück.

Eine Sonderschule besuchten 112 Lernende (Vorjahr: 116). Von verstärkten Massnahmen in Regelklassen profitierten 40 Lernende (Vorjahr: 37). 37 Lernende (Vorjahr: 38) absolvierten die Volksschule als ‚häuslicher Unterricht‘.

2.2 Abteilung Volksschule

Per 1. August führte Appenzell Ausserrhoden den neuen Lehrplan ein. Die Abteilung Volksschule bot für die erfolgreiche Umsetzung und die Einführung der neuen Fächer mehrere Weiterbildungen für die Lehrpersonen an. Rund 650 Personen nahmen teil.

Das kompetenzorientierte Arbeiten mit dem neuen Lehrplan veränderte die Beurteilungspraxis. Die Abteilung Volksschule erarbeitete eine Grundlagenmappe mit stufenbezogenen Dokumenten als wertvolle Umsetzungshilfe für die Lehrkräfte. Appenzell Ausserrhoden regelte damit die neue Beurteilung als erster Kanton in der Schweiz. Im Schuljahr 2019/20 werden die ersten Erfahrungen ausgewertet und die Beurteilungspraxis optimiert.

Die Abteilung Volksschule erstellte Anfang Jahr das seit rund zehn Jahren fällige Konzept zur Sonderpädagogik, regelte die Zusammenarbeit der Beteiligten und klärte ihre Zuständigkeiten, Aufgaben und die Abläufe. Sie erstellte ein Konzept zur Leseförderung, das im Dezember umgesetzt wurde. In Bearbeitung standen während des Berichtsjahres zudem das Konzept zu Medien und Informatik und das Konzept zur Berufseinführung. Die beiden Konzepte standen Ende Jahr kurz vor der Verabschiedung. Für die Neuorganisation des Französischunterrichts auf der Primarstufe (Projekt JurAR) sammelte die Abteilung Volksschule mit zwei Pilotklassen erste Erkenntnisse.

Im Frühjahr 2018 wird ein neues Appenzeller Liederbuch erscheinen. Die Projektgruppe aus Vertreterinnen und Vertretern der beiden Appenzeller Kantone konnte im Berichtsjahr den eng gesteckten Terminplan einhalten.

Die Sekundarschulen Trogen, Waldstatt, Urnäsch und Walzenhausen arbeiteten in Zusammenarbeit mit der Abteilung Volksschule an ihren neuen Schulmodellen. Sie werden die regierungsrätlichen Bedingungen zur Führung einer Sekundarschule ab 1. August 2018 erfüllen. Ab die-

sem Zeitpunkt werden dann alle Ausserrhoder Sekundarschulen die Vorgaben einhalten.

Der regelmässige Austausch mit den Schulpräsidentinnen und -präsidenten, den Schulleitenden und Vertretungen der Lehrerschaft stärkte das gegenseitige Einverständnis. Die Revision der Schulgesetzgebung, der Umgang mit schwierigen Situationen, personelle Herausforderungen, pädagogische Themen und organisatorische Fragen standen zur Diskussion.

Im Berichtsjahr liess die Abteilung Volksschule die Volksschulen in vier Gemeinden extern evaluieren. Fokussiert betrachtet wurden die Umsetzung der Entwicklungshinweise aus den früher durchgeführten Evaluationen, das schulinterne Qualitätsmanagement und allgemeine Entwicklungsthemen.

2.3 Abteilung Sport

Die Abteilung Sport organisierte fünf J+S-Ausbildungs- und neun Weiterbildungskurse in insgesamt acht verschiedenen Sportarten mit 377 Teilnehmenden. Die Ausserrhoder Sportvereine erhielten für 409 Kurse und Lager mit rund 5'500 Teilnehmenden J+S-Beiträge in der Höhe von rund Fr. 470'000.

Mit Beiträgen aus dem Sportfonds unterstützte die Abteilung Sport den Breitensport und den Nachwuchsleistungssport. Den kantonalen und regionalen Sportverbänden sprach sie Fr. 248'300 und Projekten der allgemeinen Sportförderung Fr. 209'600 zu, bewilligte Beiträge von insgesamt Fr. 31'500 an Sportanlagen und schüttete Fr. 64'500 an Sportmaterialanschaffungen aus. Den zugesprochenen Auszahlungen von Fr. 553'900 stand ein Ertrag an Swisslos-Gewinnen von Fr. 500'000 gegenüber. Der Fondsbestand schrumpfte um Fr. 53'900 auf rund Fr. 1,1 Mio. Ende Jahr.

An der Sportlerehrung durften 42 Athletinnen und Athleten und acht Teams Auszeichnungen entgegen nehmen.

Ende Jahr unterzeichneten der Departementsvorsteher und der Verwaltungsratspräsident der Appenzellerland Sport AG eine neue Leistungsvereinbarung zwischen

Kanton und Appenzellerland Sport AG. Sie tritt am 1. Januar 2018 in Kraft.

2.4 Abteilung Schulpsychologischer Dienst (SPD)

Der SPD unterstützte und beriet Lehrpersonen, Schulleitungen und Erziehungsberechtigte bei deren Herausforderungen. Er begleitete Fachpersonen im Schulwesen, brachte sein Expertenwissen bezüglich Schulentwicklung und Schulkultur ein und wirkte bei Bedarf vermittelnd.

Im Berichtsjahr bearbeitete der SPD 482 Fälle. Im Rahmen des Beratungsmandates an der Kantonsschule Trogen war er in 41 Fällen aktiv. Anmeldegründe waren vor allem Schulleistungsprobleme, Lernprobleme, Verhaltensauffälligkeiten und Fragen zur Schullaufbahn. Neben der Beratung und der fallbezogenen Arbeit fanden Klassen- und Kriseninterventionen, Beteiligung an Elternabenden, Lehrerfortbildungen und Referate im Bildungssystem statt.

Die Fachstelle Kinderschutz bot in Fragen des Kinderschutzes eine erste Beratung und Unterstützung an. Die interdisziplinäre Kinderschutzgruppe Appenzell Ausserrhoden beriet Personen, die mit Kindern und Jugendlichen beruflich oder ehrenamtlich in Beziehung stehen.

2.5 Abteilung Pädagogisch-Therapeutische Dienste (PTD)

Die PTD integrierten die Leitgedanken des Lehrplans Appenzell Ausserrhoden und das Konzept der 'International Classification of functioning disability and health' (ICF) in ihre Arbeitsweise. Sie führten Abklärungen, Beratungen und Therapien in den Bereichen Heilpädagogische Früherziehung, Logopädie und Psychomotoriktherapie durch. Die heilpädagogischen Früherzieherinnen begleiteten 47 Kinder (Vorjahr: 48) im Vorschulalter mit Entwicklungsproblemen oder Behinderungen und berieten deren Eltern. Die Logopädinnen und Logopäden klärten 196 Kinder ab (Vorjahr: 194) und führten 425 Therapien (Vorjahr: 439) durch. Die Psychomotorik-Therapeutinnen klärten 47 Kinder ab (Vorjahr: 52) und führten 93 Therapien durch (Vorjahr: 94).

Fachschulen sanken auf Fr. 3'627'421 / 285 Studierende (Vorjahr: Fr. 3'782'320 / 294 Studierende).

Die Statistiken (S. 87) informieren über weitere Zahlen.

3.5 Berufs-, Studien- und Laufbahnberatung

Das Team der Berufs-, Studien- und Laufbahnberatung führte im Berichtsjahr mit 993 Beratungen im Vergleich zum Vorjahr (1'057) etwas weniger Einzelberatungen am Standort Herisau durch. Dieser Rückgang wurde mit einer höheren Präsenz in den Schulhäusern wettgemacht: 2017 wurden im Vergleich zum Vorjahr 20 % mehr Schulhaus-sprechstunden durchgeführt. Dieses Angebot bewährte sich, da es niederschwelliger ist und neben dem Kontakt mit den Lernenden auch der Austausch mit den Lehrpersonen gepflegt werden kann. Dieser Anstieg an Kurzberatungen - neben der demografisch bedingten tiefen Zahl an Lernenden in den Oberstufen - begründet die tiefere Zahl an Ratsuchenden unter 16 Jahren (2016: 244; 2017: 173). Sie erscheinen in der Statistik nicht als Einzelberatungen.

Die Verlegung des Berufsinformationszentrums BIZ in die Räumlichkeiten im Haus Tannenbaum und die erweiterten Öffnungszeiten haben zu einem Anstieg der Besucherzahlen auf 385 (Vorjahr: 135) geführt. Darunter sind einige Schulklassen, die im Rahmen des berufskundlichen Unterrichts für eine Lektion im BIZ recherchierten.

Die Einnahmen aus kostenpflichtigen Beratungen fielen mit Fr. 5'975 tiefer aus als im Vorjahr (Fr. 7'925). Es waren zwar nur 11 Erwachsene über 25-jährig weniger zu verzeichnen. Demgegenüber gab es aber viel mehr Erwachsene, die kostenpflichtbefreit waren, also z.B. keinen Abschluss auf Sekundarstufen II hatten, erwerbslos und beim RAV gemeldet waren oder den Flüchtlingsstatus hatten.

Auf reges Interesse stiess der Elternkurs «Berufswahl heute - Crashkurs für Eltern». Er wurde im Februar drei Mal durchgeführt. Zielpublikum waren die Eltern von Lernenden der zweiten Oberstufen. Die Eltern erhielten die aktuellsten Informationen zum Bildungssystem, erfuhren Wissenswertes rund um die Berufswahl und setzten sich mit ihrer Rolle als Unterstützende im Berufsfindungsprozess ihrer Kinder auseinander.

Seit April arbeitet das Team mit einer elektronischen Fallverwaltungssoftware weitestgehend papierlos in der Dokumentation der Einzelberatungen. Die Software hat auch die Terminverwaltung der Beratungspersonen professioneller gemacht.

Die Statistiken (S. 86) informieren über weitere Zahlen.

3.6 Abteilung Ausbildungs- und Studienbeiträge

Am 20. März genehmigte der Kantonsrat das Gesetz über Ausbildungsbeiträge (Stipendengesetz) in zweiter Lesung. Der departementale Vorentwurf der Verordnung über Ausbildungsbeiträge (Stipendienverordnung) wurde Ende April an die Kantonskanzlei weitergeleitet. Die finale Version der Verordnung steht vor dem Abschluss. Die damit verbundenen Anpassungen für das Berechnungsmodell an der Fachapplikationssoftware wurden umgesetzt.

Die Abteilung bearbeitete 549 Beitragsanfragen (Vorjahr: 573 / - 4,2 %). 356 Anfragen (Vorjahr: 359 / - 0,8 %), erledigte sie vor der Einreichung eines formellen Beitrags-gesuchs im Rahmen des sogenannten Erst- bzw. Vorgesprächs mit vergleichsweise geringem Aufwand informell. Verfügt wurden 193 eingegangene Gesuche (Vorjahr: 214 / - 9,8 %). 181 Personen in Ausbildung wiesen einen Stipendienanspruch aus (Vorjahr: 199 / - 9 %) und in fünf Fällen gewährte die Abteilung rückzahlungspflichtige Ausbildungsdarlehen (Vorjahr: 6 / - 16,7 %). Ein Leistungsanspruch war in 96,4 % der erlassenen Verfügungen ausgewiesen. Sieben Gesuche bzw. 3,6 % wurden abgewiesen (Vorjahr: 4,2 %; 2010 waren es noch 28 %).

Durchschnittlich gewährte die Abteilung einen Stipendienbetrag von Fr. 7'523 (Vorjahr: Fr. 7'780 / - 3,3 %). In ca. 45 % der beitragsberechtigten Fälle wurde der maximale Stipendienanspruch ausgeschöpft (Vorjahr: 48 %). Gesamthaft beliefen sich die zugesprochenen Stipendienleistungen auf rund Fr. 1,36 Mio. (Vorjahr: Fr. 1,55 Mio. / - 12 %).

Die Summe der ausbezahlten Stipendien betrug ebenfalls rund Fr. 1,36 Mio. (Vorjahr: Fr. 1,43 Mio. / - 5,3 %), vergleichbar mit dem Aufwandniveau von 2011. Fr. 46'000 an rückzahlungspflichtigen Ausbildungsdarlehen wurden bezogen (Vorjahr: Fr. 57'000 / - 19,3 %; 2010 waren es 216 % mehr).



Der Bund leistete an die auf der tertiären Bildungsstufe ausgerichteten Ausbildungsbeiträge des Vorjahres 2016 einen Subventionsbeitrag von rund Fr. 166'000.

Die Statistiken (S. 88) informieren über weitere Zahlen.

3.7 Schulgelder an ausserkantonale allgemeinbildende Schulen der Sekundarstufe II

Im Berichtsjahr wurden Schulgelder von total Fr. 2,45 Mio. für 175 Lernende an ausserkantonale Bildungsinstitutionen der Sekundarstufe II entrichtet (Vorjahr: Fr. 2,73 Mio. / - 10 %; 190 Lernende / - 7,9 %). Der resultierende Minderaufwand war abhängig von den rückläufigen Lernendenzahlen.

Die Statistiken (S. 88) informieren über weitere Zahlen mit höherem Detaillierungsgrad.

3.8 Studiengelder an Hochschulen

Für 959 ausserrhodische Studierende auf der tertiären Bildungsstufe (Tertiärstufe A: Fachhochschulen, pädagogische Hochschulen, universitäre Hochschulen) wurden bei grösstenteils unveränderten Abgeltungstarifen Fr. 16,84 Mio. an Studiengeldkosten aufgewendet (vgl. Statistik S. 89; Vorjahr: Fr. 16,86 Mio. / - 0,1 %; 932 Studierende / - 2,9 %). Trotz mehr Studierenden blieb der Aufwand um rund Fr. 19'000 unter dem Vorjahresniveau. Bei den Fachhochschulen fiel der finanzielle Aufwand bei leicht höherer Studierendenzahl im Vergleich zum Vorjahr um ca. eine halbe Million tiefer aus. Die grossen Schwankungen ergaben sich mitunter aus dem durch die interkantonale Vereinbarung vorgegebenen Beitragsabrechnungssystem (ECTS European Credit Transfer and Accumulation System).

4. Kantonsschule Trogen

Im Juni überreichte die Kantonsschule 35 Kandidatinnen und 44 Kandidaten von insgesamt 80 Maturandinnen und Maturanden das gymnasiale Maturazeugnis. Die Erfolgs-

quote lag im Gymnasium bei 99 %. In der Berufsfachschule Wirtschaft bestanden acht Lernende das Qualifikationsverfahren ganz oder teilweise. Drei Lernende hatten keinen Erfolg. Das Berufsmaturitätszeugnis erhielten vier Kandidatinnen und Kandidaten. 22 Kandidatinnen und Kandidaten legten die Abschlussprüfung zur Erlangung des Fachmittelschulaausweises erfolgreich ab. Zwei Lernende hatten keinen Erfolg. Die Schule händigte zudem vier Fachmaturitätsausweise Gesundheit/Naturwissenschaften, sieben Fachmaturitätsausweise Soziale Arbeit und neun Fachmaturitätsausweise Pädagogik aus.

Beim Start zum Schuljahr 2017/18 verzeichnete die Kantonsschule Trogen insgesamt 563 Lernende (Gymnasium: 323 / - 18; Wirtschaftsmittelschule und Berufsmaturität: 26 / - 10; Fachmittelschule und Fachmaturität: 88 / - 1; Sekundarschule: 126 / + 7). Im Vergleich zum Schuljahr 2016/17 unterrichtete die Schule insgesamt 22 Lernende weniger (- 3,7 %).

Der Regierungsrat wählte am 24. Januar Marc Kummer zum neuen Rektor der Kantonsschule. Er übernahm seine Aufgabe am 1. August. Sein Vorgänger, Michael Zurwerra, verliess die Schule Ende Februar. Von März bis Juli führte der Prorektor Johannes Schläpfer die Schule ad interim.

Die Kantonsschule Trogen hatte seit ihrer Gründung 1821 lange Zeit viele und noch 1970 knapp die Hälfte der Lernenden aus anderen Kantonen oder dem Ausland. Von 1970 bis 1980 veränderte sich die Situation fundamental. Die Schule wird seither nur noch vereinzelt von auswärtigen Schülerinnen und Schülern besucht. Mit der besseren Verkehrserschliessung, des demographischen Wachstums und der stark gestiegenen Maturitätsquote im Kanton wuchs die Schule jedoch ab Ende 1980er-Jahre innert 20 Jahren von rund 450 auf rund 750 Lernende. Seither hat sich die Anzahl der Lernenden aufgrund des starken demographischen Rückgangs von Jugendlichen in Appenzell Ausserrhoden auf heute 563 reduziert. Ab 2011 reagierte das Departement auf die Herausforderungen. Das Departement Bildung und Kultur und die Schulleitung befassten sich intensiv mit der qualitativen und quantitativen Weiterentwicklung der Kantonsschule Trogen. Mit einem Projekt unter dem Namen «Strategische Optionen» wurden Optimierungsmöglichkeiten gesucht.

Sukzessive führten die «Strategischen Optionen» zu folgenden Attraktivitätssteigerungen: a) Gymnasium: Schwerpunkte Wirtschaft und Recht und Mathematik-Informatik-Naturwissenschaften-Technik sowie zweisprachige Matura (Deutsch/Englisch) und Echange linguistique (inkl. der Möglichkeit einer zweisprachigen Matura Deutsch/Französisch); b) Talentförderung in den Bereichen Musik, Tanz, Theater, Instrumentalunterricht und Sport; c) Führung einer Fachmaturität im Berufsfeld Gesundheit/Naturwissenschaften. In Trogen besteht weiterhin eine Wohngemeinschaft, um wieder externe Lernende aufnehmen zu können. Im Schuljahr 2017/18 traten erstmals praktisch alle Lernenden im gymnasialen und nichtgymnasialen Bereich in die Kantonsschule Trogen ein. Der Eintritt in ausserkantonale Angebote ging auf wenige Lernende zurück.

Der Regierungsrat hat am 26. September vom Stand der Arbeiten der «Strategischen Optionen - Phase 3, Zwischenbericht 1» - Kenntnis genommen. Er hat dabei einem Marschhalt in der Absicht, Fernunterricht aufzubauen, zugestimmt. Der Regierungsrat beauftragte das Departement, die Thematik in Form der Digitalisierung und neuer Lernstrukturen breiter anzugehen und einen entsprechenden Projektantrag zu stellen.

Die Statistik (S. 86) informiert über weitere Zahlen.

5. Berufsbildungszentrum Herisau

Die Zahl der Lernenden am Berufsbildungszentrum Herisau (BBZ) fiel im Berichtsjahr leicht (Schuljahr 2017/18: 993; 2016/17: 1'005).

Das BBZ Herisau brach die Ziele aus der Aufgaben- und Finanzplanung herunter und führt neu mittels der rollenden Planung, welche auf die wichtigen strategischen Stossrichtungen reduziert wurde. Dieses Instrument ist das Leitdokument an den neu quartalsweise stattfindenden Schulleitungsklausuren. Im Qualitätsmanagementsystem wurden der Prozess und das Konzept des Lernateliers optimiert. Die fachliche individuelle Begleitung läuft seit Sommer flächendeckend nach neuem Konzept. Die Prozesse der Brücke AR wurden überarbeitet, umfassend beschrieben und ins System integriert. Die Routineüberprüfung war

erneut erfolgreich. Das Crossaudit fand zusammen mit der Kantonsschule Romanshorn statt.

Die 18 Laufbahnqualifikationen mit Lehrenden verliefen alle erfolgreich. Die Qualität der Portfolios war wiederum sehr hoch. Für die Lehrpersonen war es einmal mehr schwierig, gute und griffige Entwicklungsziele zu formulieren. Die Lernenden attestierten dem BBZ in einer Umfrage wiederum eine sehr hohe Qualität in Ausbildung und Umgang.

Im Frühjahr fanden die ersten Klassenchefsitzungen in der Geschichte des BBZ statt. Die vorab durch die Klassenchefs in ihren Klassen gesammelten Anregungen wurden an fünf Mittagssitzungen mit den Klassenchefs gesammelt und diskutiert. Die daraus entstandene Massnahmenliste konnte im Laufe des Jahres vollständig abgearbeitet werden. Diese Sitzung wird künftig alle zwei Jahre stattfinden.

Der Jahrgang 2016/17 der Brücke AR übertraf das Ziel von 80 % Anschlusslösungen wiederum. Im Sommer startete die Brücke AR mit fünf Klassen, vier mit zwei Tagen und eine mit vier Tagen Unterricht. Die Unterrichtsform des Lernraums entwickelt sich sehr gut. Das Angebot mit vier Schultagen führte zu zusätzlichem Schulraumbedarf, welcher mit der Zumietung eines Zimmers in der Naturärzte Vereinigung Schweiz NVS abgedeckt wurde. Die Raumverhältnisse am BBZ bleiben trotz externer Zumietung prekär. Im Rahmen eines vom Regierungsrat lancierten Strategieprojekts für die Sekundarstufe II wird diese Problematik 2018 ganzheitlich angegangen.

Die drei im Schuljahr 2016/17 geführten Integrationsklassen mussten vom Departement im Sommer aus finanztechnischen Gründen an einen externen Anbieter abgegeben werden. Die Personalkosten am BBZ durften nicht erhöht werden, obwohl die Kosten im Amt als Projekt eingestellt waren. Ebenso mussten drei Schreiner im Sommer nach Flawil zugewiesen werden, um eine Klassenerhöhung im ersten Lehrjahr zu verhindern.

Im Projekt E-Learning/BYOD (bring your own device) startete im Sommer der dritte Jahrgang der Pilotberufe Detailhandel, Polymechniker/Konstrukteure und Schreiner erfolgreich. Im Detailhandel wurden die Basiskompetenzen zum E-Learning mit einem neu konzipierten Basiskurs erfolgreich vermittelt. Die Lehrpersonen wurden mit einer



vierteiligen Schulungsreihe der Uni Zürich und verschiedenen internen Workshops fit gemacht. In praktisch allen Klassen wurden E-Learning-Sequenzen erfolgreich durchgeführt. Die Fähigkeiten der Lehrenden rund um E-Learning sind markant gestiegen und das Jahresziel wurde somit gut erreicht. Die gegenseitige Unterstützung am BBZ wird mit zwei internen Supportern sichergestellt.

Die Statistik (S. 85) informiert über weitere Zahlen.

6. Amt für Kultur

6.1. Amtsleitung und Kulturförderung

Am 27. April fand die erste Ausstellungseröffnung des kantonsübergreifenden Gemeinschaftsprojektes «iigfädlet - Ostschweizer Textilgeschichten» im Museum Herisau statt. Darauf folgten am gleichen Wochenende weitere sieben Vernissagen in den anderen beteiligten Museen. Gleichzeitig erschien die gleichnamige Begleitpublikation im Appenzeller Verlag. Die einzelnen Ausstellungen, die mehrheitlich bis zum 29. Oktober dauerten, stiessen auf sehr guten Anklang, sowohl bei den Einheimischen als auch beim Publikum aus umliegenden deutschschweizer Kantonen. Die Medien berichteten in rund 30 Artikeln oder Sendungen über die Ausstellungen. Rund 2'200 Teilnehmende besuchten die 68 Rahmenveranstaltungen.

Am 10. November hiess der Regierungsrat eine neue Museumsstrategie gut. Mit einigen Anpassungen verfolgt sie die bisherigen Ansätze, d.h. die Museumskoordination kommuniziert auch in Zukunft unter einer Dachmarke und organisiert gemeinsame Projekte. Einzelne Häuser haben neu gewichtete Schwerpunkte.

Das Amt hat drei Ausgaben von «Obacht Kultur» herausgegeben und darin auch die geförderten Projekte aufgeführt. Die Kulturlandsgemeinde war am 6./7. Mai im Sportzentrum Herisau zu Gast. Sie widmete sich während zwei Tagen verschiedensten Formen und Feldern von Optimierungen.

Die jährliche Kulturbegegnung fand in Wolfhalden statt und vermittelte einen Einblick in die Arbeit der Denkmalpflege. Die Kantone Appenzell Ausserrhoden, St.Gallen

und Thurgau haben eine Ausschreibung für einen gemeinsamen Förderschwerpunkt im Bereich Textil organisiert und im Rahmen der KBK-Ost ein gemeinsames Literatur-Förderprogramm lanciert.

Am 24. Mai wurde Helen Meier in der Kirche Trogen mit dem fünften kantonalen Kulturpreis ausgezeichnet. Die Kulturförderung hat eine neue Höchstzahl Gesuche behandelt. Sie hat 214 Gesuche (Vorjahr: 209) geprüft und davon 154 Projekten eine Unterstützung zugesprochen; dies entspricht 72 % der Gesuche. Bei insgesamt Fr. 621'241 Förderbeiträgen ergibt das eine durchschnittliche Beitragssumme von Fr. 4'034 pro Gesuch (Vorjahr: Fr. 4'032). Als Folge der steigenden Anzahl an Gesuchen wurden die Förderkriterien geschärft. Neben den einzelnen Projekten wurden 23 Institutionen mit jährlichen Betriebsbeiträgen in der Höhe von insgesamt Fr. 1'029'000 unterstützt. Diese sind an Leistungsvereinbarungen gebunden, die Ende 2017 ausgelaufen sind. Das Amt hat zusammen mit dem Kulturrat in einem mehrstufigen Verfahren die Leistungsvereinbarungen mit den Institutionen evaluiert und ausgehend davon die Empfehlungen für die Leistungsvereinbarungen der nächsten dreijährigen Periode 2018 bis 2020 erarbeitet. Der Regierungsrat hat diese Mitte November verabschiedet.

6.2 Kantonsbibliothek

Nach dem Tod von Herbert Maeder Ende Januar wurde sein fotografisches Lebenswerk in die Kantonsbibliothek überführt. Dank einer Reorganisation des Magazins in der Zivilschutzanlage Hinterdorf wurde zudem Platz geschaffen für die Nachlässe des Grafikers Ruedi Bannwart und des Pfarrers Gustav Adolf Zingg. Schwerpunkte des Berichtsjahrs waren die Vorbereitung der Ausstellung «Tu was du willst. Sinnsuche in Stein» mit Sammelgut aus der Collectio Magica et Occulta CMO, zu sehen im Appenzeller Volkskunde-Museum Stein, und die Lancierung der Website «AppenzellDigital. Wissensportal zur Appenzeller Kultur, Geschichte und Geografie im Internet» in Kooperation mit dem Verein Appenzeller Hefte.

Die Kantonsbibliothek wirkte an zwei Fernsehsendungen zur Textilhandelsfamilie Zellweger mit. Verschiedene Zeitungsartikel waren Bestandteil der schriftlichen Öffentlichkeitsarbeit. Das 144. Heft der Appenzellischen Jahrbücher fokussierte auf architektonische Spuren der

Textilindustrie in beiden Appenzell. 53 kulturhistorische Führungen (Vorjahr: 59) mit 841 Personen (Vorjahr: 1'047) und 20 Vorträge und Präsentationen mit total 835 Personen fanden statt.

Im Online-Katalog für publizierte Medien sind 121'435 Einheiten (Vorjahr: 114'756) und im Online-Katalog für Handschriften und Nachlässe 16'314 Einheiten (Vorjahr: 15'938) erfasst. Neun TranskriptionspartnerInnen nahmen 25 Transkriptionsaufträge (Vorjahr: 13) entgegen.

Die historischen Sammlungen wurden erneut um wertvolle Inhalte ergänzt. 41 Personen und Institutionen (Vorjahr: 40) haben der Kantonsbibliothek Dokumente vermacht. Die Appenzeller Bibliographie zählt 320 neue Einheiten (Vorjahr: 304) Auf den Servern werden 11,2 Terabyte Daten verwaltet (Vorjahr: 9,5).

646 Personen (Vorjahr: 676) kamen zu Besuch (ohne Führungen). Im Lesesaal wurden 824 Medien (Vorjahr: 743) benutzt. 398 Medien (Vorjahr: 231) wurden ausgeliehen. Die Zahl der Downloads via dibios.ch betrug 26'978 (Vorjahr: 21'817). Die Appenzeller Bestände unter e-periodica.ch verzeichneten 369'151 Pageviews (Vorjahr: 365'841) und 168'182 Downloads (Vorjahr: 169'380). Über das Presseportal Ostschweiz wurden 2'341 Texte heruntergeladen (Vorjahr: 1'189).

6.3 Denkmalpflege

Mit 83 bearbeiteten Beitragsgesuchen wurde ein neuer Höchstwert erreicht. Die Summe der bewilligten Kantonsbeiträge an Restaurierungs- und Renovationsprojekte beläuft sich auf Fr. 542'134 (vgl. Statistiken S. 89). Die Denkmalpflege führte rund 410 Besprechungen mit Behörden, Planerinnen, Planern und Bauherrschaften. Projektierungen für Ersatzneubauten in den Dörfern nehmen weiterhin zu; per Ende Jahr waren 28 Vorhaben in Planung. Weiterhin besonders zeitintensiv sind der Studienauftrag für eine neue Gemeindekanzlei in Urnäsch, die Erneuerung des Quartiers Sandbühl in Herisau und die Neugestaltung der Ortsdurchfahrt in Teufen.

201 Stellungnahmen wurden zu Baugesuchen, Gestaltungsplänen und Zonenplanrevisionen abgegeben,

davon etwa 15 % in schriftlicher Form. Grosse Projekte wie Quartierplanungen und Kirchenrenovationen erforderten die temporäre Mitarbeit in Arbeitsgruppen.

Die Nachfrage nach Haus-Analysen ist nach wie vor hoch. Auch die Kantone Uri und Thurgau möchten das Angebot einführen. Je eine Delegation informierte sich vor Ort über organisatorische Fragen und die Voraussetzungen für erfolgreiche Umsetzungen (vgl. auch S. 50/DBV).

Das Forum Appenzellerhaus veranstaltete in Teufen, Schwellbrunn und Trogen vier gut besuchte Hausbesichtigungen sowie Vorträge zur architektonischen und technischen Bedeutung von Sockeln.



Departement Gesundheit und Soziales

Direktor: Regierungsrat Dr. Matthias Weishaupt

Die ordentliche Aufgabenerfüllung im Departement Gesundheit und Soziales wurde geprägt und zum Teil überlagert von zahlreichen ausserordentlichen Ereignissen. Dabei waren alle Organisationseinheiten betroffen und besonders gefordert. Stichworte: Defizit des Spitalverbundes Appenzell Ausserrhoden (SVAR), Planung des Asyl-durchgangszentrums in Walzenhausen, Hofräumung in Wolfhalden. Nichtsdestotrotz wurden drei Gesetzesvorhaben auf Antrag des Departements zuhanden der Vernehmlassung oder des Kantonsrates verabschiedet: Teilrevisionen des Gesundheitsgesetzes, des Spitalverbundgesetzes und des Einführungsgesetzes zum Schweizerischen Zivilgesetzbuch (Kindes- und Erwachsenenschutzrecht).

Die Organisation des Departements bewährt sich grundsätzlich. Dies kann im zweiten Jahr nach der Reorganisation gerade angesichts der zeitweise ausserordentlichen Lage festgehalten werden. Dem Departementssekretariat und den vier Ämtern war es so möglich, die geplante, kontinuierliche Organisationsentwicklung zu lancieren und zu pflegen, um - neben dem Alltagsgeschäft - die Prozesse der Aufgabenerfüllung weiterhin effektiv und effizient zu gestalten.

Das Departement ist in besonderer Weise mit Aufgaben der Aufsicht betraut. So etwa in der Aufsicht über Spitäler und Heime, Gesundheitsorganisation und -personen, Lebensmittelsicherheit oder Tierhaltung. Bei den Vollzugsaufgaben zeigt sich, dass vor allem Einzelfälle zeitaufwändig sind und personelle Ressourcen stark absorbieren. Bei unmittelbarer persönlicher Betroffenheit der Beaufsichtigten besteht dabei ein erhöhtes Konfliktpotential, insbesondere in den Bereichen des Kindes- und Erwachsenenschutzes, der Lebensmittelkontrolle und des Veterinärwesens. Die Mitglieder des Kaders haben daher eine ämterübergreifende Schulung für alle Mitarbeitenden ausgearbeitet. Ziel ist es, die situationsgerechte Kommunikation und Sicherheit sicherzustellen, wenn es notwendig ist, bei der Erfüllung von gesetzlichen Aufgaben in die Privatsphäre von Betroffenen einzugreifen.

Die mediale Aufmerksamkeit der Spital- und Asylpolitik hat im Verlaufe des Berichtsjahrs abgenommen. Gleichwohl bleibt die Dynamik in allen Politikbereichen des Departments - insbesondere in der Gesundheitspolitik - hoch. Auf grosse Resonanz ist das neue Konzept Palliative Care gestossen, ebenso das kantonale Integrationsprogramm 2018-2021, das vom Bund finanziell unterstützt und in enger Zusammenarbeit mit den 20 Gemeinden in Appenzell Ausserrhoden umgesetzt wird.

1. Departementssekretariat

1.1 Allgemeines

In Zusammenarbeit mit den zuständigen Ämtern wurden Revisionen von drei Gesetzen und zwei Verordnungen an die Hand genommen: Die Teilrevisionen des Gesundheitsgesetzes und des Gesetzes über den Spitalverbund (SVARG) hiess der Kantonsrat im Oktober in erster Lesung gut. Noch im Dezember verabschiedete der Regierungsrat den Bericht und Antrag zum SVARG für die zweite Lesung. Die Teilrevision des Gesetzes über die Einführung des Schweizerischen Zivilgesetzbuches (EG zum ZGB) überwies der Regierungsrat Ende Jahr zuhanden der ersten Lesung an den Kantonsrat. Sowohl für das

SVARG wie auch für das EG zum ZGB setzte der Kantonsrat vorbereitende parlamentarische Kommissionen ein, deren Aktuariat das Departementssekretariat stellt. Mit Inkraftsetzung per 1. Januar 2018 erfolgten geringfügige Änderungen an der Hundeverordnung im Bereich der Hundesteuer und an der Verordnung über die Pflegefinanzierung in Nachvollzug eines Bundesgerichtsurteils.

Da die kantonale Steuerverwaltung im Berichtsjahr eine neue Steuersoftware (NEST) einführte, konnten die Simulationsrechnungen für die Prämienverbilligung nicht mehr wie bisher der Verwaltungsrechenzentrum AG, St. Gallen, in Auftrag gegeben werden. Für die Nachfolgelösung wurde ein Projekt mit externer Leitung und unter Mitwirkung von Mitarbeitenden des Departementssekre-

tariats Finanzen, des Departementssekretariats Gesundheit und Soziales, der kantonalen Steuerverwaltung, der AR Informatik AG und der Sozialversicherungen Appenzell Ausserrhoden (SOVAR) eingesetzt. Es zeigte sich, dass aufgrund kantonalen Unterschiede keine bestehenden Systeme übernommen werden konnten. Die KMS AG, Kriens, wurde als Anbieter von NEST mit der Programmierung einer Lösung für die Simulationsrechnungen und die Datenübertragung an die SOVAR beauftragt. Rechtzeitig für den Festsetzungsentscheid des Regierungsrates für die Prämienverbilligungen 2018 stand die Lösung bereit. Kleine Nachbesserungen auf das Folgejahr sind allerdings noch notwendig.

Das Departementssekretariat leistete viel Unterstützungsarbeiten für die Ämter. Diese reichten von der Abklärung von Rechtsfragen bis zur Betreuung aufwändiger Rechtsmittelverfahren, insbesondere im Bereich der interkantonalen Vereinbarung für soziale Einrichtungen und der Tarifverfahren nach KVG. Auch wurden diverse Mitberichte und Vernehmlassungen zuhanden von Bund und Kantonen beantwortet sowie departementale Rechtsmittelverfahren und Verfügungen bearbeitet. Weiterhin zeitintensiv ist die Unterstützung für die Abteilung Sozialhilfe und Asyl im Rahmen des Projekts für das neue kantonale Asyl-Durchgangszentrum «Sonnenblick Walzenhausen».

1.2 Personelles

Im August konnte mit Alex Sutter der Rechtsdienst nahtlos wieder vervollständigt werden, nachdem Christian Keller gekündigt hatte.

1.3 Ethikrat

Als Nachfolge von Renata Baer, Speicher, wählte der Regierungsrat Margarita Süess (ebenfalls Pflegefachfrau, Palliativpflege), Wolfhalden, als neues Mitglied des Ethikrats. Zudem ersetzte die Pfarrerin von Teufen, Verena Hubmann, den ausscheidenden Seelsorger Norbert Hochreutener.

Der Ethikrat traf sich im Berichtsjahr zu drei Sitzungen. Als wichtiges Thema erkannte der Ethikrat die Auswir-

kungen des immer häufiger festzustellenden assistierten Suizids. Konkret entschied er, dem Regierungsrat in der ersten Sitzung 2018 eine Stellungnahme zur Vernehmlassung der medizinisch-ethischen Richtlinie «Umgang mit Sterben und Tod» der Schweizerischen Akademie der Medizinischen Wissenschaften zukommen zu lassen.

2. Amt für Gesundheit

2.1 Teilrevision Gesundheitsgesetz und Gesetz über den Spitalverbund

Das Amt für Gesundheit war im Rahmen der Teilrevisionen des Gesundheitsgesetzes und des Gesetzes über den Spitalverbund involviert (vgl. Ziffer 1.1).

2.2 Personelles

Auf den 1. Januar hat John Cassidy seinen Beschäftigungsgrad reduziert. Das frei werdende Pensum sowie bis dahin noch nicht besetzte Stellenprozente auf Amtsebene wurden zusammengelegt; seit Ende Januar hat Jan Saner diese Stelle inne. In der Abteilung Gesundheitsschutz, Gesundheitsförderung und Prävention wurde die bisherige Fachstelle Gesundheitsfachpersonen und Heilmittelkontrolle im März in zwei Fachstellen aufgeteilt. Peter Guerra führt die Fachstelle Heilmittelkontrolle und Nadja Seitz die Fachstelle Gesundheitsfachpersonen. Für die Mutterschaftsvertretung von Laura Hiestand (ehemals Lowiner) als Sachbearbeiterin im kantonsärztlichen Dienst ist Erika Wild in einer befristeten 50 Prozent-Anstellung zum Team gestossen. In der Beratungsstelle für Suchtfragen hat Nadja Kunz im August als kaufmännische Lehrabgängerin eine für ein Jahr befristete Stelle als Sachbearbeiterin angetreten.



2.3 Abteilung Spitalversorgung

2.3.1 Spitallisten Appenzell Ausserrhoden 2017 Akutsomatik und Rehabilitation

Der Regierungsrat hat im Dezember 2016 die Spitalplanung und die Spitallisten Appenzell Ausserrhoden 2017 Akutsomatik und Rehabilitation für die Jahre 2017 bis 2019 genehmigt und per 1. Januar in Kraft gesetzt. Im Rahmen einer Wiedererwägung hat der Regierungsrat die Spitalliste Appenzell Ausserrhoden 2017 Akutsomatik bezüglich der Leistungsspektren des SVAR am Standort Heiden und des Ostschweizer Kinderspitals in St. Gallen angepasst. Der auf der Spitalliste Appenzell Ausserrhoden 2017 Akutsomatik vorgesehene Nachweis des SVAR im Zusammenhang mit einem Leistungsauftrag für ein Kompetenzzentrum in Akutgeriatrie am Standort Heiden wurde nicht erbracht; die formelle Bereinigung der Spitalliste erfolgt zu Beginn des Jahres 2018. Die auf der Spitalliste Appenzell Ausserrhoden 2017 Rehabilitation vorgesehene Bewerbung für die Rückverlegung der Leistungen im Versorgungsbereich Rehabilitation nach Teufen wurde im Berichtsjahr eingereicht; das Verfahren sollte zu Beginn des Jahres 2018 abgeschlossen sein.

2.3.2 Spitalplanung und Spitalliste Appenzell Ausserrhoden 2018 Psychiatrie

Die Spitalliste Appenzell Ausserrhoden 2016 Psychiatrie war bis Ende 2017 befristet. Der Regierungsrat hat deshalb im Dezember die Spitalplanung und die Spitalliste Appenzell Ausserrhoden 2018 Psychiatrie für die Jahre 2018 bis 2020 genehmigt und per 1. Januar 2018 in Kraft gesetzt. Die Spitäler mit einem Standort im Kanton (SVAR und Klinik Gais AG, Gais) sind mit demselben Leistungsspektrum auf der Spitalliste geführt. Das Romerhuus der Stiftung Ostschweizer Kinderspital, St. Gallen, die Psychiatrische Klinik Münsterlingen der Spital Thurgau AG, Frauenfeld, und das Zentrum für Integrative Psychiatrie, Rheinau, der Psychiatrischen Universitätsklinik, Zürich, haben sich nicht mehr für die Spitalliste beworben. Die übrigen Spitäler sind weiterhin auf der Liste. Bei der Forel Klinik AG, Ellikon an der Thur, und bei der Klinik Beverin der Psychiatrischen Dienste Graubünden, Chur, wurden die Leistungsspektren erweitert.

2.3.3 Spitalfinanzierung

Im Berichtsjahr beläuft sich der kantonale Anteil an die stationären Spitalrechnungen im Bereich der obligatorischen Krankenpflegeversicherung auf 55 %. Im Bereich der Invalidenversicherung finanziert der Kanton 20 %. Vor diesem Hintergrund ist die Rechenkontrollrolle wichtig. Sie wird in der Abteilung zusammen mit dem kantonsärztlichen Dienst durchgeführt. Ab dem dritten Quartal konnte nun auch Appenzell Ausserrhoden auf eine elektronische Fakturierung der stationären Spitalrechnungen umstellen. Nach und nach werden seither Spitäler auf den Systemen freigeschaltet, so dass möglichst rasch ein Grossteil des Rechnungsvolumens durchgehend elektronisch abgewickelt werden kann. Die Systemwechsel bedeuten verstärkte Kontrollen und einen beträchtlichen Mehraufwand, bis alles reibungslos funktioniert und die Kostenprognosen und -analysen wieder effizient erstellt werden können.

Damit der Regierungsrat die Tarifverträge zwischen den Spitälern mit einem Standort im Kanton und den Versicherungen genehmigen kann, hatten die Spitäler des Kantons im Vorjahr erstmals und auf Basis der Vorgaben der Schweizerischen Konferenz der kantonalen Gesundheitsdirektorinnen und -direktoren detaillierte Kostendaten geliefert. Auch im Berichtsjahr wurden nach denselben Vorgaben Daten eingefordert. Wie im Vorjahr war die Bereinigung der Daten aufwändig.

2.3.4 Spitalaufsicht

Die kantonale Aufsicht über die Spitäler erfolgt auf Basis der gesetzlichen Grundlagen. Umfassendere konzeptionelle Arbeiten mussten aufgrund der knappen personellen Ressourcen erneut verschoben werden und konnten nur punktuell, beispielsweise im Rahmen der Anpassungen der geltenden Spitallisten, vorangetrieben werden.

2.3.5 SVAR

Wie bereits im Vorjahr bildeten die Arbeiten im Zusammenhang mit dem SVAR einen Schwerpunkt. Dies betrifft die Aufgaben im Rahmen der Spitalplanung, Spitalfinan-

zierung und der Spitalaufsicht sowie die Rechenschaftspflicht gegenüber den kantonalen Behörden.

2.4 Abteilung Gesundheitsschutz, Gesundheitsförderung und Prävention

2.4.1 Notfallversorgung

Laut Gesetz obliegt die Organisation des Notfall-, Präsenz- und Bereitschaftsdienstes dem Berufsverband der Ärztinnen und Ärzte. Vor diesem Hintergrund führte die Appenzellische Ärztesgesellschaft im Berichtsjahr ein Pilotprojekt durch. Appenzell Ausserrhoden und Appenzell Innerrhoden begleiteten dieses Projekt gemeinsam. Appenzell Ausserrhoden ermöglichte die Durchführung des Pilotprojektes durch die befristete Einsetzung zusätzlicher Amtsärztinnen und Amtsärzte. Die Evaluation des Pilotprojektes durch die Appenzellische Ärztesgesellschaft wird 2018 erfolgen. In beiden Kantonen sind zudem Teilrevisionen der Gesundheitsgesetze im Gang, welche für die Finanzierung des Notfalldienstes neue gesetzliche Grundlagen beinhalten sollen (vgl. Ziffern 1.1 und 2.1).

2.4.2 Gesundheitsrat

Der Gesundheitsrat hat sich im Berichtsjahr zu drei Sitzungen getroffen. Zentrale Themen waren insbesondere die gesundheitspolitischen Gesetzesvorlagen (vgl. Ziffern 1.1 und 2.1), die Spitalplanungen (vgl. Ziffern 2.3.1 und 2.3.2) und die Pflegeheimplanung Appenzell Ausserrhoden 2017 (vgl. Ziffer 4.3).

2.4.3 Kantonsärztlicher Dienst

Die Gesuche um Kostengutsprache nahmen im Berichtsjahr um 3,5 % zu.

Der kantonsärztliche Dienst unterstützte die Abteilung Spitalversorgung bei der Erarbeitung der Spitalplanungen und Spitallisten von Appenzell Ausserrhoden, welche die stationäre Versorgung der Bevölkerung von Appenzell Ausserrhoden sicherstellen (vgl. Ziffern 2.3.1 und 2.3.2).

Aufgrund verschiedener Anfragen an das Departement Gesundheit und Soziales und das Departement Bildung und Kultur betreffend schulärztlicher Untersuchungen fand im Mai eine Austauschitzung statt, zu der das Amt für Gesundheit eingeladen hatte. Vertreterinnen und Vertreter der Schulpräsidien und Schulleitungen der Gemeinden, der beiden Departemente sowie der Präsident der Appenzellischen Ärztesgesellschaft nahmen an der Austauschitzung teil. Thematisiert an der Sitzung wurden insbesondere die Schwierigkeiten der Gemeinden in Appenzell Ausserrhoden, für zurücktretende oder pensionierte Schulärztinnen und Schulärzte eine Nachfolge zu finden. Es wurde auch diskutiert, ob aus der Praxis der schulärztlichen Untersuchungen ein Bedarf zur Anpassung der geltenden rechtlichen Grundlagen vorhanden sei.

2.4.4 Kantonszahnärztlicher Dienst

Der kantonszahnärztliche Dienst führte verschiedene gesundheitspolizeiliche Verfahren durch; dabei ging es insbesondere um die Einhaltung der Berufspflichten.

2.4.5 Fachstelle Gesundheitsfachpersonen

Im August schaltete das Bundesamt für Gesundheit das Psychologieberuferegister im Internet auf, in welchem eidgenössisch anerkannte Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten erfasst werden. Die Fachstelle überprüfte alle im Kanton tätigen Psychologinnen und Psychologen und deren Weiterbildungsabschlüsse in Psychotherapie. Insbesondere prüfte es die Gleichwertigkeit der Weiterbildungsabschlüsse zu den Vorgaben der Psychologieberufekommission. Dies ist eine Voraussetzung für die künftigen Einträge in das neue nationale Psychologieberuferegister.

Gesuche für Berufsausübungsbewilligungen sämtlicher im Kanton tätiger Gesundheitsfachpersonen blieben auf dem Niveau des Vorjahres. Es wurden 38 Inspektionen durchgeführt.



2.4.6 Fachstelle Heilmittelkontrolle

Im November wurden die jährlichen Prüfungen für Heilpraktikerinnen und Heilpraktiker durchgeführt. Von den sieben Kandidierenden haben sechs die Prüfung erfolgreich bestanden.

Nach einigen Abklärungen und Arbeiten zusammen mit den Bundesbehörden, können die bis Ende 2017 kantonal zugelassenen Arzneimittel auch unter dem revidierten und ab 1. Januar 2018 geltenden eidgenössischen Heilmittelrecht weiterhin in Verkehr gebracht werden, neu als (durch Swissmedic) zulassungsbefreite Arzneimittel. Sämtliche Stellen, die kantonale Registrierungen innehatten (ca. 700 Präparate bzw. Registrierungen), wurden deshalb im Berichtsjahr aufgefordert, bei Bedarf die Unterlagen für eine Verlängerung einzureichen. Die Gesuche wurden anschliessend beurteilt, und wenn die Voraussetzungen erfüllt waren, konnte die Registrierung verlängert werden. Anfang 2018 werden die Arbeiten abgeschlossen sein.

2.4.7 Beratungsstelle für Suchtfragen

Im Berichtsjahr wurde die Beratungsstelle für Suchtfragen reorganisiert, um die eingeschränkten personellen Ressourcen entsprechend der Nachfrage nach Beratungen und Präventionsangeboten optimal einzusetzen. Seit dem Frühjahr werden Beratungen im Bühler und in Herisau durchgeführt; seit Juli auch in einem neuen Beratungsraum in Herisau. Der Standort Heiden wurde aus Kapazitätsgründen aufgehoben. Reduziert wurden die bei der Beratungsstelle auf Anordnung des Strassenverkehrsamts zu absolvierenden Massnahmen nach «Fahren in angetrunkenem Zustand» und «Fahren unter Drogeneinfluss» und die Präventionstätigkeiten an Schulen im Kanton. Zur besseren Nutzung von Synergien wurde die Zusammenarbeit mit der Abteilung Volksschule und Sport intensiviert (beispielsweise anlässlich einer gemeinsam im Herbst durchgeführten Umfrage bei allen Lehrpersonen der Mittel- und Oberstufe sowie den Gemeinden zum Thema Suchtprävention).

Beratungen zu den Themen Alkohol und Cannabiskonsum machten den grössten Teil der insgesamt 218 Beratungen

aus (vgl. Statistiken S. 93). Zugenommen haben Beratungen für Eltern und Schulen zum Cannabidiol (CBD)-Konsum. Insgesamt wurde im Berichtsjahr die Beratungstätigkeit aufgrund des Einbezugs verschiedener Fachstellen immer komplexer und aufwändiger.

Im Mai hat die Beratungsstelle bei der alle zwei Jahre vom Bundesamt für Gesundheit veranstalteten Dialogwoche Alkohol teilgenommen und dabei durch verschiedene Aktionen sensibilisiert.

Die Webseite www.sucht-ar.ch (neu auch mit online-Beratungen) und die Druckmaterialien (z.B. Fachstellenflyer, Elternratgeber zu den Themen Alkohol, Tabak, Jugendschutz und Medienkonsum) wurden aktualisiert.

Im Herbst wurde die Beratungsstelle mit dem Label «Quality TheDA» (Qualität Therapie Drogen Alkohol) rezertifiziert.

2.4.8 Honorarprüfungs- und Schlichtungskommission für Zahnärzte und Heilpraktiker

Nachdem im vergangenen Jahr einige Gesuche zu behandeln waren, ging erst im Herbst ein neues Gesuch ein. Die beanstandete Behandlung wird zurzeit durch ein Mitglied der Honorarprüfungskommission fachärztlich geprüft und voraussichtlich im ersten Quartal 2018 durch die Kommission behandelt werden können.

3. Veterinäramt

3.1 Hundesteuer

Im Berichtsjahr erhob erstmals das Veterinäramt die Hundesteuer (bisher Kantonspolizei). Um das zu ermöglichen, wurde die bestehende Hundedatenbank AMICUS mit einem Steuerprogramm erweitert. Im Mai konnten so die ersten Steuerrechnungen verschickt werden. Insgesamt wurden 3'712 Hunde besteuert; 27 Hunde konnten von der Steuer befreit werden. In der Folge kam es zu 62 Betreibungsbegehren.

Aufgrund der Erfahrungen der ersten Steuererhebung hat der Regierungsrat Ende Jahr eine Teilrevision der Hundeverordnung durchgeführt. Im Zuge dieser Revision wurden eine Präzisierung und eine damit einhergehende Verbesserung im Vollzug der Verordnung angestrebt.

3.2 Kontrolle der Primärproduktion

Es wurden 70 Kontrollen auf Ganzjahresbetrieben (42 % des Solls) und eine in einem Sömmerungsbetrieb (8 % des Solls) durchgeführt. Die Anzahl der Grundkontrollen konnten im Vergleich zum Vorjahr zwar gesteigert werden, entsprechen aber immer noch nicht den gesetzlichen Vorgaben. Dazu fehlen die notwendigen personellen Ressourcen (vgl. Ziffer 3.3). Dabei wäre die Kontrolle aus vielerlei Gründen notwendig: Prävention von Tierseuchenereignissen durch Überprüfung des Tierverkehrs; Stärkung der Lebensmittelsicherheit durch Kontrolle des Tierarzneimittleinsatzes im Stall; Unterstützung der Strategie des Bundes zur Reduktion des Antibiotikaeinsatzes im Projekt STAR; Überprüfung von schmerzhaften Eingriffen an Ferkeln, Kälbern und Lämmern. Erstmals wurden in zwei Bienenhaltungen Grundkontrollen durchgeführt.

3.3 Tierschutzkontrollen

Das Veterinäramt hat insgesamt 120 Tierschutzkontrollen in Nutz-, Heim- und Wildtierhaltungen durchgeführt. In beiden Appenzell waren es insgesamt 159. Damit sind die Kontrollzahlen im Vergleich zum Vorjahr wiederum leicht angestiegen. 46 % der Kontrollen mussten aufgrund von Meldungen veranlasst werden. 40 % der Kontrollen betrafen das Überprüfen von Mängelbehebungen (Nachkontrollen). Diese Kontrollen sind unvorhersehbar und fanden zusätzlich zu den von den landwirtschaftlichen Inspektionsdiensten durchgeführten Grundkontrollen statt.

Das Veterinäramt war zudem über Monate hin sehr intensiv mit einem grösseren Tierschutzfall beschäftigt. Es bedurfte sehr umfangreicher Sachverhaltsabklärungen und Kontrollen. Schliesslich musste mit Unterstützung weiterer Amtsstellen und Personen eine Hofräumung erzwungen werden. Der Fall wurde von aufwändigen juristischen Streitigkeiten begleitet, welche sich weit über die Hofräumung hinweg erstreckten.

3.4 Tiergesundheit

Im Berichtsjahr sind keine ausserordentlichen Seuchenausbrüche zu vermerken. Im März konnten die Präventivmassnahmen zur Vogelgrippe, welche der Bund im November des Vorjahres erlassen hatte, aufgehoben werden.

Auch die Seuchenlage bei der Bovinen Virus Diarrhoe (BVD) hat sich weiter stabilisiert. Es wurden keine Neueninfektionen entdeckt. In einer einzigen Rindviehhaltung mussten vier BVD-verseuchte Kälber aus dem Bestand entfernt werden. Die Fälle sind erklärbar und mussten erwartet werden.

4. Amt für Soziales

4.1 Personelles

Die neue Informationsstelle Integration INFI (vgl. Ziffer 4.5) wird mit einem 50 %-Pensum von Evelina Brecht geführt. Die befristete Anstellung erfolgte per 1. Juni. Finanziert wird die Stelle im Rahmen des kantonalen Integrationsprogramms zur Hälfte vom Bund und je einem Viertel von Kanton und Gemeinden.

4.2 Abteilung Soziale Einrichtungen

Zur systematischen Qualitätssicherung in Einrichtungen für Menschen mit Behinderung wird neben einer Selbstbeurteilung durch die Einrichtungen alle drei Jahre ein angemeldeter Aufsichtsbesuch durchgeführt. Dieser umfasst u. a. eine Aktenanalyse, Gespräche mit Klienten und Mitarbeitenden und eine Besichtigung des Betriebs. 47 % der bewilligten Einrichtungen für Menschen mit Behinderung wurden im Berichtsjahr besucht.

Gemäss IVSE-Rahmenrichtlinien zu den Qualitätsanforderungen ist auf Einrichtungen für süchtige und suchtgefährdete Menschen (IVSE Bereich C) das Referenzsystem «QuaTheDA» (Qualität Therapie Drogen Alkohol) des Bundesamtes für Gesundheit anzuwenden. Analog der Richtlinien zur Basisqualität für Einrichtungen für Menschen mit Behinderung erarbeitete das Amt Richtlinien für



Einrichtungen für süchtige und suchtgefährdete Menschen, welche die Qualitätsvorgaben des Referenzsystems «QuaTheDA» integrieren und deren Überprüfung beschreiben.

Gemäss Bundesvorgaben sind die bewilligten stationären Kinder- und Jugendeinrichtungen sowie Kindertagesstätten mindestens alle zwei Jahre durch die Aufsichtsbehörde zu besuchen. Die Aufsichtsbehörde hat die Aufgabe, sich in geeigneter Weise ein Urteil über das Befinden und die Betreuung der Minderjährigen zu bilden und darüber zu wachen, dass die Voraussetzungen für die Erteilung der Bewilligung erfüllt und eingehalten werden. Wie bereits für Pflegeheime und für Einrichtungen für Menschen mit Behinderung arbeitete das Amt dazu Richtlinien aus, in welchen die Qualitätsvorgaben und deren Überprüfung festgelegt werden. Die Einrichtungen wurden an Informationsanlässen über die neuen Erfordernisse bezüglich Bewilligung und Aufsicht informiert.

Vor Inkrafttreten des neuen Kindes- und Erwachsenenschutzrecht am 1. Januar 2013 waren die Gemeindebehörden verantwortlich für die Bewilligung und Aufsicht von Kinder- und Jugendeinrichtungen. Anfang Berichtsjahr gab es Kindertagesstätten, die noch über eine altrechtliche oder gar keine gültige Betriebsbewilligung verfügten. Dies konnte im Berichtsjahr mittels provisorischen Bewilligungen bereinigt werden. Eine vollständige Prüfung der Bewilligungsvoraussetzungen soll nach Erlass der Richtlinien zur Basisqualität im Jahr 2018 erfolgen.

4.3 Abteilung Pflegeheime und Spitex

Im Rahmen der Einführung der Richtlinien zur Basisqualität für Alters- und Pflegeheime sowie Tages- und Nachtstrukturen haben sämtliche Alters- und Pflegeheime bis 31. Januar die Selbstbeurteilung der Führungsprozesse vorgenommen. Aufgrund der eingereichten Unterlagen wurde eine erste Prüfung durch die Abteilung Pflegeheime und Spitex vorgenommen. Bei einem Besuch vor Ort in sämtlichen Institutionen wurden die Bewertungen besprochen, Einblick in weitere Akten genommen und im Gespräch Fragen geklärt. Die Auswertung der Bewertungen der Führungsprozesse zeigt auf, dass die Alters- und Pflegeheime im Bereich Führung und Organisation rund zwei Drittel und im Bereich Personal rund 80 % der «qualivista»-Kriterien bereits erfüllen.

Gemäss Regierungsprogramm 2016-2019 will der Regierungsrat für die älter werdende Bevölkerung sowie deren betreuenden Angehörigen bedarfsgerechte und qualitativ gute Angebote zur aktiven Lebensgestaltung wie auch zur Unterstützung im Alltag zur Verfügung stellen. Im Mai hat der Regierungsrat dazu die «Pflegeheimplanung Appenzell Ausserrhoden 2017» erlassen und dem Kantonsrat zur Kenntnisnahme unterbreitet. Mit der Pflegeheimplanung (Kapazitätsplanung) wurde die maximal erforderliche Anzahl Pflegeplätze im Kanton bestimmt, die zur Realisierung eines bedarfsgerechten Gesamtangebotes benötigt wird. Der Regierungsrat hat die Kapazitäten 2025 (mittelfristige Perspektive) und 2035 (langfristige Perspektive) bei 1'100 Plätzen festgelegt. Damit im Jahr 2025 eine Neubeurteilung erfolgen kann, ist ein Monitoring der stationären und ambulanten Pflege- und Betreuungsressourcen unumgänglich.

Um die palliative Versorgung künftig im ganzen Kanton auf gutem Niveau anbieten zu können, wurde das kantonale Konzept Palliative Care Appenzell Ausserrhoden erarbeitet. Das Konzept wurde im Juni vom Regierungsrat verabschiedet und die erforderlichen Finanzen für die Umsetzung der festgelegten Massnahmen im Voranschlag eingestellt. Um eine flächendeckende Sensibilisierung und Versorgung der Bevölkerung sicherstellen zu können, ist insbesondere eine Vernetzung der verschiedenen Leistungserbringer in drei regionalen Foren vorgesehen.

Im Regierungsprogramm 2016-2019 strebt der Regierungsrat ein ausreichendes Angebot an Ausbildungs- und Arbeitsplätzen, insbesondere im Gesundheitswesen und in Pflegeeinrichtungen an. Gemäss Gesundheitsgesetz müssen Leistungserbringende, die auf der Spital- bzw. Pflegeheimliste aufgenommen sind, eine im Verhältnis zur Betriebsgrösse und zum kantonalen Bedarf angemessene Zahl an Ausbildungsplätzen anbieten.

Im Berichtsjahr wurde eine Bestandsaufnahme der aktuell angebotenen und besetzten Anzahl von Ausbildungsplätzen im Bereich Pflege in Alters- und Pflegeheimen sowie in Spitex-Organisationen durchgeführt. Von den insgesamt 30 Alters- und Pflegeheimen bieten rund 87 % Ausbildungsplätze an. Vier kleine Alters- und Pflegeheime sind nicht in der Lage, Pflegeausbildungen zu ermöglichen. Alle drei kantonalen Spitex-Organisationen

mit einem kommunalen Leistungsauftrag bieten Ausbildungsplätze an. In der ambulanten und stationären Langzeitpflege stehen insgesamt 117 Ausbildungsplätze für Pflegeausbildungen auf verschiedenen Stufen zur Verfügung, wovon 111 besetzt werden. Schwierigkeiten bereitet insbesondere die Rekrutierung von Studierenden auf der Tertiärstufe. Ein zusätzlicher Bedarf besteht vor allem an Pflegefachpersonen mit einem tertiären Ausbildungsabschluss. Im Folgejahr sind die Angemessenheit des Verhältnisses von Ausbildungsangebot zur Betriebsgrösse zu klären und Massnahmen zur Förderung des Ausbildungsangebotes auf Tertiärstufe zu treffen.

4.4 Abteilung Sozialhilfe und Asyl

Nach der ausserordentlichen Migrationslage im Jahr 2015/2016 ist die Zahl der Asylgesuche sowie die Zuweisungen in den Kanton im Berichtsjahr auf den Stand von 2010 zurückgegangen. Obwohl das Staatssekretariat für Migration seine Szenarien und Prognosen laufend anpasste, blieb die Situation aufgrund der unsicheren Entwicklungen in verschiedenen Herkunftsländern unberechenbar. Die Statistiken im Anhang (vgl. S. 96ff) informieren über die Zahlen betreffend die Entwicklung der anwesenden Asylsuchenden und vorläufig Aufgenommenen im Kanton.

Das neue Durchgangszentrum «Sonneblick» in Walzenhausen konnte nicht wie geplant im Berichtsjahr eröffnet werden. Das durch die Stiftung «Sonneblick» als Eigentümerin und vom Kanton als Mieter und Projektverfasser eingereichte Baugesuch wurde von der Baubewilligungskommission Walzenhausen am 15. August abgelehnt. Nach sorgfältiger Prüfung des Entscheides hat die Bauherrschaft dagegen fristgerecht Rekurs beim Departement Bau und Volkswirtschaft erhoben. Mit einem Entscheid dieser Instanz ist im Folgejahr zu rechnen.

Zwecks Optimierung der Kosten im Asylwesen sowie von internen Abläufen wurden im Berichtsjahr Massnahmen umgesetzt. Eine Massnahme betrifft die zentral für alle Gemeinden ausgeführte Administration der gesamten Gesundheitskosten von allen anwesenden Personen des Asylbereichs. Hier wurde eine Reduktion von bisher neun auf einen Krankenversicherer vorgenommen. Nebst Einsparungen von Prämienkosten konnten auch die ad-

ministrativen Abläufe vereinfacht werden. Ferner wurden neue Module der bestehenden Fallführungssoftware eingeführt. Unter anderem sollen Arbeitsprozesse digitalisiert und Koordinationsaufgaben effizienter ausgeführt werden können.

Die Beratung und fachliche Unterstützung von Sozialhilfebehörden und der in der Sozialhilfe Tätigen war eine weitere Kernaufgabe im Berichtsjahr: Insgesamt wurde die Abteilung 345 Mal (Vorjahr: 342) von Sozialämtern oder Behörden zu Fach- oder Rechtsfragen der Sozialhilfe konsultiert.

Ferner wurden die Ergebnisse der Sozialhilfestatistik 2016 für die gesamte Schweiz sowie für Appenzel Ausserrhoden veröffentlicht. Die gesamtschweizerische Sozialhilfequote (der Anteil der Personen, die Sozialhilfeleistungen beziehen) stieg gegenüber dem Vorjahr um 0,1% auf 3,3%. In Appenzel Ausserrhoden stieg sie von 2% (2015) auf 2,2% (2016). Die Anzahl der durch die Gemeinden geführter Fälle stieg deshalb von 728 (2015) auf 761 (2016). Diese Fälle umfassten 2016 insgesamt 1'199 Personen (2015: 1'106 Personen).

4.5 Abteilung Chancengleichheit

Frühe Kindheit in Appenzel Ausserrhoden

Aufgrund der Bedeutung der gesunden frühkindlichen Entwicklung mit Blick auf einen chancengerechten Zugang zur Bildung hat der Regierungsrat im Regierungsprogramm 2016-2019 die frühkindliche Förderung als Entwicklungsziel formuliert. Im Berichtsjahr wurde eine Bestandsaufnahme über die im Kanton vorhandenen Angebote der «Frühen Förderung» erstellt und allen Gemeinden und weiteren interessierten Stellen zur Verfügung gestellt. In Zusammenarbeit mit dem Departement Bildung und Kultur wurde der Nutzen der frühkindlichen Betreuung, Bildung und Erziehung besprochen. Gemeinsam wird eine koordinierte kommunale, regionale und kantonale Politik der frühen Kindheit angestrebt – mit dem Ziel, alle Kinder in ihrer Entwicklung zu fördern, sie zu beteiligen und zu schützen. Bedarfsgerechte Angebote der «Frühen Förderung» sollen Familien stärken und Lern- und Entwicklungsrückstände bei den Kindern vermeiden. Die Projektarbeit wird im Folgejahr aufgenommen.



«Familienmonitoring Appenzell Ausserrhoden»

Der Regierungsrat will gemäss Regierungsprogramm 2016-2019 attraktive Rahmenbedingungen für Familien sowie betreuende Angehörige schaffen. Eine im Herbst durchgeführte generationenübergreifende Bevölkerungsbefragung zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie soll die Ist-Situation hinsichtlich der Lebensbedingungen von jungen Menschen, Müttern, Vätern und Grosseltern sowie deren Bedürfnisse und Zufriedenheit ermitteln. Der Themenkatalog der Befragung reichte von der Wohn- und Erwerbssituation über die Lebensplanung und Freizeitaktivitäten bis hin zur Betreuungssituation von Kindern und kranken oder pflegebedürftigen Angehörigen. Von den 10'000 Befragten haben rund 2'400 Ausserrhoder Einwohnerinnen und Einwohner im Alter von 25 bis 75 Jahren teilgenommen. Die Umfrage wird im Frühjahr 2018 ausgewertet. Die Ergebnisse sollen für bedarfsgerechte Massnahmen und Projekte genutzt werden können.

«Netzwerk gegen Zwangsheiraten ZARTwerk»

Durch eine Zwangsheirat werden elementare Persönlichkeitsrechte verletzt. Ergänzend zu verschiedenen Sanktionsmassnahmen in der Bundesgesetzgebung lancierte der Bund für die Jahre 2013 bis 2017 ein Programm zur Bekämpfung von Zwangsheiraten, woran sich der Kanton beteiligte. Das kantonale Engagement umfasste die Bereiche Prävention und Sensibilisierung für Betroffene und deren Bezugspersonen sowie die Vernetzung und Wissensvermittlung von bzw. unter Fachpersonen. Erreicht wurden die Zielgruppen mit Broschüren, Vernetzungsveranstaltungen und der Durchführung von «FemmesTischen» mit Müttern. Das Netzwerk gegen Zwangsheiraten wurde im Berichtsjahr in das thematisch breiter gefasste neue «Netzwerk Gewaltschutz» integriert, welchem Fachpersonen aus den Bereichen häusliche Gewalt, Gesundheits- und Gewaltprävention im öffentlichen Raum sowie Diskriminierung angehören.

Kantonales Integrationsprogramm (KIP)

KIP-Schwerpunkt im Berichtsjahr waren die umfassenden Vorarbeiten für die neue Informationsstelle Integration (INFI), die am 1. Januar 2018 ihre Türen für ratsuchende Migrantinnen und Migranten öffnen wird. Hauptaufgabe der INFI wird sein, die jährlich rund 500 neu aus dem Ausland zuziehenden Menschen über ihre Rechte und Pflichten zu informieren und ihnen alltagsnahe Informati-

onen über das Leben und Zusammenleben in der Schweiz und insbesondere in Appenzell Ausserrhoden abzugeben. Dazu gehören zum Beispiel Informationen über das Bildungssystem, das Gesundheitswesen, die Arbeitswelt oder auch sozialversicherungsrechtliche Themen. Ausserdem klärt die INFI den individuellen Integrationsförderbedarf der zuziehenden Person ab und vermittelt Förderangebote (z.B. Deutschkurse, Elternbildungsangebote). Ein weiterer Schwerpunkt im Berichtsjahr war die Ausarbeitung des kantonalen Integrationsprogramms 2018-2021 (KIP II). Zusammen mit allen Ausserrhoder Gemeinden wurden die zentralen Themen für die nächsten vier Jahre festgelegt. Neu soll ein Fokus auf die Sprachförderung im Vorschulalter gelegt werden. Der Kantonsrat hat am 4. Dezember den Verpflichtungskredit für das KIP II genehmigt.

5. KESB

Peter Dörflinger, der die KESB seit 1. September 2016 leitet, präsentierte dem Regierungsrat im Frühjahr eine Statusanalyse. Bereits per 1. Januar löste er organisatorisch die Zweiteilung in «Behörde» und «Fachdienste» auf. Intern schuf er eine Geschäftsleitung und definierte die Zusammenarbeitsgefässe der verschiedenen Dienste neu. Mit dem Umbau der Büros (Schaffung Empfang und Besprechungszimmer) konnten auch die Öffnungszeiten ausgeweitet werden. Der Kommunikation und dem verstärkten Einbezug der betroffenen Personen und deren Umfeld ist weiterhin Aufmerksamkeit zu schenken. Entsprechend hat der Regierungsrat eine Erhöhung der personellen Ressourcen in die Finanzplanung aufgenommen.

Nebst den internen Reformprozessen, die einem Kulturwandel gleichzusetzen sind, besteht weiterhin ein Nachholbedarf in der Bearbeitung der Schnittstellen mit den Zusammenarbeitspartnern (Berufsbeistandschaften, Soziale Dienste, Gemeinden, Schulen, Psychiatrisches Zentrum, Ärzteschaft, Banken, Polizei, Gerichte usw.). Den unterschiedlichen Erwartungen an die KESB sowie dem negativen Bild, das die KESB teilweise in der Bevölkerung hat, muss auch mit vermehrter Öffentlichkeitsarbeit entgegengewirkt werden. Der Leiter der KESB nahm verschiedene Möglichkeiten wahr, Aufklärungs- und Informationsarbeit für die Bevölkerung zu leisten. Die

mit der Pro Senectute durchgeführten Informationsveranstaltungen zum Thema Vorsorgeauftrag stiessen denn auch auf grosses Interesse.

Das Departement erarbeitete zusammen mit der KESB eine Revision des EG zum ZGB, in die auch die Erfahrungen der KESB aus den ersten fünf Jahren des Bestehens einflossen. Die Mitarbeitenden stellen sich dem permanenten Wandel und arbeiten mit hoher Motivation und Identifikation an der Weiterentwicklung der KESB.

Für die statistische Auswertung kann auf die Konferenz für Kindes- und Erwachsenenschutz verwiesen werden (<https://www.kokes.ch/de/dokumentation/statistik/aktuellste-zahlen>).



Departement Bau und Volkswirtschaft

Direktorin (bis 31. Mai): Regierungsrätin Marianne Koller-Bohl

Direktor (ab 1. Juni): Regierungsrat Dölf Biasotto

Ziel des revidierten eidgenössischen Raumplanungsgesetzes (RPG 1) ist es, die Siedlungen nach innen zu entwickeln (Innenverdichtung) sowie überdimensionierte Bauzonen zu verkleinern und Bauzonen dorthin zu verschieben, wo sie gebraucht werden. Diesem Auftrag ist der Regierungsrat nachgekommen und hat – auch ganz im Sinne des Regierungsprogramms 2016–2019 – im Mai die Nachführung des Richtplans 2015 sowie die damit verflochtene Teilrevision des Baugesetzes zuhanden des Kantonsrates verabschiedet. Dieser hat im Oktober die Richtplannachführung genehmigt und der Baugesetzrevision nach intensiver Auseinandersetzung in erster Lesung zugestimmt. Die im Kontext mit der Baugesetzrevision stehenden Postulate «Ortsbildschutzzonen überprüfen» und «Bauen konkret fördern» aus dem Jahr 2012 konnten vorgängig in der Septembersitzung des Kantonsrats beantwortet und abgeschrieben werden.

An der Septembersitzung hat der Kantonsrat sodann dem Energiekonzept 2017–2025 klar zugestimmt. In Anlehnung an die Ziele der Schweizer Energiestrategie 2050 sollen der Energieverbrauch im Kanton bis 2025 deutlich gesenkt und die Stromproduktion aus neuen erneuerbaren Energien massgeblich ausgebaut werden. Das darauf basierende Förderprogramm Energie 2018–2020 tritt auf den 1. Februar 2018 in Kraft und sieht auch die Förderung von Batteriespeichern bei Photovoltaikanlagen vor.

Im Dezember hat der Kantonsrat den Leistungsauftrag 2018–2021 an die Appenzellerland Tourismus AG genehmigt. Der vierjährige Leistungsauftrag wurde erstmals auf Grundlage des am 1. Januar in Kraft getretenen neuen Tourismusgesetzes vergeben. Mit dem Leistungsauftrag wird die kantonale Tourismusorganisation beauftragt, zugunsten der Leistungsträger eine Basisinfrastruktur für die generelle Vermarktung der Tourismusdestination Appenzell Ausserrhoden sicherzustellen sowie die geschäftsfeldbasierte Gestaltung und Vermarktung von touristischen Angeboten als Organisator und Koordinator weiterzuentwickeln. Es entspricht dem Ziel des Regierungsprogramms 2016–2019, Kultur- und Freizeitwerte für Touristen sowie die ansässige Bevölkerung zu erhalten, neue Angebote zu schaffen und damit die Lebensqualität im Kanton zu erhöhen.

Das Berichtsjahr war auch geprägt durch die Übergabe des Departements Bau und Volkswirtschaft von Alt Regierungsrätin Marianne Koller-Bohl an Regierungsrat Dölf Biasotto. Er führt seit dem 1. Juni das Departement Bau und Volkswirtschaft.

1. Departementssekretariat

1.1 Rechtsdienst

Im Fokus des Departementssekretariats standen die erste Etappe der Teilrevision des Baugesetzes sowie die Abstimmung dieser Vorlage mit der Nachführung des kantonalen Richtplans. Der Regierungsrat hat beide Vorlagen im Mai zuhanden des Kantonsrates verabschiedet. An der Oktobersitzung hat der Kantonsrat der Baugesetzrevision mit 55:4 Stimmen klar zugestimmt. Umstritten waren aber die kommunale Mehrwertabgabe sowie das Enteignungsrecht im Erneuerungsplan. Im Rahmen der Volksdiskussion sind acht Beiträge eingegangen.

Ende Jahr sind die umfangreichen Arbeiten für eine Teilrevision des Energiegesetzes (Umsetzung der Mustervorschriften der Kantone im Energiebereich 2015) sowie eine Teilrevision des Wasserbaugesetzes (Umsetzung Gewässerraum) aufgenommen worden. Die beiden Vorlagen sollen im 2018 in die Vernehmlassung geschickt werden. Aus Ressourcengründen konnten beide Vorlagen zeitlich nicht planungsgemäss vorangetrieben werden.

An der Sitzung vom September hat der Kantonsrat die seit 2012 pendenten Postulate «Bauen konkret fördern» sowie «Ortsbildschutzzonen überprüfen» mit nur einer Gegenstimme abgeschrieben. Aus letzterem Postulatsbericht geht hervor, dass die Zuteilung eines Grundstücks in

eine kommunale Ortsbildschutzzone keinen negativen Einfluss auf die Renovationsquote der Altbauten hat. Die Altbauten ausserhalb der kommunalen Ortsbildschutzzonen werden nicht häufiger renoviert als die Altbauten in den kommunalen Ortsbildschutzzonen. Es sind jedoch andere Gründe denkbar, dass die bauliche Entwicklung in den Dorfkernen als ungenügend wahrgenommen wird, so beispielsweise die höhere Lärmbelastung entlang der Kantonsstrassen, die tieferen Anteile an Grünflächen oder fehlende finanzielle Mittel für Investitionen.

67 Rekurse gegen Entscheide von Gemeindebehörden und departementalen Amtsstellen (Vorjahr: 65) sowie neun Einsprachen gegen Flurgenossenschaftsbeschlüsse und Grundwasserschutzzonen (Vorjahr: sieben) sind eingegangen. Erledigt wurden 65 Rekurse und zehn Einsprachen, darunter auch solche aus den Vorjahren. Aufgrund des stetig zunehmenden Beratungsaufwandes hat sich der Rechtsdienst dazu entschieden, Fragen der kommunalen Baubehörden ab Oktober nur noch schriftlich entgegenzunehmen; der Aufwand für Rechtsauskünfte ist seither wieder auf ein massvolles Niveau gesunken.

Der langjährige Leiter des Rechtsdienstes, Daniel Hofmann, wechselte per 1. Oktober ans Obergericht von Appenzel Ausserrhoden.

1.2 Baukoordinationsdienst

Beim Baukoordinationsdienst gingen 838 Baugesuche ein (Vorjahr: 907, Durchschnitt der letzten zehn Jahre: 901). Davon betrafen 20 Eingaben ein bundesrechtliches Plangenehmigungsverfahren und acht Eingaben ein Vernehmlassungsverfahren nach Strassengesetz. In 13 Fällen musste gestützt auf das Rohrleitungsgesetz eine Bewilligung des Regierungsrates eingeholt werden (Vorjahr: sieben). Schliesslich gingen 19 Meldungen zu Solaranlagen ein (Vorjahr: 17).

67,9 % der Baugesuche wurden durch die kantonalen Stellen innert vier Wochen beurteilt, wobei bis Ende Jahr rund 91 % der eingegangenen Gesuche erledigt werden konnten. Die durchschnittliche Bearbeitungsdauer betrug wie im Vorjahr 3,84 Wochen pro Fall. Rund 70 % der Ver-

fahren konnten dank dem Baugesuchsprogramm elektronisch abgewickelt werden.

1.3 Öffentlicher Verkehr

In der ersten Jahreshälfte wurde das Konzept öffentlicher Regionalverkehr Appenzel Ausserrhoden 2018-2022 (öV-Konzept) fertiggestellt. Der Kantonsrat hat das öV-Konzept im Mai verabschiedet. Damit liegt für die kommenden Jahre eine verbindliche Leitlinie für die Entwicklung des öV-Angebotes und der Finanzierung vor. Ausserdem werden mit dem öV-Konzept Spezialprojekte initiiert, wie zum Beispiel die Einführung der öV-Regionalgruppen oder die Lancierung einer Studie zur Überprüfung der Vorderländer Bahnen sowie der Linie Altstätten-Gais.

Die Modernisierung der Appenzeller Bahnen (AB), die massgeblich durch den Bau der Durchmesserlinie Appenzel-St.Gallen-Trogen (DML) und den Einsatz von neuen modernen Zügen geprägt wird, ist auf der Zielgeraden. So hat die AB im April die Beschaffung von elf Tangozügen ausgelöst. Der Durchstich beim Ruckhaldetunnel ist am 20. Juli erfolgt. Wegen der vielen Baustellen und Vorbereitungsaufgaben ist die Zeit bis zur Eröffnung der DML im Dezember 2018 allerdings knapp, und es sind noch einige zeitkritische Arbeiten auszuführen. Die Kostenschätzungen bewegen sich im Rahmen der gesprochenen Kredite.

Eine Herausforderung im Berichtsjahr war die Sicherstellung der Finanzierung des öffentlichen Verkehrs für die Folgejahre. Hauptgrund ist die erwähnte Inbetriebnahme der DML mit den neuen Fahrzeugen. Wegen der damit verbundenen Investitionsfolgekosten steigen die Abgeltungen (ungedeckte Kosten) an - und damit der Bedarf an Steuermitteln. Dank intensiver Verhandlungen mit den Transportunternehmen im Sommer ist es gelungen, die Abgeltungen auf einem vertretbaren Niveau zu halten. Diese Verhandlungen fanden im Rahmen des zweijährigen Bestellverfahrens statt und hatten zum Ziel, die Höhe der Abgeltung für die Jahre 2018 und 2019 festzulegen. Entscheidend ist jetzt, dass auch der Bund seinen Anteil im Rahmen der sogenannten Kantonsquote entsprechend erhöht.

Der Fahrplanwechsel im Dezember brachte für Appenzell Ausserrhoden nur geringfügige Änderungen. Im Berichtsjahr wurde hingegen der Bahninfrastrukturausbau für 2030/35 intensiv geplant. Auslöser für diese Langfristplanung ist die FABI-Vorlage, die im Februar 2014 von den Schweizer Stimmberechtigten angenommen wurde. Mit dem Bahninfrastrukturfonds liegt ein Instrument für eine sichere und stabile Finanzierung sowohl für den Substanzerhalt wie auch für den Ausbau der Eisenbahnanlagen vor. Nach umfangreichen Vorarbeiten in den Planungsregionen mit Vertretern des Bundes, der Kantone und der SBB hat der Bundesrat Ende September die Vernehmlassung zum Bahnausbau 2030/35 gestartet. Wichtiges Anliegen für den Kanton ist dabei die schnelle Anbindung des Appenzellerlandes über Gossau und gute Verbindungen in St.Gallen an die DML der AB.

1.4 Haus-Analysen

Für die finanzielle Unterstützung von Haus-Analysen standen im Berichtsjahr Fr. 40'000 zur Verfügung, die für 15 Haus-Analysen, Schlussbeurteilungen von Nicht-Schutz-Objekten sowie verschiedene Werbemassnahmen dienten. Es wurden insgesamt neun Haus-Analysen durchgeführt und abgeschlossen. Da die anvisierte Förderung nicht erreicht wurde, sollen im kommenden Jahr Massnahmen zur Bekanntmachung des Instruments gestartet werden.

2. Tiefbauamt

Das Berichtsjahr war geprägt durch drei Schwerpunkte: Die Arbeiten für die Modernisierung der Appenzeller Bahnen in Teufen, die Umsetzung der 2. Generation der Lärmsanierungsprojekte entlang der Kantonsstrassen sowie das Unwetter Anfang September im Mittel- und Vorderland. Hinzu kamen nicht alltägliche Aufgaben wie die Ausschreibung der Geschäftsstelle für den Verein Appenzell Ausserrhoder Wanderwege, die Montage der Suizidpräventionsnetze an der Hundwilertobelbrücke oder die Sperrung einer Kantonsstrasse wegen Schneebrettgefahr.

Die Schweizer Stimmberechtigten haben am 12. Februar der Schaffung eines Nationalstrassen- und Agglomerati-

onsverkehrsfonds (NAF) zugestimmt. Im NAF enthalten ist der Netzbeschluss (NEB) mit der neuen Nationalstrasse A25, die den Strassenzug Winkeln-Herisau-Appenzell enthält und Herisau und Appenzell ans Nationalstrassennetz anbindet. Der NEB ist ein Projekt, dessen Vorbereitungen unter Federführung des Bundesamtes für Strassen ASTRA im Herbst angelaufen sind.

2.1 Strassen- und Brückenbau

Die vorgesehenen Bauobjekte im Strassenbau konnten mehrheitlich realisiert werden. Der Strategie des Regierungsprogrammes 2016-2019, für den Substanzerhalt und den Ausbau der Infrastruktur zu sorgen, wird nachgelebt. Auch Vorgaben aus dem Agglomerationsprogramm wurden umgesetzt, wie etwa die Lückenschliessung im Rad- und Gehweg vor der Vögelinsegg in Speicher.

Mit den erneuerten Strecken ‚Zürchersmühle-Aeschen‘ in Hundwil und ‚untere Rüti-Gemeindegrenze‘ auf der Wisseggstrasse in Bühler wurden zwei Engpässe auf dem Netz beseitigt. Ende Jahr konnten die Pläne für die Gesamterneuerungen mit Gestaltung der Ortsdurchfahrten Schwellbrunn und Urnäsch öffentlich aufgelegt werden. Wegen zweier Rutsche als Folge des Unwetters von Anfang September mussten Sanierungen in Trogen Neuschwendli und Rehetobel Kaien gestartet werden. Bei letzterer konnte dank grossem Einsatz aller Beteiligten die halbseitig gesperrte Strasse kurz vor Weihnachten wieder geöffnet werden.

Im Abstimmungskampf um den Kurztunnel in Teufen war das Tiefbauamt als Eigentümervertreter der Kantonsstrassen involviert, um die finanziellen und verkehrlichen Auswirkungen der Initiative aufzuzeigen. Ende Mai lehnten 56 % der Stimmenden das Anliegen ab. Parallel dazu wurde der Umbau des Bahnhofareals und der Bahnhofkreuzung vorangetrieben, sodass im Sommer die Planaufgaben nach Eisenbahnrecht erfolgen konnten. Seit Ende Jahr liegt das Vorprojekt für die Ortsdurchfahrt Teufen vor.

2.2 Strassenunterhalt

Der starke Schneefall Ende April und der schwere Schnee kurz vor Weihnachten forderten den Winterdienst. Am 21. Dezember mussten rund um Schwellbrunn wegen Schneebrettgefahr ungewöhnliche Massnahmen getroffen werden: Mit Kranfahrzeugen wurde der nasse Schnee von exponierten Hängen entfernt, eine Strasse musste aus Sicherheitsgründen ganz gesperrt werden. Während des Berichtsjahrs wurden umfangreiche Entwässerungsarbeiten an der Tüfenbergstrasse in Schönengrund und an der Strecke Wald-Haggen realisiert.

Im Sommer erhielten alle Gemeinden die vom Tiefbauamt erhobenen Inventarblätter der Bushaltestellen zur Prüfung. Nach den vollständigen Rückmeldungen wird im 2018 für jede Haltestelle die Verhältnismässigkeit eines Umbaus im Sinne des Behindertengleichstellungsgesetzes abgeschätzt.

Für zehn Gemeinden erfolgte die Planaufgabe der 2. Generation der Lärmsanierungsprojekte an den Kantonsstrassen. Gegen die Projekte sind nur wenige Einsprachen eingegangen. Wegen mangelnden Ressourcen ist die Umsetzung der angeordneten Schallschutzfenster in Verzug.

2.3 Mobilität und Support

In Berichtsjahr konnten drei weitere kommunale Strassenverzeichnisse (Reute, Urnäsch, Waldstatt) genehmigt werden (insgesamt: sechs). 56 Geschäfte zur Prüfung und Genehmigung der Statutenänderungen von Flurnossenschaften wurden bearbeitet (Vorjahr: 41).

Im Sinne der Intensivierung der Zusammenarbeit gemäss Regierungsprogramm 2016–2019 haben die Gemeinden in einer Umfrage ihr Engagement bezüglich alternativer Mobilität beantwortet, aus der zwei Projekte ausgearbeitet und umgesetzt wurden. Zum einen wurde eine GIS-Karte mit allen Standorten von Tankstellen mit Alternativenergien erstellt; zum anderen wurde eine Kontaktliste zu Themen und Anbietern im Mobilitätsumfeld erarbeitet. Zur Stärkung der Zusammenarbeit unterstützte die Abteilung die AB bei den

Landerwerbsverhandlungen und der Ausarbeitung der eisenbahnrechtlichen Enteignungsverträge in Teufen.

2.4 Wasserbau

Anfang September führten Starkniederschläge zu zahlreichen Ufererosionen und Schäden an Bachverbauungen im Mittel- und Vorderland. Vereinzelt kam es zu lokalen Überflutungen. Die Schadenssumme beträgt gemäss Schätzungen rund Fr. 600'000. Einzelne Sanierungsmassnahmen wurden sofort umgesetzt, für andere müssen zuerst Projekte erstellt werden.

Als grösstes Projekt im Berichtsjahr konnte unter Federführung der Appenzeller Bahnen die Verlegung und Offenlegung des Feldwaldbachs bei der Kreuzungsstelle Lustmühle in Teufen realisiert werden.

Die Teilrevision des Wasserbaugesetzes wurde gestartet. Handlungsbedarf besteht bei der Festlegung des Gewässerraums.

3. Amt für Raum und Wald

Das strategisch wichtigste Geschäft des Amts für Raum und Wald war die Nachführung 2015 des kantonalen Richtplans. Der revidierte Richtplan konnte Anfang November dem Bundesrat zur Genehmigung eingereicht werden.

3.1 Dienste (Sekretariat, Geoinformation, Vermessung)

Die GIS-Fachstelle ist seit 1. Februar mit Rebekka Rüesch besetzt. Erste Aufgaben der neugeschaffenen Fachstelle waren die Anpassung des Anhangs der kantonalen Geoinformationsverordnung und die Korrektur von falsch geschriebenen Flurnamen in der Landeskarte des Bundesamtes für Landestopografie. Das Departement genehmigte den Vertrag zum Austausch von Geodaten unter Behörden. Die Genehmigung seitens des Bundes wird im 1. Quartal 2018 erwartet. Das Projekt zum Aufbau des ÖREB-Katasters nimmt Fahrt auf. Dazu wurden die zur Verwaltung der rechtlichen Erlasse notwendige



Software angeschafft und der Aufbau eines ÖREB-Portals in Auftrag gegeben. Die periodische Nachführung der amtlichen Vermessung kam mit der Zustellung der Schlussrechnung an die verbleibenden Gemeinden zum Abschluss.

3.2 Raumentwicklung

Zusammenarbeit und übergeordnete Raumplanung

Das Agglomerationsprogramm St.Gallen-Bodensee der 3. Generation befindet sich im Prüfprozess des Bundes. Die kantonalen Stellen Raumentwicklung und Tiefbau stellten im August zusammen mit der Geschäftsstelle der Regio Appenzell AR - St.Gallen - Bodensee den Prüfbehörden in Bern das Agglomerationsprogramm vor. Dabei konnten Fragen geklärt und Schlüsselemente des Programms erläutert werden, so z.B. der Herisauer Bahnhofplatz mit neuem Bushof oder der Umbau der Schwänlikreuzung in Herisau.

Kantonalplanungen

Am 30. Oktober genehmigte der Kantonsrat die Nachführung 2015 des kantonalen Richtplans. Die Bundesgenehmigung wird in der zweiten Hälfte 2018 erwartet. In der laufenden Nachführung lag der Fokus - auch im Sinne des aktuellen Regierungsprogramms 2016-2019 - auf der kompletten Überarbeitung des Themas Siedlung. Neu legt der Richtplan fest, wie gross die Siedlungsflächen im Kanton insgesamt sein dürfen und wie diese auf die Gemeinden verteilt werden. Als Grundlage dient das kantonale Raumkonzept. Nach Rechtskraft des Richtplans sind die Gemeinden in Zusammenarbeit mit den kantonalen Fachstellen gefordert, ihre Ortsplanungen betreffend Grösse und Lage der Bauzonen sowie Innenentwicklung den neuen Vorgaben anzupassen.

Ortsplanungen

Nach wie vor ist eine Vergrösserung der Bauzonenfläche aufgrund des Raumplanungsgesetzes nicht möglich, und die Gemeinden sind gezwungen, sich vermehrt nach innen zu entwickeln. Auch unter Berücksichtigung dieser Vorgaben konnten die Gemeinden ihre Ortsplanungen weiter optimieren. Das Schwergewicht lag im Bereich der Teilzonenpläne (23 Vorprüfungen, 11 Genehmigungen) sowie der Sondernutzungspläne (17 Vorprü-

fungen, sechs Genehmigungen), die sich im Rahmen der Umsetzung der Ortsplanungen als notwendig erwiesen.

Das Departement führte in Wolfhalden eine mit über 70 Teilnehmenden besuchte Tagung für Gemeindebehörden und Bauverwaltungen zum brennenden Thema «Innenentwicklung» durch. Fachleute zeigten mit Anregungen und Beispielen, dass eine qualitätsvolle Entwicklung nach innen nicht nur die Landschaft schont, sondern auch begehrten Wohn- und Lebensraum schafft und die Ortsbilder aufwertet.

Baubewilligungen und Stellungnahmen

Die Mitarbeitenden behandelten 528 Baugesuche ausserhalb Bauzonen und in nationalen Ortsbildschutzzonen (Vorjahr: 566). Die Anzahl der ausgefertigten schriftlichen Stellungnahmen zu Strassenbauprojekten, Wasserbauprojekten und anderen raumplanerischen Voranfragen betrug 101 (Vorjahr: 92). Zusätzlich wurden 56 raumplanerische Verfügungen und Stellungnahmen zu Bodenrechtsgesuchen erstellt (Vorjahr: 66).

3.3 Wald und Natur

Walderhaltung, Waldbewirtschaftung, Waldbiodiversität

Das Departement bewilligte acht Rodungen (Vorjahr: sieben) mit einer Rodungsfläche von 81 Aren (Vorjahr: 76). Die Abteilung Wald und Natur hat zu 119 Baugesuchen am oder im Wald (Vorjahr: 116) sowie zu 113 Baugesuchen im Naturgefahrenbereich (Vorjahr: 130) Stellung genommen. Im Rahmen der Orts- und Zonenplanung wurden 25 Mitberichte zuhanden der Abteilung Raumentwicklung verfasst (Vorjahr: 23).

Die Holznutzung ist im Berichtsjahr deutlich angestiegen. Im Privatwald wurden 36'500 Festmeter Holz zur Nutzung angezeichnet (Vorjahr: 29'000 m³). Der Holzpreis hat sich auf einem niederen Niveau stabilisiert, die Nachfrage für Nadelholz war befriedigend.

Grössere Flächen des Staatswaldes wurden für Waldreservate zur Verfügung gestellt. Die Staatswälder Bettenwald in Urnäsch (58 ha, neu Sonderwaldreservat Schwägälp) und Gmünden in Teufen (17 ha, neu im Waldreservat Rotbach-Sittertobel) wurden dafür unter

Schutz gestellt. Zusammen mit neuen Flächen in der Gemeinde Teufen (22 ha, Waldreservat Rotbach-Sittertobel) konnten im Berichtsjahr 97 Hektaren Wald geschützt werden. Die totale kantonale Waldreservatsfläche beträgt nun 384 Hektaren. Dies entspricht genau der Hälfte des Ziels des kantonalen Waldplans bis ins Jahr 2028.

Forstliche Planung

Die Jahresziele der kantonalen Waldplanung konnten erreicht werden. Die Umsetzung des Konzeptes zur Optimierung der forstlichen Strukturen im Hinterland wurde gestartet. In einem ersten Schritt haben die Gemeinden Urnäsch und Herisau eine Zusammenarbeit beschlossen. Mit der Pensionierung des Herisauer Försters am 1. Oktober ist die Beförderung der Wälder in Herisau interimsmässig dem Forstbetrieb der Gemeinde Urnäsch übertragen worden. Dazu hat der Regierungsrat - ganz im Sinne des Regierungsprogramms 2016-2019 - die Revierstrukturen angepasst. Ab dem 1. Januar 2018 ist diese Zusammenarbeit definitiv. Im Hinterland bestehen nun mit Herisau-Urnäsch-Hundwil-Stein und Schwellbrunn-Waldstatt-Schönengrund nur noch zwei Forstbetriebe. Mittelfristig ist auch ein Zusammenschluss dieser Reviere und Betriebe vorgesehen. Die Arbeiten dafür sind im Berichtsjahr angelaufen, ebenso wie die Arbeiten am Betriebsplan der Forstkorporation Vorderland.

Prävention Naturgefahren

Für Massnahmen zur Sicherung von Gefahrengeländen gegen gravitative Naturgefahren haben Bund und Kanton Fr. 230'000 für zwei Felssicherungsprojekte entlang der Bahnlinie der Appenzellerbahnen und zwei Projekte zur Hangsicherung oberhalb privater Liegenschaften ausgerichtet. Während eines Starkregens Anfang September haben sich im Mittelland und Vorderland diverse Rutschungen ereignet. Dabei sind Schäden von rund Fr. 1,2 Mio. entstanden.

Natur und Landschaft

Im Berichtsjahr hat die Fachstelle Natur und Landschaft zahlreiche Naturschutzprojekte umgesetzt. Als Schwerpunkt erfolgten Aufwertungsarbeiten in den Biotopen von nationaler Bedeutung. Die Fachstelle schloss Massnahmen im Hochmoor Stillert, Urnäsch, in den Flachmooren Hirschberg und Langmoos, Gais, sowie in den Amphibienlaichgebieten Saumweiher, Herisau und List,

Stein, erfolgreich ab. Zur Finanzierung konnten dank der Sofortmassnahmen Biodiversitätsstrategie Schweiz zusätzliche Bundesmittel vereinbart werden.

An einer Baumpflanzaktion im Herbst hat der Kanton in enger Zusammenarbeit zwischen der Fachstelle und dem Amt für Landwirtschaft 1'300 Obst- und Einzelbäume an rund 170 Grundeigentümerinnen und Grundeigentümer zur Pflanzung abgegeben. Durch gezieltes Sortenangebot wird Obstkrankheiten wie Feuerbrand vorgebeugt. Zum Ersatz von durch Feuerbrand befallenen Obstbäumen sind seit dem Jahr 2000 in nunmehr acht Pflanzaktionen rund 10'300 Obstbäume neu angepflanzt worden. Die durch den Bund, die Gemeinden und den Kanton finanziell unterstützte Aktion trägt zum Erhalt des landschaftstypischen und ökologisch wertvollen Streuobstbaus bei und entspricht den Zielen des Regierungsprogramms 2016-2019. Im Rahmen der Baumpflanzaktion wurden zudem rund 80 landschaftsprägende Einzelbäume (Ahorn, Linden, Nussbäume, Birken) und 50 Holundersträucher abgegeben.

4. Amt für Umwelt

Das Jahr war geprägt durch die Frühpensionierung des langjährigen Amtsleiters Hans Bruderer und dem Ausscheiden von zwei Mitarbeitenden. Karlheinz Diethelm trat die Nachfolge von Hans Bruderer am 1. Juni an.

Der Webauftritt des Amtes für Umwelt wurde umfassend aktualisiert; er gibt der Öffentlichkeit Einblicke in sämtliche Tätigkeitsfelder.

4.1 Gewässerschutz, Abfälle und umweltgefährdende Stoffe

Fischereiverwaltung

Die alle sechs Jahre vorzunehmende Vergabe der Fischerei-Pachtreviere wurde fristgerecht vor Beginn der Fischereisaison abgeschlossen. Neue wissenschaftliche Erkenntnisse erforderten die Überprüfung der strategischen Revitalisierungsplanung bezüglich Fischgängigkeit bei Wasserkraftwerken. Zahlreiche Stauanlagen im Kanton genügen den Kriterien des Fischschutzes nicht



und müssen - je nach Dringlichkeit - bis spätestens 2030 saniert werden.

Trinkwasser, Grundwasserschutz

Das vom Amt für Umwelt präsierte Kontaktgremium Wasser hat bereits zum elften Mal eine sehr gut besuchte Weiterbildungsveranstaltung für die Verantwortlichen der Wasserversorgungen im Kanton durchgeführt. Zusammen mit den Ostschweizer Fachstellen wurde ein Leitfaden zur generellen Wasserversorgungsplanung erarbeitet, der als Planungsinstrument für die öffentliche Wasserversorgung in den Gemeinden dient.

Aufgrund des unterschätzten Arbeitsumfangs und Mittelbedarfs konnte das Projekt zur Beurteilung provisorisch geschützter privater Quellen nicht im geplanten Umfang vorangetrieben werden.

Gewässerschutz

Die Konzentrationstendenz in der Abwasserreinigung setzt sich fort: Nach Anschluss der Gemeinde Rehetobel an den Abwasserverband Altenrhein (AVA) im Vorjahr wurde auch die Anschlussleitung für die Gemeinde Speicher fertiggestellt. Im November haben zudem die Gemeinden Wald und Trogen einem Beitritt zum AVA zugestimmt. Weiter erfolgte der Start zur Detailplanung der abwassertechnischen Anschlüsse der Gemeinden Teufen, Stein und Hundwil an die ARA St. Gallen-Au. Die Gemeinde Waldstatt hat entschieden, die ARA Aueli auszubauen und weiter zu betreiben. Die Ausbauprojekte werden durch den kantonalen Gewässerschutzfonds unterstützt. Mit biologischen und chemischen Untersuchungen konnte der positive Effekt der neuen Pulveraktivkohle-Stufe der ARA Herisau auf die Glatt eindrücklich nachgewiesen werden.

Im Bereich Industrie und Gewerbe wurde als wichtiger Meilenstein das Projekt einer biologischen Abwasservorbehandlungsanlage eines Textilveredlers im Einzugsgebiet der ARA Herisau (Glatt) bewilligt. Die stark verbesserte Abwasservorbehandlung ist Voraussetzung für geplante Produktionsverlagerungen des Betriebs. Im Bereich des landwirtschaftlichen Gewässerschutzes erfolgten die laufenden Kontrollen von Liegenschaftsentwässerungen, Jauchegruben und Dieselbetankungsanlagen planmässig. Dabei wurden bei rund 10 % der Jauchegruben kleinere

bauliche Mängel festgestellt. Über 90 % der Betankungsanlagen waren nicht registriert resp. bewilligt; rund 13 % der Anlagen wiesen Mängel auf.

Abfälle, Deponien, Altlasten

Sämtliche Aufbereitungsanlagen für Recyclingbaustoffe im Kanton wurden nach den Kriterien der neuen Abfallverordnung des Bundes beurteilt und die entsprechenden Sanierungsmassnahmen in die Wege geleitet. Gemeinsam mit Appenzell Innerrhoden konnte der Auftrag für die Überarbeitung der kantonalen Deponieplanung zur Ausscheidung von Standorten für Aushubmaterial und Bauschutt erteilt werden - ganz im Sinne des Regierungsprogramms 2016-2019. Der nutzbare Deponieraum im Kanton ist knapp und die Überprüfung der Standorte alle fünf Jahre Pflicht. Laufende Arbeiten zur Sanierung der Kugelfänge von Schiessanlagen sowie zur technischen Untersuchung weiterer belasteter Standorte (z.B. Deponie Bächli, Teufen) wurden fortgesetzt.

Invasive Neophyten

Als neue zusätzliche Massnahme wurden Grundeigentümer in der Bauzone aufgefordert, Goldrutenstandorte in Hausgärten u.ä. zu vernichten. Kontrollen haben gezeigt, dass dieser Aufforderung weitgehend nachgekommen wird. Sehr wichtig ist die regelmässig im Frühsommer stattfindende Information der Bevölkerung, Behörden und betroffenen Gewerbe zur Bekämpfung der invasiven Neophyten.

Umweltpikett

Im Berichtsjahr gingen 34 Schadenmeldungen ein. In 29 Fällen war ein Eingreifen des Pikettdienstes erforderlich. Bei einer Verschmutzung des Zwislenbaches in Gais verendeten im Sommer über 200 Bachforellen sowie viele Gropen und Bartgrundeln.

Die Umweltpikettdienste der Kantone Appenzell Ausserrhoden und St. Gallen werden sich an den Wochenenden und Feiertagen auch weiterhin gegenseitig unterstützen, ganz im Sinne des Regierungsprogramms 2016-2019. Nach zwei Jahren Versuchsbetrieb haben die beiden Regierungen per 1. Januar 2018 eine unbefristete Vereinbarung unterzeichnet.

4.2 Luft

Luftqualität

Wie bereits im Vorjahr war die Luftbelastung durch Stickoxide, Feinstaub und Ozon moderat. Viel zu hoch ist weiterhin die Russ- und Ammoniakbelastung. Eine Lockerung der Vorschriften zu den Holzbrennstoffen für kleine Holzfeuerungen erschwert die Feuerungskontrolle in den Gemeinden. Im Gegenzug wird auf Bundesebene eine Messpflicht für zentrale Holzfeuerungen auch unter 70 kW diskutiert. Bei den Ammoniakemissionen hat sich im 2017 wenig bewegt. Ab 2018 können emissionsarme Rindviehställe mit Investitionsbeiträgen unterstützt werden.

Mobilfunk

Mobilfunkantennen in der Nähe von Gebäuden stossen weiterhin auf grossen Widerstand und führen zu Einsprachen. Gleichzeitig bemühen sich die Mobilfunkbetreiber um eine Lockerung des Anlagengrenzwerts, der in der Schweiz einen erhöhten Schutz für Anwohner von Mobilfunkantennen sicherstellt. Aktuell erfolgt ein Grossteil des Ausbaus in Appenzell Ausserrhoden als Bagatelländerungen ohne Baugesuche. In Zukunft ist aber vermehrt mit grösseren Anpassungen oder Neubauten von Mobilfunkantennen zu rechnen, für die Baugesuche notwendig sind. In der Bevölkerung wird häufig die Forderung laut, dass Kanton und Gemeinden bei der Planung der Funknetze koordinierend eingreifen. Für diesen schnellen Wirtschaftsbereich mit der politisch gewünschten Konkurrenz von drei unabhängigen Anbietern und einer aktuell jährlichen Verdoppelung des Datenumsatzes fehlen dem Kanton und den Gemeinden die Ressourcen und griffige Werkzeuge, um zeitgerecht und nachhaltig koordinieren zu können.

4.3 Energie/Klima

Energie

Das kantonale Energiekonzept 2017-2025 wurde aufgrund der Vernehmlassung überarbeitet, im Mai vom Regierungsrat gutgeheissen und Ende September vom Kantonsrat genehmigt. Aufgrund der Finanzsituation des Kantons wurden bei den kantonalen Fördermitteln Abstriche beschlossen. Ende Jahr konnte das Projekt für die Teilrevision des kantonalen Energiegesetzes gestartet

werden. Es gilt, die Vorschriften der Kantone im Energiebereich 2014 (MuKE) umzusetzen.

Die Zusicherungen und Auszahlungen für die kantonale Energieförderung lagen in etwa auf Vorjahresniveau. Eine stärkere Nachfrage verzeichnete hingegen die Gebäudehüllensanierung; nachgefragt wurde insbesondere die Massnahmenkombination «umfassende Gebäudehüllensanierung mit Gesamtsanierungsbonus». Aufgrund der höheren zugesagten Bundesmittel für das Gebäudeprogramm 2018 wurden im Rahmen der Vorbereitung des Förderprogramms 2018-2020 zusätzliche Massnahmen aufgenommen (Minergie; Neubau Minergie-P und Minergie-Nachweis; Batteriespeicher für Photovoltaikanlagen) und die Beitragssätze einzelner Massnahmen erhöht. Die Eingabe und Abwicklung erfolgt effizient und kostengünstig mit einer Software, welche von 20 Kantonen gemeinsam beschafft wurde - ganz im Sinne des Regierungsprogramms 2016-2019.

Wegen zeitlich aufwändiger Qualitätssicherung verzögerte sich die Umsetzung der zweiten Etappe des kantonalen EnergyGIS (GIS-basiertes Energieplanungs- und Vollzugshilfe-Instrument). Der Abschluss der Arbeiten ist im ersten Quartal 2018 zu erwarten. Aufgrund personeller Wechsel musste die Erarbeitung einer Abwärmepotenzialkarte zurückgestellt werden. Die Karte soll eine Übersicht potenzieller Abwärmequellen (thermische Grossverbraucher) zeigen, die in Nah- und Fernwärmeverbänden eingebunden werden könnten.

Wasserkraft

Im Bereich der seit 2016 vom Amt für Umwelt zu vollziehenden Wassernutzungsrechte wurden mehrere Konzessionen erteilt und übertragen sowie im Rahmen der kantonalen Gewässersanierung Verfügungen für fünf Stauanlagen erlassen; eine letzte ist in Bearbeitung. Wegen fehlender Kapazität konnte die geplante Veröffentlichung der Wasserrechtskarte noch nicht umgesetzt werden.

Lärmschutz

Im Bereich Lärmschutz wurden mehrere kommunale Nutzungsplanungen und Lärmsanierungsvorhaben geprüft. Zudem wurden die Strassenlärmsanierungsprojekte des Tiefbauamtes für zehn Gemeinden beurteilt.



Nachhaltigkeit

Appenzell Ausserrhoden nahm in diesem Jahr zum ersten Mal beim ‚Cercle Indicateurs‘ teil. Der ‚Cercle Indicateurs‘ ist eine Plattform für die Entwicklung und Anwendung von Nachhaltigkeitsindikatoren für Kantone und Städte. Das zugehörige Werkzeug erlaubt die Überprüfung der nachhaltigen Entwicklung auf dem jeweiligen Verwaltungsgebiet. Das Gesamtergebnis von Appenzell Ausserrhoden ist verglichen mit den anderen Kantonen durchschnittlich. Weiter engagierte sich das Amt für Umwelt in der Jury für die Vergabe des Nachhaltigkeitspreises 2017 der Internationalen Bodensee Konferenz zum Thema «Erneuerbare Energien und Energieeffizienz». Anlässlich der Energiestadt-Rezertifizierungen von Urnäsch, Speicher und Teufen und der Neuzertifizierung der Energiestadt-Region Appenzellerland über dem Bodensee arbeitete das Amt für Umwelt bei der Auditierung mit.

5. Amt für Wirtschaft und Arbeit

5.1 Standortförderung

Die Zusammenarbeit und der gemeinsame Auftritt in der internationalen Standortpromotion mit den Ostschweizer Kantonen St.Gallen, Thurgau und Appenzell Innerrhoden als «St.GallenBodenseeArea» hat sich für Appenzell Ausserrhoden bewährt - ganz im Sinne des Regierungsprogramms 2016-2019. Zusammen mit den Nachbarkantonen wurde zum vierten Mal der Sprungbrett-Event «ProOst» organisiert. Diese Veranstaltungen geben jungen Professionals eine Übersicht über ihre Karrierechancen in der Ostschweiz und sollen gleichzeitig die hohe Lebensqualität der Region aufzeigen.

Seit dem 1. Januar ist die Standortförderung für die Förderung von Arealentwicklungen verantwortlich. Ganz im Sinne des aktuellen Regierungsprogramms 2016-2019 konnten im Berichtsjahr verschiedene Arealentwicklungsprojekte begleitet und unterstützt werden. So konnten beispielsweise beim Bahnhof Trogen das Baugesuchs eingereicht, im Sandbühl Herisau Detaillierungen des Vorprojekts gemacht und die Arealentwicklung Waldstatt West einen entscheidenden Schritt vorangetrieben werden. Zudem nahmen die Anfragen für Gewerberäum-

lichkeiten und Bauland wieder zu. Allerdings ist das Angebot von Räumlichkeiten für das produzierende Gewerbe sowie verfügbares Bauland im Kanton äusserst gering.

Zur Netzwerkpflege wurden verschiedene Veranstaltungen wie der stets gut besuchte Anlass «Beste Köpfe» oder - zusammen mit der Steuerverwaltung - verschiedene Mittagsveranstaltungen mit regionalen Mittlern und Treuhändern organisiert.

Neue Regionalpolitik (NRP)

Aufgrund des Entlastungsprogramms beteiligt sich Appenzell Ausserrhoden in der Umsetzungsperiode 2016-2019 nur an interkantonalen Projekten ohne Leadfunktion. Zudem ist eine Unterstützung von touristischen Infrastrukturen mit NRP-Darlehen möglich. Auch im Berichtsjahr konnten wieder einige interessante Projekte begleitet und unterstützt werden (z.B. Gesundheitsregion Appenzellerland, Ostschweizer Gästekarte OSKAR oder Traintour Appenzellerland).

Tourismusförderung

Nachdem am 1. Januar das neue Tourismusgesetz in Kraft getreten ist, hat der Kanton den Leistungsauftrag (Grundauftrag) für die Jahre 2018-2021 zur Tourismusförderung an die Appenzellerland Tourismus AG vergeben. Zusätzlich unterstützt der Kanton die Angebotsgestaltung und Vermarktung von touristisch bedeutsamen Geschäftsfeldern (SGF) mit Fördermitteln: Der Regierungsrat hat Ende Jahr die Unterstützung der SGF «Wandern», «Lebensart» sowie «Seminare und Events» beschlossen. Neu soll das SGF «Seminare und Events» in Appenzell Ausserrhoden, im Toggenburg sowie im Thurgau erstmals destinationsübergreifend gemeinsam vermarktet werden.

Auf den 1. Juni hat der Regierungsrat die neue Tourismusverordnung in Kraft gesetzt. Auf Basis der entsprechenden Abgabtarife und auf Grundlage einer Selbstdeklaration der Abgabepflichtigen wird im ersten Quartal 2018 erstmals die neue Tourismusabgabe für das Berichtsjahr erhoben.

Arbeitsamt

Für die Aufnahme einer Erwerbstätigkeit von Drittstaatsangehörigen - dazu zählen auch Asylsuchende, vorläufig aufgenommenen Personen und anerkannte Flüchtlinge -

braucht es eine Bewilligung. Im Berichtsjahr wurden total 125 Gesuche bearbeitet (Vorjahr: 134). Zur Erleichterung der beruflichen Integration von vorläufig aufgenommenen Personen und anerkannten Flüchtlingen haben sich die im Bewilligungsverfahren involvierten Ämter und Abteilungen – im Sinne des Regierungsprogramms 2016-2019 – Anfang November auf eine gemeinsame Richtlinie geeinigt. Die Richtlinie soll Klarheit im Vollzug schaffen und eine Bewilligungspraxis sicherstellen, die sowohl dem Schutz als auch dem Förderungsgedanken Rechnung trägt.

Gewerbebewilligungen

Im Berichtsjahr wurden 43 neue Gastgewerbebewilligungen erteilt (Vorjahr: 53) und eine abgelehnt. Zudem hat die Abteilung fünf Kleinhandelsbewilligungen für Alkohol (Vorjahr: elf) erteilt. Über die detaillierten Zahlen gibt die Statistik (S. 106) Auskunft.

5.2 Arbeitsinspektorat

Nach der Pensionierung des langjährigen Abteilungsleiters Manfred Eugster übernahm Arbeitsinspektor Marcel Gabathuler die Leitung.

Die Anzahl der gewerblichen Baugesuche lag erneut unter dem Niveau des Vorjahres. Auch hat sich die Anzahl der Anfragen zum Thema Mobbing wieder reduziert. Insgesamt lässt sich jedoch kein Rückgang der Anfragen und Beratungsgespräche über alle Fachbereiche feststellen. Die Anzahl der Meldungen im Bereich der meldepflichtigen Arbeitseinsätze (flankierende Massnahmen) ist um rund 7 % zurückgegangen. Zugenommen haben hingegen die Meldungen für einen Stellenantritt in der Schweiz. Auffällig ist dabei, dass Arbeitnehmende aus dem EU/EFTA-Raum verstärkt über Personalverleihbüros rekrutiert werden.

Die Kontrollzahlen im Bereich Schwarzarbeit beinhalten auch die Kontrollen von Selbständigen/Scheinselbständigen. Die Anzahl der kontrollierten Betriebe lag leicht unter dem Niveau des Vorjahres, die Anzahl der kontrollierten Personen verringerte sich auf rund 35 % des Vorjahreswertes. Trotz dieses Rückgangs stieg die Anzahl der vermuteten Fälle von Schwarzarbeit über das

Niveau des Vorjahres. Gegenüber den Vorjahren konnten weniger Dossiers abgeschlossen werden; dies wegen der personellen Änderungen in der Abteilung. Die vom eidg. Institut für Metrologie vorgegebenen Kontrollvorgaben im Eich- und Messwesen wurden erreicht. Über die detaillierten Zahlen geben die Statistiken (S. 107) Auskunft.

5.3 Handelsregister

Im Handelsregister wurden im Berichtsjahr rund 15 % mehr Rechtseinheiten gelöscht als im Vorjahr. Ein Grund dafür liegt in der Erhöhung der minimalen Kapitalsteuer von Fr. 300 auf Fr. 900 per 1. Januar 2015. Liquidationsverfahren dauern meist ein bis zwei Jahre. Da gleichzeitig die Neueintragungen inkl. Zuzüge um rund 3,5 % sanken, ergibt sich ein Wachstum von nur noch rund 0,7 % – oder eine absolute Zunahme von 37 Rechtseinheiten (Vorjahr: 95). Erstmals seit 2005 ist die Zahl der eingetragenen Aktiengesellschaften leicht rückläufig. Weiterhin stark entwickelt sich die Zahl der eingetragenen Gesellschaften mit beschränkter Haftung. Über die detaillierten Zahlen geben die Statistiken (S. 108) Auskunft.

6. Amt für Landwirtschaft

Die agrarpolitischen Instrumente zur Förderung der Biodiversität und Landschaftsqualität bewähren sich. Im Berichtsjahr nahm die Beteiligung an den Förderprogrammen weiter zu. Das Amt für Landwirtschaft unterstützt diesen Prozess im Sinne des Regierungsprogramms 2016-2019 durch gezielte Information und Beratung sowie durch Umsetzung von Projekten.

6.1 Weiterbildung und Beratung

Die Beratungs- und Weiterbildungsaktivitäten waren im Berichtsjahr wiederum von der Agrarpolitik geprägt. Mehr als 1'300 Teilnehmende (TN) besuchten die Kurse des Weiterbildungsprogramms für Appenzeller Bäuerinnen und Bauern. Ergänzend fanden folgende Informationsanlässe statt: Informationsveranstaltungen für die Bauern (136 TN), Beratungsabende für Bäuerinnen



(58 TN) und Älplerzusammenkunft (95 TN). Einzelberatungen erfolgten hauptsächlich zur Berechnung von gesamtbetrieblichen Nährstoffbilanzen, bei Neuorientierungen (insbesondere der biologische Landbau) und zur Erstellung gesamtbetrieblicher Biodiversitätskonzepte. Im Projekt «Appenzeller Erlebnisbauernhöfe» (Projekt zur regionalen Entwicklung) wurden alle Teilprojekte erfolgreich abgeschlossen.

6.2 Direktzahlungen

Insgesamt wurden Direktzahlungsbeiträge von Fr. 34'378'996 (Vorjahr: Fr. 34'519'820) an 603 Betriebe (Vorjahr: 617) und 107 Sömmerungsbetriebe (Vorjahr: 109) ausbezahlt. Der Übergangsbeitrag reduzierte sich gegenüber 2016 um Fr. 485'441 auf Fr. 1'880'417. Die Landschaftsqualitäts- und die Vernetzungsbeiträge stiegen gegenüber dem Vorjahr um 5 % auf Fr. 2'230'570. Die Zahl der Betriebe im Landschaftsqualitätsprogramm inkl. Sömmerungsgebiet nahm um sieben auf 520 Betriebe zu. Die mit Schleppschauch begüllte Fläche stieg gegenüber 2016 um 1'228 ha auf 10'005 ha an. Aufgrund einer neuen Abstufung der Hangbeiträge wurden erstmals Beiträge für sehr steile Hanglagen mit einer Neigung von über 50 % ausgerichtet (Fläche von 219 ha).

Die Anzahl der Bio-Betriebe hat um neun auf 118 zugenommen. Die Anforderungen an die Tierwohlprogramme der besonders tierfreundlichen Stallhaltung erfüllten 243 Betriebe (Vorjahr: 241) und jene, die für regelmässigen Auslauf im Freien sorgen, erfüllten 566 Betriebe (Vorjahr: 572). Die Biodiversitätsförderflächen der Qualitätsstufe 1 belaufen sich auf 1'127 Hektaren und jene der Qualitätsstufe 2 auf 412 Hektaren. Die Beitragskürzungen wegen Nichteinhaltung der Vorschriften verringerten sich auf Fr. 61'963.

6.3 Investitionshilfen

Kanton und Bund zahlten im Berichtsjahr Fr. 1,25 Mio. à-fonds-perdu-Beiträge für Strukturverbesserungsmassnahmen. 64 % der Beiträge gingen an Projekte zur Erneuerung landwirtschaftlicher Ökonomiegebäude, 25 % flossen an Sanierungen von Hofzufahrten und

11 % in Projekte für die Wasser- und Stromversorgung. Die landwirtschaftliche Kreditkasse gewährte 36 neue Darlehen (Vorjahr: 37) im Umfang von Fr. 3,54 Mio. Die Verlustreserve der Kreditkasse beträgt Fr. 506'000 und wurde bisher noch nie beansprucht. Durch die Vergabe von Darlehen an gewerbliche Verarbeitungsbetriebe (seit 1999) ist das Verlustrisiko tendenziell gestiegen.

6.4 Boden- und Pachtrecht

Auf den 1. Januar ist die Teilrevision der Verordnung zum Bundesgesetz über das bäuerliche Bodenrecht in Kraft getreten. Neu gehört der Leiter des Amtes für Landwirtschaft von Amtes wegen der Kommission als Präsident an. Piergiorgio Giuliani, Niederteufen, wurde durch den Regierungsrat als verwaltungsunabhängige Aufsichtsbehörde gewählt. Die Bodenrechtskommission entschied an elf Sitzungen über 100 Gesuche (Vorjahr: 89). Die Aufsichtsbehörde hat keinen der Entscheide angefochten. Die Pachtkommission bewilligte acht Gesuche und führte acht Pachtzinsschätzungen durch.

6.5 Pflanzenschutz

Auch im Berichtsjahr hat das Amt die invasiven Neophyten konsequent bekämpft und stetig zurückgedrängt. Dadurch werden Schäden am Ökosystem und der Gesundheit verhindert. Nach Erfolgen bei der Bekämpfung von Springkraut, Nordamerikanischer Goldrute und Japanknöterich haben das Amt für Landwirtschaft und das Amt für Umwelt erstmalig auch das Berufkraut und das Schmalblättrige Greiskraut systematisch bekämpft. Appenzell Ausserrhoden hat früher als andere Kantone mit der Bekämpfung der invasiven Neophyten begonnen. Die Massnahmen waren erfolgreich und führten zu einem heute niedrigen Schadenpotential. Damit neue Schäden vermieden werden können, werden die Kontroll- und Rodungsarbeiten konsequent weitergeführt.

Die Infektionsbedingungen für Feuerbrand waren im Berichtsjahr nicht ideal. Bei den jährlichen Feuerbrandkontrollen wurden nur wenige Befälle gesichtet und anschliessend bekämpft.

7. Arbeitslosenversicherung/ öffentliche Arbeitsvermittlung

Die Lage auf dem regionalen Arbeitsmarkt hat sich im vergangenen Jahr leicht entspannt. Im Durchschnitt waren 917 Stellensuchende beim RAV gemeldet, 4 % weniger als im Vorjahr. Mit 866 Betroffenen wurde im September der tiefste Stand seit drei Jahren erreicht. Besonders erfreulich ist, dass die Jugendarbeitslosenquote (Altersklasse 15 bis 24) erstmals während des ganzen Jahres unter der allgemeinen Arbeitslosenquote über alle Altersklassen blieb. Mit durchschnittlich 1,5 % lag sie auch weit unter dem schweizerischen Wert von 3,1 %.

Die bereits Mitte 2016 in die Wege geleitete Optimierung der Arbeitgeberkontakte und der Stellenbewirtschaftung hat sich bewährt. Die Stellenmeldungen haben gegenüber dem Vorjahr nochmals zugenommen. Ausserdem konnte die Zahl der erfolgreichen Vermittlungen um mehr als ein Drittel gesteigert werden (vgl. Statistik S. 110). Mit diesen Verbesserungen besteht eine gute Basis für den Vollzug der Stellenmeldepflicht, die in Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative von den eidgenössischen Räten beschlossen wurde und ab dem 1. Juli 2018 für gewisse Berufsgruppen gilt. Die Vorbereitungsarbeiten im Hinblick auf diese neue Aufgabe binden seit Sommer Personalressourcen von rund 10 %. Es ist absehbar, dass im Hinblick auf die Inkraftsetzung der Stellenmeldepflicht eine zusätzliche 50 bis 100 %-Stelle nötig sein wird. Diese Stelle wird vollständig durch den Bund finanziert.

Nach wie vor nicht optimal gelöst ist der Umgang mit Personen, die aus gesundheitlichen Gründen arbeitslos gemeldet sind und ein Anrecht auf Leistungen der Arbeitslosenversicherung haben. Die Ende 2016 aufgenommenen Optimierungsmassnahmen haben aufgezeigt, dass rund 10 % der registrierten Stellensuchenden in diese Kategorie fallen. Die Beratung und Begleitung dieser Personen ist sowohl administrativ als auch inhaltlich anspruchsvoller und zeitaufwändiger als bei den übrigen Stellensuchenden. Die zur Verfügung stehenden Personalressourcen (100 Stellenprozente) sind nur bedingt ausreichend. Seit November laufen Bestrebungen, über eine Anpassung der Zuteilungskriterien und der Beratungsstrategie den Ressourcenbedarf einzuschränken.

Neben der operativen Geschäftstätigkeit galt es im Berichtsjahr, die neuen Strukturen aus der Reorganisation der kantonalen Verwaltung weiter zu festigen. Damit verbunden waren diverse Personal- und Funktionswechsel. Unter anderem erfolgte im April die Ablösung des Leiters der kantonalen Arbeitslosenkasse, Walter Hafner, der seine Position während mehr als 30 Jahren ausübte. Im Zuge dieses Wechsels wurden viele interne Abläufe und Zuständigkeiten neu geregelt. Mit den vorgenommenen Anpassungen sind die Voraussetzungen für eine zeitgemässe und effiziente Aufgabenerledigung in der Arbeitslosenversicherung geschaffen.



Departement Inneres und Sicherheit

Direktor: Landammann Paul Signer

Departmentsvorsteher Paul Signer bekleidet seit dem 1. Juni das Landammannamt. Es erweist sich als anspruchsvolle Aufgabe, trotz der Belastung durch das zusätzliche Amt genügend Zeit und Ressourcen für die Führung des Departements zur Verfügung zu stellen. Dank des sehr erfahrenen Departementssekretärs konnte diese Herausforderung aber zufriedenstellend gemeistert werden.

Die verschiedenen Gesetzesvorlagen sind auch Ende 2017 unterschiedlich weit fortgeschritten: Während sich das Polizeigesetz in der internen Überarbeitung befindet und im Jahr 2018 dem Kantonsrat vorgelegt werden soll, konnte das Registergesetz nach Rückweisung einer ersten Vorlage erneut zuhanden der Legislative verabschiedet werden. Es ist wichtig, in diesem Bereich über saubere rechtliche Grundlagen zu verfügen, da es um den Umgang der kantonalen Verwaltung und der Gemeindeverwaltungen mit zum Teil äusserst sensiblen persönlichen Daten geht. Auch das kantonale Datenschutzgesetz soll so rasch wie möglich revidiert werden, da sowohl neue EU-Richtlinien als auch das eidgenössische Datenschutzgesetz Änderungen in der kantonalen Gesetzgebung erfordern. Hier werden voraussichtlich zwei Teilrevisionen nötig werden. Die Revision des Immobiliarsachenrechts konnte problemlos abgeschlossen werden. Die Stiftungsaufsicht verbleibt im Departementssekretariat, da die Vernehmlassung eine deutliche Opposition gegen eine Auslagerung ergab. Eine Teilrevision des Justizgesetzes konnte wegen beschränkter Ressourcen noch nicht in Angriff genommen werden. Auch die Neugestaltung der kantonalen Geldspielgesetzgebung kann aufgrund des zustande gekommenen Referendums gegen das eidgenössische Geldspielgesetz nur mit Verzögerung angegangen werden.

Die interkantonale Zusammenarbeit in den unterschiedlichsten Bereichen wie beispielsweise der Verfolgung von Wirtschaftsdelikten, der Alarmierung der Blaulichtorganisationen, im Zivilschutz oder im Straf- und Massnahmenvollzug wird immer wichtiger. Grösste Herausforderung dabei ist, die Ausserrhoder Bedürfnisse mit jenen der Nachbarkantone abzustimmen. Auf operativer Ebene ist diese Zusammenarbeit häufig unkompliziert und pragmatisch. Dennoch wird es zunehmend schwieriger, aufgrund der Verhältnisse in den Nachbarkantonen einen ähnlichen Pragmatismus auch in interkantonalen Vereinbarungen umzusetzen.

1. Departementssekretariat

1.1 Allgemeines

Das Berichtsjahr war einerseits geprägt von der weiteren Stabilisierung im Nachgang zur Reorganisation der kantonalen Verwaltung und andererseits durch die verschiedenen Projekte im Rahmen des Regierungscontrollings (Aufgaben- und Finanzplan, Steuerungsbericht). Zudem wurde im 4. Quartal der Kreditorenworkflow eingeführt. Im Berichtsjahr gingen 41 Rekurse und Beschwerden ein (Vorjahr: 40), wovon 40 erledigt werden konnten. Die Zahl der zu beantwortenden Vernehmlassungen und Anhörungen seitens des Bundes verharrten einmal mehr auf sehr hohem Niveau. Das Sekretariat befasste sich mit folgenden Gesetzgebungsarbeiten: Kantonales Registergesetz, Teilrevision EG zum ZGB (Immobiliarsa-

chenrecht), Totalrevision des Polizeigesetzes, Teilrevision des Datenschutzgesetzes, Teilrevision des Gebührentarifs der Kantonspolizei, Teilrevision der Verordnung über den Straf- und Massnahmenvollzug und die Bewährungshilfe, Teilrevision der Gebührenordnung, Teilrevision des Anwaltstarifs.

1.2 Spiel- und Lotteriewesen

Die Bewilligungen für Spielbetriebe, Geschicklichkeitspielautomaten und für Kleinlotterien und Tombolas bewegten sich im Rahmen des Vorjahres.

1.3 Grundbuch- und Beurkundungsinspektorat

Im Berichtsjahr besuchte der kantonale Grundbuch- und Beurkundungsinspektor elf Grundbuchämter und neun Gemeindeganzleien. Im Weiteren beantwortete er zahlreiche Anfragen von Gemeinden (Grundbuchämter, Gemeindeganzleien, Erbschaftsämtler) und von Privaten. Die Inspektionen bei den Gemeinden (Erbschaftsämtler und Gemeindeganzleien) zeigten, dass die Anzahl der Beurkundungen teilweise stark angestiegen ist. Dies lässt sich hauptsächlich damit erklären, dass zahlreiche Personen einen Vorsorgeauftrag öffentlich beurkunden liessen. Zu einer Entlastung könnte beitragen, wenn konsequent auf die Möglichkeit der eigenhändigen handschriftlichen Errichtung eines Vorsorgeauftrages hingewiesen wird.

Eine Interpellation warf Fragen zum Erbschaftswesen im Kanton auf. Bei der Beantwortung stellte der Regierungsrat fest, dass mit Blick auf Rückmeldungen des kantonalen Grundbuch- und Beurkundungsinspektors sowie aus den Gemeinden Handlungsbedarf hinsichtlich verschiedener erbrechtlicher Themen gesehen wird. Eine der Hauptschwierigkeiten ist, dass die meisten Mitarbeitenden der Erbschaftsämtler über keine juristische Ausbildung oder vertiefte Kenntnisse im Ehegüter- und Erbrecht verfügen. Den häufig rechtsunkundigen Erben stehen daher vielfach keine Fachpersonen gegenüber, die für eine korrekte Beurteilung von erbrechtlichen Fragen Gewähr bieten. Auch auf dem Gebiet der öffentlichen Beurkundungen durch Gemeindeganzleierinnen und Gemeindeganzleier sowie Leiterinnen und Leiter von Erbschaftsämtlern zeigen sich Schwächen, wenn Urkunden zu errichten sind, die über einfache und überschaubare Verhältnisse hinausgehen. Der Regierungsrat hatte auf beide Problembereiche bereits im letzten Rechenschaftsbericht hingewiesen. Aus Sicht des Regierungsrates besteht Handlungsbedarf für eine Revision der Bestimmungen des Erbrechts im EG zum ZGB. Dabei muss auch die Frage der Organisation überprüft werden. Der Regierungsrat beabsichtigt, die Thematik aufzunehmen und zusammen mit der grundlegenden Überprüfung der Grundbuchorganisation in Appenzell Ausserrhoden zu verbinden. Diese hatte er ebenfalls bereits im letzten Rechenschaftsbericht angesprochen. Beide Themen hängen mit der Überprüfung der Strukturen von Kanton und Gemeinden zusammen, die Gegenstand des laufenden Regierungsprogramms ist.

1.4 Stiftungsaufsicht

Der Regierungsrat führte zum Entwurf für eine Übertragung der Aufsicht über die klassischen Stiftungen an die Ostschweizer BVG- und Stiftungsaufsicht in St. Gallen eine Vernehmlassung durch. Diese zeigte, dass die breite Akzeptanz für eine solche Lösung fehlt. Der Regierungsrat verzichtete daher darauf, die Aufsicht über die klassischen Stiftungen nach St. Gallen zu übertragen. Die Aufgabe wird weiterhin verwaltungsintern wahrgenommen. Der Leiter der bisherigen Stiftungsaufsicht, dem die Aufgabe für das Jahr 2017 im Sinne einer Übergangslösung übertragen wurde, wird diese Aufgabe weiterführen.

Im Berichtsjahr wurden durch die kantonale Stiftungsaufsicht 74 klassische Stiftungen (Vorjahr: 72) beaufsichtigt. Die Aufgabe der kantonalen Stiftungsaufsicht umfasste die Überwachung der zweckmässigen Verwendung der Stiftungsmittel im Sinne der Stiftungsurkunden, der Jahresrechnungen sowie der Berichterstattung mittels Tätigkeitsberichten und Protokollen. Weitere Prüfungen und Verfügungen betrafen Gesuche zu Urkundenänderungen oder Stiftungsaufhebungen, da vielfach der Stiftungszweck nicht mehr dem heutigen gesellschaftlichen Umfeld entsprach.

Die Vermögensanlage der Stiftungen war Dauerthema. Die goldenen Jahre hoher Wertschriftengewinne sind vorbei, und damit auch die finanziellen Ausschüttungen und Beiträge an die Gesuchsteller. Die Anforderungen an eine ertragreiche und zugleich möglichst sichere Vermögensanlage sind gestiegen. Die Stiftungsaufsicht wurde deshalb vermehrt bei der Anpassung der Anlagereglemente miteinbezogen. Das Vermögen der gemeinnützigen Stiftungen belief sich Ende 2016 auf Fr. 317,7 Mio. (Vorjahr: Fr. 304,9 Mio.).

2. Strafverfolgung

Im vergangenen Jahr wurde erstmals seit langem ein Rückgang der Neueingänge bei den Strafverfahren registriert. Die Arbeitsbelastung der Staatsanwaltschaft sank deswegen nicht, denn verschiedene Vorgaben von Gesetzgeber und Rechtsprechung haben zu einem zeitlichen



und finanziellen Mehraufwand geführt. Ein Ereignis im Berichtsjahr beanspruchte die Strafverfolgungsbehörden äusserst stark: Die Schiesserei in Rehetobel vom 3. Januar. Die Aufarbeitung des Vorfalles war personenintensiv; viele Beamte der Kriminalpolizei standen daher nicht für andere Aufgaben zur Verfügung. Damit fehlten vorübergehend Ermittlungsbeamte, um die anderen Strafuntersuchungen im gewohnten Rahmen voranzutreiben. Zudem war auch die Beanspruchung durch die Medien während längerer Zeit sehr gross. Gerade bei Grossereignissen zeigt sich die Anfälligkeit des Kantons mit den relativ beschränkten personellen Ressourcen. Aber es wurde auch deutlich, wie wichtig die Zusammenarbeit innerhalb der Strafverfolgungsbehörden und die Unterstützung durch andere Kantone sind.

Staatsanwaltschaft und Polizei stossen zudem auch bei der Bearbeitung von komplexen Delikten aus dem Bereich der Wirtschaftskriminalität und der Cyberkriminalität an ihre Grenzen. Um die gegenwärtigen und künftigen Herausforderungen bei der Verbrechensbekämpfung zu meistern, sind einerseits die eigenen Strukturen vernünftig auszubauen; andererseits ist es wichtig, sich an regionalen und nationalen Zentren zu beteiligen.

Weniger komplexe, normale und alltägliche Fälle kann die Staatsanwaltschaft mit den vorhandenen Mitteln gut meistern. Dank verschiedenen organisatorischen Massnahmen ist es in den letzten Jahren auch gelungen, die Mehrbelastung durch gesetzgeberische Vorgaben aufzufangen, wie beispielsweise im Ermittlungsverfahren bei einer strafrechtlichen Landesverweisung. Dieses war bis anhin kompliziert und kostenintensiv. Heute muss bei allen Verfahren, bei denen eine Landesverweisung in Frage kommt, zwingend die notwendige Verteidigung gewährleistet sein und eine gerichtliche Beurteilung erfolgen, selbst wenn der Täter geständig und mit seiner Ausschaffung einverstanden ist.

Mit der abgeschlossenen Reorganisation der Staatsanwaltschaft sind die Arbeitsabläufe vereinfacht und eine EDV-Schnittstelle zur Polizei errichtet worden, die laufend ausgebaut wird. Ein Schritt zu einer interkantonalen und gutnachbarlichen Zusammenarbeit wurde mit dem Zusammenschluss der Pikettorganisationen für den Wochenenddienst beider Staatsanwaltschaften vollzogen.

Die Zahl der neu eingegangenen Strafverfahren ist erstmals seit Jahren gesunken. Es wurden 3'833 neue Verfahren registriert, davon 3'379 neue Strafuntersuchungen gegen namentlich bekannte Straftäter (Vorjahr: 3'640). Bezüglich der Art der Delikte ist keine Tendenz erkennbar, auch wenn die Gewaltdelikte leicht ab- und die Drogen-delikte leicht zugenommen haben. Die Zahl der Haftfälle ist konstant geblieben, ebenso die Zahl der Delinquenten, bei welchen medizinische oder psychiatrische Gutachten in Auftrag gegeben werden mussten. Erneut haben die Verfahren im Bereich der Wirtschaftskriminalität nicht zugenommen; sie sind aber aufwändiger geworden. Zugenommen haben die Anzeigen wegen Delikten im Bereich der Cyberkriminalität. Die Ermittlungen sind jeweils ausserordentlich schwierig und aufwändig, da meist von einer Täterschaft ausgegangen werden muss, die vom Ausland aus agiert und die IT-Mittel sehr geschickt zu nutzen weiss.

Im Jugendstrafverfahren ist die Zahl der Neueingänge auf 162 Verfahren erneut leicht zurückgegangen (Vorjahr: 172), wobei der Ermittlungs- und Betreuungsaufwand gleichgeblieben ist. Die Pendenzenzahl ist nach wie vor tief, die Verfahrensdauer kurz. Dank dieser tiefen Fallzahlen konnten der Jugendanwalt und das Sekretariat der Jugendanwaltschaft auch Aufgaben der Staatsanwaltschaft übernehmen und dort für Entlastung sorgen. Diese enge Zusammenarbeit innerhalb der Abteilungen hat sich einmal mehr als sehr sinnvoll erwiesen und bei längeren Abwesenheiten eine flexible Aufgabenbewältigung ermöglicht.

Bei den Straftaten, welche Jugendliche verüben, zeichnet sich keine klare Tendenz ab. Nach wie vor handelt es sich um Bagatelldelikte. Doch bleibt die Zahl jener Delinquenten, die einer zusätzlichen Abklärung und Betreuung bedürfen, unverändert hoch. Zurzeit werden drei jugendliche Täter stationär und rund zehn ambulant betreut.

Die Zahl der von Jugendlichen verübten Delikte ist in den vergangenen Jahren aber stetig zurückgegangen. Dies ist auch auf die präventive Jugendpolitik in Appenzell Ausserrhoden zurückzuführen, da die betroffenen Institutionen wie KESB, Schulen, Gemeinden und Kanton gut vernetzt sind und zusammenarbeiten. Die Jugendanwaltschaft ist meist nur repressiv tätig.

3. Straf- und Massnahmenvollzug

Die Anzahl neuer Fälle von Ersatzfreiheitsstrafen für nicht bezahlte Bussen und Geldstrafen erreichte mit 755 (Vorjahr: 749) ein Rekordhoch. In 121 Fällen musste die Ersatzfreiheitsstrafe vollzogen werden, was zu Kosten von Fr. 97'570 führte. In den restlichen Fällen ging die Busse oder Geldstrafe noch ein. Das Justizsekretariat hat im Berichtsjahr Fr. 161'404 eingetrieben (Geldstrafen Fr. 45'050; Bussen Fr. 116'354); dies nach Androhung von Ersatzfreiheitsstrafen und von Personen, bei welchen das Betreibungsverfahren nicht erfolgreich war. Es wurden 319 Aufgebote zum Strafantritt erlassen, die in 162 Fällen polizeilich zugestellt wurden und zu 122 Haftbefehlen sowie 153 polizeilichen Ausschreibungen führten (Vorjahr: 147). Für die Jugendanwaltschaft erledigte das Justizsekretariat den Vollzug von Freiheitsentzügen nach Art. 25 sowie der persönlichen Arbeitsleistungen nach Art. 23 des Jugendstrafgesetzes. Es vollzog 51 Arbeitsleistungen und zwei Freiheitsentzüge. Beim Strafregister des Bundesamtes für Justiz wurden für die kantonalen Behörden 1'262 Strafregisterauszüge eingeholt (Vorjahr: 1'262) und für die Gerichtsinstanzen insgesamt 390 Urteile erfasst (Vorjahr: 390).

4. Gefängnisse

Im Berichtsjahr betrug die Auslastung im offenen Vollzug 92,7 %. Während des ganzen Jahres war die Nachfrage nach Plätzen im offenen Vollzug (Strafanstalt) stabil hoch. Auch im kantonalen Gefängnis war die Auslastung gut. Dies war auch darauf zurückzuführen, dass neu Frauen für kurze Freiheitsstrafen aufgenommen wurden. Die neun Plätze im Spezialvollzug waren während des ganzen Jahres sehr gut ausgelastet. Dieses Angebot wird von den einweisenden Behörden auf Grund der guten Betreuung der Gefangenen durch einen Sozialpädagogen sehr geschätzt.

Der Abwärtstrend in den Werkstätten konnte gestoppt werden. Diese Entwicklung war einerseits dank neuen Produkten möglich; andererseits wurde die Vergütung für Produkte, die nicht kostendeckend waren bzw. keinen Gewinn abwarfen, neu verhandelt. Erstmals in der Geschich-

te der Strafanstalt ist in den Werkstätten eine ausgebildete Arbeitsagogin beschäftigt.

Die Anzahl der Ein- und Austritte war im Berichtsjahr deutlich höher als in den Vorjahren. Das Personal war entsprechend gefordert. Die Betreuung der zahlreichen psychisch und psychisch angeschlagenen Gefangenen war herausfordernd. Unter der Führung des Sozialdienstes wurde eine neue Hausordnung ausgearbeitet, die auf den 1. Januar 2018 in Kraft tritt.

5. Amt für Inneres

5.1 Abteilung Migration

Der Bestand der ständigen ausländischen Wohnbevölkerung im Kanton belief sich Ende Dezember auf 8'575 Personen (Vorjahr: 8'463). Davon waren 4'013 Personen (46,8 %) im Hinterland, 2'248 Personen (26,2 %) im Mittelland und 2'314 Personen (27 %) im Vorderland wohnhaft. 2'288 Ausländerinnen und Ausländer oder 26,7 % besaßen eine Aufenthaltsbewilligung und 6'287 Personen oder 73,3 % eine Niederlassungsbewilligung. Die ständige ausländische Wohnbevölkerung aus den 28 EU- und drei EFTA-Staaten umfasste insgesamt 6'068 Personen. Dies entspricht 70,8 % des Gesamtbestandes der ständigen ausländischen Wohnbevölkerung. Den grössten Anteil der ständigen ausländischen Wohnbevölkerung machten die deutschen Staatsangehörigen mit 30,4 % aus, gefolgt von den italienischen Staatsangehörigen mit 10,9 % und portugiesischen Staatsangehörigen mit 7,5 %. Von den 8'575 Ausländerinnen und Ausländern stammten 7'730 Personen oder 90,1 % aus Europa und lediglich 845 Personen oder 9,9 % aus nicht europäischen Staaten. Die ständige ausländische Wohnbevölkerung setzte sich aus Personen von 103 Staaten zusammen.

Die Zusammensetzung der ausländischen Wohnbevölkerung veränderte sich im Vergleich zum Vorjahr nur unwesentlich. Der Bestand der Angehörigen aus den EU/EFTA-Staaten hat mit 0,4 % erneut weniger stark zugenommen als in den Vorjahren. Bei den Drittstaatsangehörigen war eine Zunahme von 3,7 % zu verzeichnen. Damit hat der Bestand der Drittstaatsangehörigen erstmals seit Jahren



wieder stärker zugenommen als derjenige der EU-/EFTA-Angehörigen. Gesamthaft erhöhte sich der Ausländerbestand um 112 Personen (1,3 %). Mit 15,6 % liegt der Ausländeranteil (Überfremdung) in Appenzell Ausserrhoden weiterhin deutlich unter dem gesamtschweizerischen Durchschnitt. Im Weiteren waren per Ende Dezember 454 Personen (Vorjahr: 448) mit einer Grenzgängerberufung tätig. Die Grenzgängerinnen und Grenzgänger stammten hauptsächlich aus Österreich (223 Personen) und Deutschland (165 Personen).

Im Berichtsjahr wurden insgesamt neun Personen (Vorjahr: 17) in ihre Heimatländer oder in Drittstaaten ausgeschafft. Zwei Personen mussten mit polizeilicher Begleitung bzw. per Sonderflug ausgeschafft werden. Insgesamt wurden elf Ausschaffungshaftungen (Vorjahr: 21) sowie zwei kurzfristige Festhaltungen (Vorjahr: eine) angeordnet.

Über die im Kanton anwesenden Asylsuchenden, vorläufig Aufgenommenen und anerkannten Flüchtlinge gibt der Bericht des Amtes für Soziales Auskunft (vgl. S. 43).

5.2 Abteilung Bürgerrecht und Zivilstand

Bürgerrecht

Im Berichtsjahr wurden 77 Personen durch das ordentliche Einbürgerungsverfahren eingebürgert. Weitere 55 Gesuche (93 Personen) sind zurzeit im laufenden Verfahren. 138 Personen erhielten durch die erleichterte Einbürgerung das Bürgerrecht einer Ausserrhoder Gemeinde und damit auch das Landrecht von Appenzell Ausserrhoden. 18 Personen wurden aus dem Ausserrhoder Landrecht entlassen. Ausserdem befasste sich die Abteilung im Berichtsjahr mit den Vorbereitungen für die Änderungen der Bundesgesetzgebung im Bürgerrechtswesen (Inkrafttretung 1. Januar 2018).

Zivilstand

Im Berichtsjahr wurden 21 Namensänderungen bewilligt. Die Abteilung verfügte zudem 468 Auslandereignisse zur Eintragung in das Schweizerische Personenstandsregister betreffend den Personenstand von Bürgerinnen und Bürgern oder Einwohnern von Appenzell Ausserrhoden. Infolge eines Personalwechsels konnte die für das Berichtsjahr geplante Einführung eines fachspezifischen

Informatikprogramms für die Datenerfassung, die Geschäftskontrolle und die Verfahrensleitung noch nicht abgeschlossen werden.

6. Strassenverkehrsamt

6.1 Ausbau Digitalisierung

Beim Strassenverkehrsamt wurde ganz im Sinne des aktuellen Regierungsprogramms 2016-2019 die Digitalisierung von Prozessabläufen ausgebaut. Unter anderem wird die Resultaterfassung bei Fahrzeugprüfungen neu papierlos per Tablets ausgeführt. Rund 65 % der Rechnungen werden neu direkt in den Prüfstellen abgegeben. Dies hat die Büroaufwände bereits deutlich reduziert und Portokosten gespart.

6.2 Strassenfahrzeugbestand

Per 30. September waren im Kanton insgesamt 46'986 Strassenfahrzeuge immatrikuliert (Vorjahr: 47'189). Den grössten Anteil des Gesamtbestandes weisen die 31'785 Personenwagen auf (Vorjahr: 31'786).

6.3 Administrativmassnahmen

Im Berichtsjahr wurden 994 Administrativmassnahmen rechtskräftig abgeschlossen (Vorjahr: 1'019). Schweizweit haben sich die Führerausweisenzüge leicht auf 84'727 reduziert. Vor allem massive Geschwindigkeitsüberschreitungen führten im Kanton zu 386 Verwarnungen (Vorjahr: 388) und zu 476 Führerausweisenzügen (Vorjahr: 491). Am meisten mussten die 20 bis 29-jährigen Verkehrsteilnehmenden mit Administrativmassnahmen sanktioniert werden.

Durch eine Änderung der Verkehrszulassungsverordnung wurde Mitte 2016 der Status amtlich bestimmter Vertrauensärzte aufgehoben. Seitdem ist es möglich, dass sich praktizierende Ärztinnen und Ärzte selbst deklarieren dürfen und damit die Befugnis erhalten, periodische Kontrolluntersuchungen bei den über 70-jährigen

Fahrzeuglenkenden durchzuführen. Dadurch stiegen die Anzahl der Arztberichte (+ 50 % gegenüber Vorjahr), die das Belassen des Führerausweises nur noch mit Auflagen befürworten oder die Anordnung weiterer verkehrsmedizinischer Untersuchungen erforderlich machen.

6.4 Einführung Kontrollschilderübertragungen

Seit Mitte Juni ist nach Beschluss des Kantonsrates die Übertragung von Kontrollschildern wieder möglich. Bis zum Jahresende sind 279 Kontrollschilder übertragen worden, was zu Gebühreneinnahmen von Fr. 40'910 führte.

7. Kantonspolizei

7.1 Kommando

Das Jahr begann für die Kantonspolizei mit einem schlimmen Ereignis: Am 3. Januar sind zwei Ausserrhoder Polizisten bei einer Hausdurchsuchung angeschossen und schwer verletzt worden. Ein Polizist erlitt einen Herzstechschuss und schwebte mehrere Tage in Lebensgefahr. Dem Täter gelang zunächst die Flucht. Dank sofortiger Fahndung konnte er aber rund eine Stunde nach der Tat lokalisiert und umstellt werden. Der bewaffnete Täter drohte, mitgeführte Sprengmittel zu zünden. Die rund siebenstündige Verhandlung mit ihm blieb erfolglos, und so wurde kurz vor dem Einnachten polizeilich zugegriffen. Dabei beging der Täter Suizid. Bei diesem äusserst anspruchsvollen und von widrigen Witterungsverhältnissen begleiteten polizeilichen Grosseinsatz wurde die Kantonspolizei durch verschiedene Spezialkräfte aus dem Ostschweizer Polizeikonkordat (ostpol) und dem Kanton Zürich unterstützt. Dieses Ereignis traf die Seele der Kantonspolizei. Es forderte das Korps deshalb nicht nur am Tag selbst, sondern auch noch während Wochen und Monaten danach mit den Fragestellungen der Betreuung, der Sicherstellung des Polizeibetriebs, der Aufarbeitung, der Tatbestandsarbeit und der Kommunikation. Für die Bewältigung des kriminalpolizeilichen Polizeialltags konnte die Kantonspolizei aber auf eine fünfmonatige Unterstützung durch einen Ermittler der Kantonspolizei St.Gallen zählen. Die Zusammenarbeit mit ostpol funktionierte auch in diesem Bereich vorbildlich.

Das Ereignis hat auf brutalste Art gezeigt, dass es auch in Appenzell Ausserrhoden zu unerwarteter und lebensbedrohender Gewalt kommen kann. Die Polizei muss darauf vorbereitet sein. Weiterentwicklungen in der Ausrüstung, der Taktik und der Ausbildung sind deshalb eine Daueraufgabe. Das Bedürfnis nach Sicherheit und die Erwartungen an professionelle polizeiliche Interventionen sind nach wie vor gross. Dies haben auch verschiedene Terroranschläge in Europa und Gewalttaten in Ostschweizer Kantonen gezeigt, so beispielsweise die Motorsägen-Amoklage in Schaffhausen, das tödliche Messerattentat auf einen Unbeteiligten in der Stadt St. Gallen oder die unvermittelten Axtangriffe auf zufällig ausgewählte Personen in Flums. Nebst der Gewalt ist für die Polizei auch die Cyberthematik eine grosse Herausforderung. Verschiedenste kantonsübergreifende themenspezifische Arbeiten und Projekte sind derzeit im Gange.

Die Kantonspolizei ist mit den drei Schwerpunkten «Wir sind präsent», «Handlungskompetenzen nutzen» und «Konstruktive Fehlerkultur» ins Jahr gestartet und hat diese Themenfelder durchs Jahr konsequent verfolgt. Im organisatorisch-logistischen Bereich wurde das neue Zusammenarbeitskonzept mit der AR Informatik AG (ARI) umgesetzt. Dieser Schritt war wegen den rund 200 internen Applikationen sowie der vielen interkantonalen IT-Projekten der Kantonspolizei unabdingbar. Im Ausbildungsbereich laufen die Vorbereitungsarbeiten für die Umsetzung des bildungspolitischen Gesamtkonzepts 2020 der Polizei. Dieses sieht vor, dass sich die polizeiliche Grundausbildung von einem auf zwei Jahre verlängert. Der Start wird frühestens im Herbst 2019 erfolgen.

Die Kantonspolizei hat im Sommer einen unkonventionellen Film über ihre Tätigkeiten veröffentlicht: Der imagebildende Spielfilm «Die Essenz» kann über YouTube oder über einen Link auf der Homepage gestreamt werden.

Die Kantonspolizei Appenzell Ausserrhoden hatte auch im Berichtsjahr den Vorsitz im Ostschweizer Polizeikonkordat ostpol.



7.2 Support und Personelles

Sieben neue Polizistinnen und Polizisten, eine Kriminaltechnikerin und sechs Polizeiaspiranten, die bis September 2018 die Polizeischule in Amriswil besuchen, sind ins Korps eingetreten. Drei Mitarbeitende verliessen die Kantonspolizei. Damit ist die Anzahl ausgebildeter Polizistinnen und Polizisten knapp unter dem (derzeitigen) Soll des Korpsbestandes. Im Rahmen des internen Aus- und Weiterbildungskonzeptes wurde zum zweiten Mal ein eintägiger Wachtmeisterkurs für langjährige Polizistinnen und Polizisten durchgeführt. Bei der rund alle drei Jahre stattfindenden Grossereignisübung, die jeweils unter der Führung des Amtes für Militär und Bevölkerungsschutz steht, konnte die Polizei neben der Gesamteinsatzleitung auch die Führungsrollen der Chefs der verschiedenen Einsatzabschnitte praktisch anwenden.

7.3 Kriminalpolizei

Aufgrund einer Pensionierung wurde die Leitung des kriminaltechnischen Dienstes per 1. Januar mit einer internen Nachfolge neu besetzt. Die Kriminalpolizei hatte sich mit verschiedensten Straftatbeständen zu befassen. Das eingangs erwähnte Ereignis vom 3. Januar in Rehetobel war herausfordernd und hat die Abteilung geprägt und personell stark gefordert. Daher konnten die geplanten Präventionsarbeiten des Fachdienstes Jugend an den Oberstufen im Kanton nicht durchgeführt werden.

Per 1. Oktober wurden die Strukturen der Kriminalpolizei angepasst. Der Support wurde neu dem Dienstchef Ermittlung/Fahndung unterstellt. Die beiden mit den operativen Geschäften beauftragten Gruppen dieser Dienststelle konnten jeweils personalneutral mit einem Gruppenchef Stellvertreter besetzt werden. Dies trug wesentlich zu einer klaren Regelung bei Abwesenheiten der Gruppenchefs bei.

7.4 Nachrichtendienst

Der dem Kommandanten direkt unterstellte Nachrichtendienst erledigte rund 70 Personenüberprüfungen. Zudem waren die Mitarbeitenden in verschiedenen Teilbereichen

wie Terrorismus und Werksspionage tätig. Seit dem 1. September ist das neue Nachrichtendienstgesetz in Kraft. Gleichzeitig konnten die neu entwickelten Arbeitsplätze für die kantonalen Nachrichtendienste mit den entsprechenden EDV-Applikationen eingeführt werden. Dies ermöglicht eine bessere Zusammenarbeit und Übermittlungssicherheit zwischen den Nachrichtendiensten des Bundes und der Kantone.

7.5 Regional- und Verkehrspolizei

Im Berichtsjahr wurden insgesamt 473 mobile Geschwindigkeitskontrollen durchgeführt (Vorjahr: 448). Insgesamt 29'596 Lenkerinnen und Lenker haben die Höchstgeschwindigkeit überschritten (Vorjahr: 28'351). Von diesen Übertretungen befanden sich 630 im Verzeigungsbereich (Vorjahr: 552), davon zwei Raserdelikte. 291 Personen mussten den Betreibungsämtern zugeführt werden (Vorjahr: 530). Ausserdem sind 226 Zahlungsbefehle (Vorjahr: 352) zugestellt worden. Die Zahl der Verkehrsunfälle wird in der Verkehrsunfallstatistik publiziert, die im März 2018 erscheint.

7.6 Kommandodienste

Die kantonale Notrufzentrale (KNZ) hat rund 10'000 Notrufe bearbeitet. Weiter wurden via Hauptrufnummer rund 25'000 Anrufe entgegengenommen. Das Einsatzleitsystem (ELIS) hat tadellos funktioniert, dies auch dank der intensiven Datenpflege. Die IT-Entwicklungen und Projekte benötigen zunehmend Personalressourcen und werden stetig komplexer. Die Weiterentwicklung der Hauptapplikation «myABI» ist durch diverse Einsprachen (u.a. beim Verwaltungsgericht St. Gallen) stark in Verzug geraten. Seit Mitte Jahr verfügt die Kantonspolizei über einen IT-Gesamtverantwortlichen, der formell bei der ARI angestellt ist. Er hat Managementaufgaben übernommen wie beispielsweise die Steuerung der IT-Strategie, die Verbesserung der Organisation und der Zusammenarbeit oder die Aufgleisung und Führung komplexer IT-Projekte.

Am 15. November erfolgte die Umschaltung des Feuerwehrnotrufs 118 von Appenzell Innerrhoden zur KNZ. Sämtliche Feuerwehraufgebote für den Nachbarkanton

werden seitdem durch die Ausserrhoder Kantonspolizei ausgelöst. Die Ablösung des Mannschaftsalarmierungssystems der Feuerwehren ist in der Umsetzung. Das Polycom-Funknetz funktionierte durchs Jahr einwandfrei, und für sämtliche Blaulichtorganisationen war die Funkversorgung jederzeit gewährleistet.

7.7 Sicherheitspolizei

Im Berichtsjahr waren wieder diverse Grenadier-, Personenschutz- und Ordnungsdienstesätze zu verzeichnen. Nebst Kontrollen im Waffenbereich wurden 231 Gesuche für das Waffenerwerben und Waffentragen (Vorjahr: 230) bearbeitet. 25 dieser Gesuche gingen über den elektronischen Polizeischalter «ePolice» ein (Vorjahr: 24). Ausserdem wurden 28 europäische Feuerwaffenpässe (Vorjahr: 24) ausgestellt. Im Sprengbereich wurden elf Abbrandbewilligungen (Vorjahr: acht) und drei Zuverlässigkeitsbescheinigungen ausgestellt. Beim Feuerwerkverkauf der Kategorien F1-F3 wurden drei Bewilligungen erneuert (Vorjahr: sieben) und eine Bewilligung für die Kategorie F4 ausgestellt. 15 Bewilligungen (Vorjahr: 19) wurden für Sicherheitsfirmen erneuert. Ein markante Steigerung von rund 250 Prozent war bei den Gesuchen für Mitarbeitende privater Sicherheitsfirmen zu verzeichnen: Es wurden insgesamt 522 Gesuch bearbeitet (Vorjahr: 154), wobei eine Firma sämtliche Mitarbeiterbewilligungen erneuert hat. Zudem wurden wiederum einige kantonale und kommunale Amtsstellen über das Verhalten mit gewalttätigen Kunden geschult.

8. Amt für Militär und Bevölkerungsschutz

8.1 Zivilschutz

Gesamthaft leistete der Appenzellische Zivilschutz 3'524 Dienstage, was im langjährigen Mittel liegt. Davon wurden 60 % für die Ausbildung und 40 % für die Unterstützung der Gemeinden und für Veranstaltungen eingesetzt. Unter anderem verrichtete der Zivilschutz an Gerinnen systematisch vorsorgliche Aufräum- und Rodungsmassnahmen; dies jeweils in enger Zusammenarbeit mit dem Amt für Raum und Wald und den Forstäm-

tern. Die Unterstützung von Pflegeinstituten forderte die Zivilschutzbetreuenden sehr stark; ist aber seitens der Institutionen als Leistungsbezüger sehr willkommen. Im Kulturgüterschutz hat das Amt in der Koordination der Schutzleistungen die Führung übernommen und baut dazu einen Zivilschutzzug auf.

8.2 Bevölkerungsschutz

Beim Unwetter am 2. September wurden der Kernstab des Kantonalen Führungsstabes (KFS) und die Führungsunterstützung zur Beurteilung der Lage aufgeboden. Das Zusammenspiel mit der Kantonspolizei hat sehr gut funktioniert. Dies auch dank einer neu in der Ostschweiz eingeführten schlanken und miliztauglichen EDV-Applikation zur Lagedarstellung. Die mittlerweile gut eintrainierte Kooperation mit den Gemeindeführungsstäben hat einen schnellen Überblick ermöglicht. Die Gemeinden haben die Präsenz des KFS sehr gut aufgenommen.

Finanziert vom Bund sind 35 neue mobile Sirenen mit Sprechdurchsage-Möglichkeiten beschafft worden. Das Bundesamt für Bevölkerungsschutz hat Appenzell Ausserrhoden als Pilotkanton für die Beurteilung und Beschaffung der Modelle ausgewählt. Die Gemeinden erhalten damit ein Instrument zur Kommunikation in ausserordentlichen Lagen.

Die Abteilung Bevölkerungsschutz hat mit den Gemeinden und Partnerorganisationen zehn Übungen durchgeführt. Die Höhepunkte waren die Bevölkerungsschutz-Volltruppenübungen in Herisau, an der die Appenzeller Bahnen ihr Sicherheitskonzept überprüft haben und bei der über 300 Beteiligte im Einsatz standen, und die Übung in Rehetobel mit knapp 200 eingesetzten Personen.

8.3 Militär

Im Berichtsjahr haben zahlreiche Tätigkeiten im Hinblick auf die Weiterentwicklung der Armee stattgefunden. Bei der Entlassung aus der Militärdienstpflicht bestätigte sich die Tendenz, dass die Angehörigen der Armee nach Beendigung der Dienstpflicht vermehrt ihre Dienstwaffen zum Eigentum übernehmen wollen. Die Anzahl der



Wehrpflichtersatzabgabepflichtigen ist im Vergleich zum Vorjahr um über 5 % gesunken. Zudem wurden mehr Rückerstattungen getätigt. In der Konsequenz war die dem Kanton verbleibende Bezugsprovision im Mehrjahresvergleich tief.

8.4 Care Team

In 17 Einsätzen haben die Einsatzteams 70 Betroffene während insgesamt 237 Einsatzstunden betreut. An drei Teamrapporten sind die Einsätze ausgewertet worden. Während zwei Weiterbildungstagen und mit der Teilnahme an den Übungen in Rehetobel und Heiden wurden die Mitglieder intensiv geschult. Zum Ausbildungsprogramm zählt zudem jeweils die Teilnahme an Kriseninterventionstagungen. Das Care Team Appenzell hat interkantonal wegen der sehr grossen Motivation, dem grossen Wissen und der hohen freiwilligen Bereitschaft einen sehr guten Ruf.

Statistischer Anhang

Kantonskanzlei

Passbüro

Ausweisstatistik

	2014	2015	2016	2017
Pass Kinder	543	716	672	724
Pass Erwachsene	3 230	3 517	3 236	2 113
ID Kinder	1 531	1 798	1 879	1 834
ID Erwachsene	4 449	5 024	4 851	3 519

Rechtsdienst

Übersicht Rekurse

	Regierungsrat	Departemente	Gesamt
Pendenzen vom Vorjahr	15	2	17
Eingänge	8	0	8
Erledigungen	8	2	10
Pendent Ende Jahr	15	0	15



Departement Finanzen

Departementssekretariat

Lotteriefonds 2017 : Verteilung der Mittel für gemeinnützige Zwecke (in Fr.)

Bereich und Begünstigte	Unterstützte Projekte	Beitrag
Kultur		
Stiftung Kulturzentrum Pápstliche Schweizergarde	Kulturzentrum Schweizergarde in Naters	10 000
Schützenmuseum Trogen	Rettung Grenadier-Offizierszelt aus dem 18. Jahrhundert	20 000
Appenzellische Gemeinnützige Gesellschaft (AGG)	Druckkostenbeitrag Appenzeller Jahrbuch	3 000
Sozialwesen		
Mobility International Schweiz, Olten	Hindernisfreie Wege für sehbehinderte und blinde Wanderer auf SchweizMobil	2 000
pro mente sana, Zürich	Beitrag 2016 und 2017	4 000
Pro Infirmis St. Gallen-Appenzell	Beitrag 2017 für Sozialberatung und Bildungsclub	12 000
Procap St. Gallen-Appenzell	Beitrag 2017	3 500
Stiftung Alexander Graham Bell, Rickenbach	Notfall-App für Menschen mit eingeschränktem Hörvermögen	3 000
Pro Juventute Appenzell Ausserrhoden	Weihnachtsaktion für bedürftige KantonseinwohnerInnen	27 542
Stiftung Waldheim, Walzenhausen	Buchprojekt zum 75-jährigen Bestehen der Stiftung Waldheim	4 500
Benevol, St. Gallen	Beitrag 2017	20 000
Schweiz. Stiftung des Internat. Sozialdienstes, Zürich	Beitrag für im Jahr 2017 erbrachte Dienstleistungen	4 577
Sonos, Zürich	Enterability	2 208
Schloss Herdern	Beitrag für das Jahr 2018	1 000
Pro Senectute Appenzell Ausserrhoden	Weihnachtsaktion für bedürftige KantonseinwohnerInnen / Steuererkklärungsdienst	55 083
Schweizer Patenschaft für Berggemeinden, Zürich	Hilfe für Bondo nach dem grossen Bergsturz	55 000
Eidg. Dep. für auswärtige Angelegenheiten, Bern	Unterstützung schweizerischer Hilfsgesellschaften im Ausland	1 000
Jugend und Erziehung		
Stiftung Schweizer Jugend forscht, Bern	51. Nationaler Wettbewerb 2017	3 000
Arbeitsgruppe öffentlicher Raum, Speicher	Sanierung und Erneuerung Spielplatz Dorf	10 000
Ludothek Gais	Spielmobil	600
Gesundheit		
Samariterverband beider Appenzell, Bühler	Beitrag 2017	1 200
Sport		
Appenzeller Kantonalschwingfest, Teufen	Appenzeller Kantonalschwingfest 2017	1 000
Ostschweizerischer Handmähverein, Herisau	Ostschweizer Handmähmeisterschaft 2017	1 000
Verein NOS 2018	Jubiläums-Schwingfest 125 Jahre NOS vom 24.6.2018 in Herisau	90 000

Bereich und Begünstigte	Unterstützte Projekte	Beitrag
Umwelt und Entwicklungshilfe		
Freunde Kenias und seiner Menschen, Kloten	Milchziegenprojekt mit Frauengruppen in Nyanduma, Zentralkenia	9 000
Schweizerisches Rotes Kreuz, Bern	Hilfe für Dürreopfer in Äthiopien und Südsudan	10 000
Hand in Hand-Afrika, Herisau	Kinderhort Harlequin	5 000
Biovision - Stiftung für ökologische Entwicklung, Zürich	Äthiopien: Push-Pull Tolay	4 000
WWF Regiobüro AR/AI - SG - TG	Regionale Wiesenmeisterschaft Appenzell Ausserrhodon 2018	8 000
Stiftung Usthi, Zürich	Indien: Projekt gegen sexuelle Ausbeutung und Kinderhandel	4 000
Swissaid, Bern	Guinea-Bissau: Starke Frauen - weniger Hunger	4 000
EcoSolidar, Basel	Kambodscha: Bildung und Ausbildung von Kindern und Jugendlichen in Not	4 000
CO-OPERAID, Zürich	Laos: Honghian Ban Hao - unsere Dorfschule	4 000
TearFund Schweiz, Zürich	Uganda: Berufsausbildung für benachteiligte Jugendliche	4 000
MIVA Schweiz, Wil	Kongo: Dorfgruppen fördern die Selbsthilfe von Kleinbauern	5 000
cfd Christlicher Friedensdienst, Bern	Marokko: Benachteiligte Frauen in Essaouira machen eine Berufsausbildung	4 000
Hilfswerk Bolivien, Gais	Bolivien: Unterstützung für das Volksspital "Dr. Jorge Duez"	4 000
Stiftung Vivamos Mejor, Bern	Brasilien: Markt statt Migration, Absatzförderung für Kleinbauern	4 000
Save the Children, Zürich	Gemeindebasierte frühkindliche Förderung in Burkina Faso	2 500
Stiftung Terre des hommes, Lausanne	Nepal: Rehabilitation von Gesundheitsdiensten und Kinderschutz	2 500
übrige Projekte		
Schweiz. Gesellschaft für Wildtierbiologie SGW-SSBF	Neuer Säugetieratlas der Schweiz und Liechtensteins	3 000
Verein 600 Jahre Jubiläum Urnäsch	600 Jahre Jubiläum Urnäsch	10 000
Amt f. Militär und Bevölkerungsschutz, Herisau	Inspektionsspiel Herisau	1 000
SRG Ostschweiz, St. Gallen	Mitgliederversammlung 2017	557
Gemeinde Hundwil	Wasserlehrpfad Quellen Fitzisbach, Hundwil	3 000
Frauzentrale Appenzell Ausserrhodon, Herisau	Nackti Manne - gschaleti Fraue, Referat mit Podiumsdiskussion	1 000
OK Oldtimertreff Schwägälp, Herisau	13. internationaler Oldtimertreff auf der Schwägälp	1 000
SRG Ostschweiz, St. Gallen	Radio- und Fernsehpreis der Ostschweiz 2017	1 000
Total		433 767

Steuerverwaltung

Übersicht Steuerertrag (in Mio. Fr.)

	Budget 2017	Rechnung 2017	Abweichung Rechnung- Budget	Rechnung 2016	Veränderung Rechnung 2017 : 2016
Total direkte Steuern	158,2	155,7	- 1,6 %	146,8	+ 6,0 %
Total Spezialsteuern	7,0	6,6	- 5,7 %	7,1	- 7,0 %
Total Bundessteuern	19,9	23,0	+ 15,6 %	18,0	+ 27,8 %
Gesamttotal	185,1	185,3	+ 0,1 %	171,9	+ 7,8 %

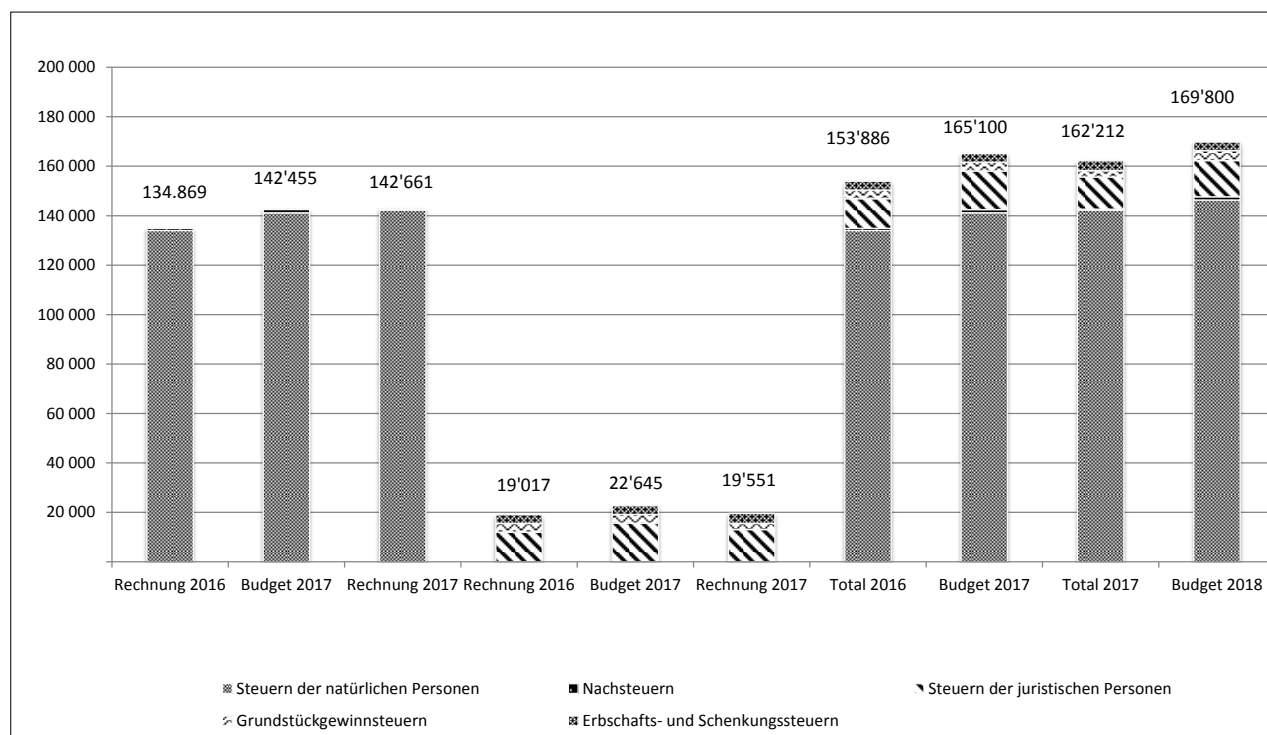
Einkommens- und Vermögenssteuern; Gewinn und Kapitalsteuern (in Mio. Fr.); Steuerfuss 3,2 Einheiten

	Budget 2017	Rechnung 2017	Abweichung Rechnung- Budget	Rechnung 2016	Veränderung Rechnung 2017 : 2016
natürliche Personen	142,5	142,7	+ 0,1 %	134,8	+ 5,8 %
juristische Personen	15,7	13,0	- 16,9 %	12,0	+ 8,5 %
Total direkte Steuern	158,2	155,7	- 1,6 %	146,8	+ 6,0 %

Grundstückgewinnsteuern; Erbschafts- und Schenkungssteuern (in Mio. Fr.)

	Budget 2017	Rechnung 2017	Abweichung Rechnung- Budget	Rechnung 2016	Veränderung Rechnung 2017 : 2016
Grundstückgewinnsteuern	3,5	2,6	- 27,0 %	3,6	- 28,0 %
Erbschafts- und Schenkungssteuern	3,5	4,0	+ 14,1 %	3,5	+ 14,1 %
Total Spezialsteuern	7,0	6,6	- 6,4 %	7,1	- 7,1 %

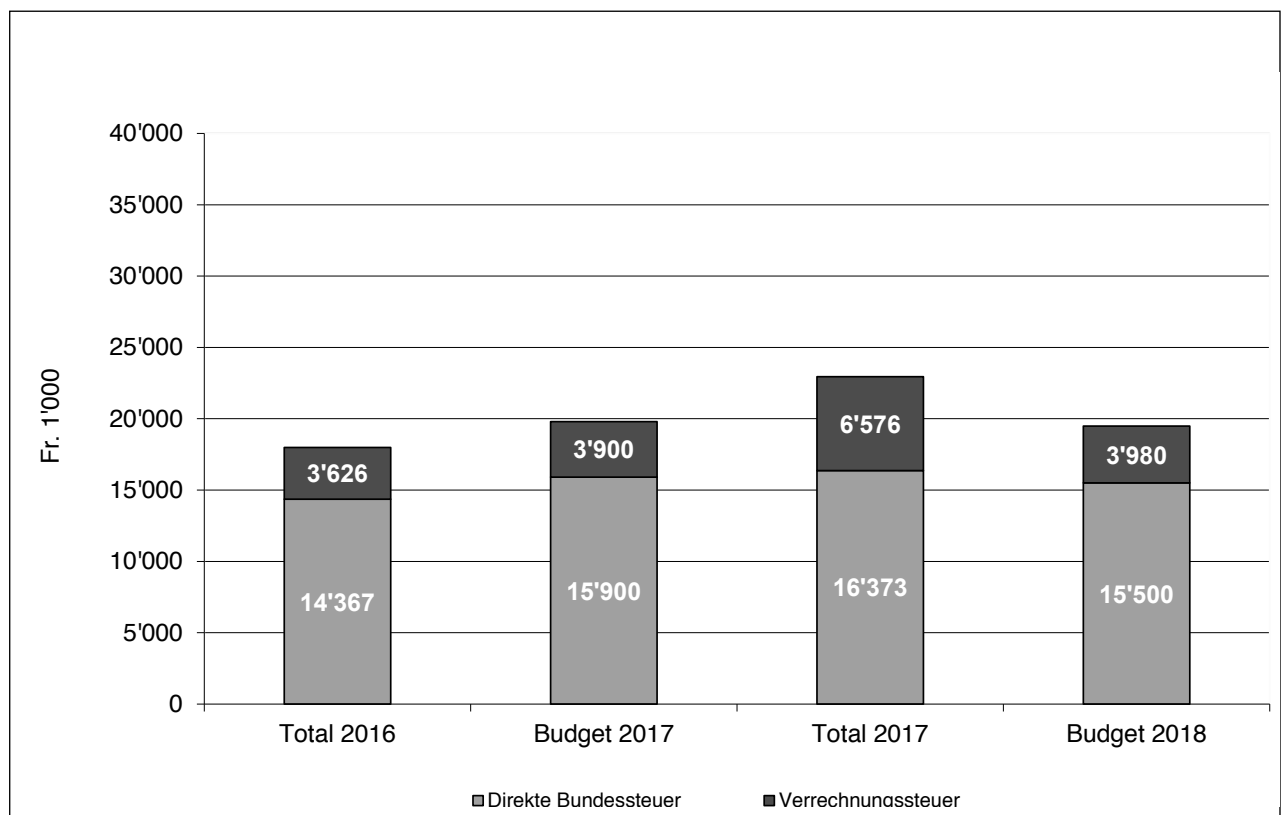
Staatssteuererträge im Vorjahresvergleich (in Fr. 1'000)



Direkte Bundessteuern und Verrechnungssteuern (in Mio. Fr.)

	Budget 2017	Rechnung 2017	Abweichung Rechnung-Budget	Rechnung 2016	Veränderung Rechnung 2017 : 2016
Direkte Bundessteuern	15,9	16,4	+ 3,1 %	14,4	+ 14,2 %
Verrechnungssteuern	3,9	6,6	+ 69,2 %	3,6	+ 82,0 %
Anteil EU-Zinsbesteuerung	0,1	0,0	- 88,0 %	0,0	- 57,1 %
Total Bundessteuer	19,9	23,0	+ 15,6 %	18,0	+ 27,7 %

Erträge aus Bundesabgaben im Vorjahresvergleich (in Fr. 1'000)

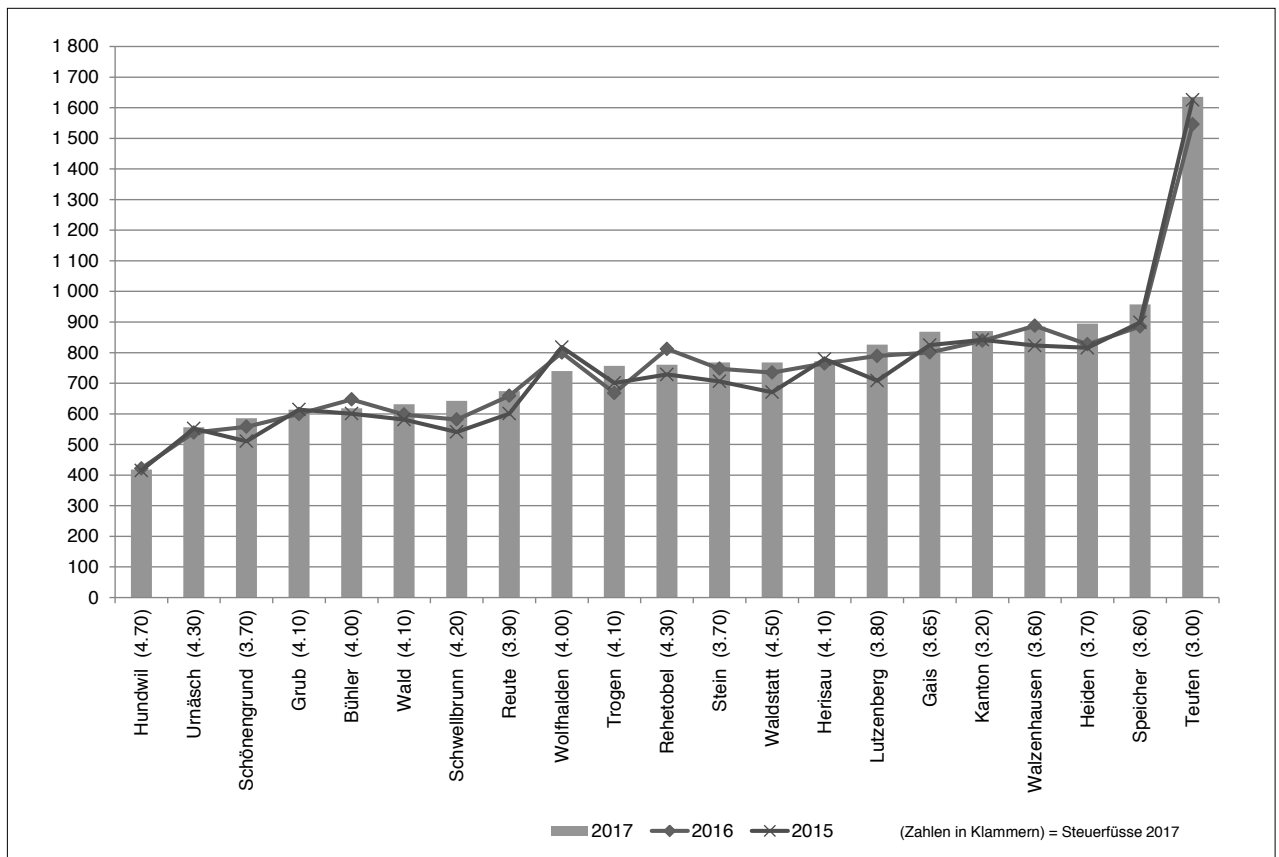


Steuerkraft der Gemeinden

	Steuersoll 3 (in Fr.)	Steuersoll 3 pro Einheit (in Fr.)	Einwohner 31.12.2017	Steuersoll 3 pro Einheit und Einwohner (in Fr.)	Steuersoll 3 pro Einheit und Einwohner (in %)	Rang
Total	153 946 377	48 108 243	55 281	870,25	100,0 %	
Teufen	32 845 680	10 264 275	6 277	1 635,20	187,9 %	1
Speicher	13 172 923	4 116 539	4 298	957,80	110,1 %	2
Heiden	12 012 755	3 753 986	4 197	894,45	102,8 %	3
Walzenhausen	5 667 886	1 771 214	2 001	885,15	101,7 %	4
Gais	8 623 935	2 694 980	3 104	868,25	99,8 %	5
Lutzenberg	3 289 229	1 027 884	1 244	826,25	94,9 %	6
Herisau	39 046 967	12 202 177	15 807	771,95	88,7 %	7
Waldstatt	4 559 398	1 424 812	1 855	768,10	88,3 %	8
Stein	3 488 101	1 090 032	1 420	767,65	88,2 %	9
Rehetobel	4 257 402	1 330 438	1 750	760,25	87,4 %	10
Trogen	4 192 124	1 310 039	1 731	756,80	87,0 %	11
Wolfhalden	4 350 744	1 359 608	1 838	739,70	85,0 %	12
Reute	1 501 077	469 087	696	673,95	77,4 %	13
Schwellbrunn	3 244 079	1 013 775	1 578	642,45	73,8 %	14
Wald	1 732 696	541 468	858	631,10	72,5 %	15
Bühler	3 505 223	1 095 382	1 772	618,15	71,0 %	16
Grub	2 049 518	640 474	1 044	613,50	70,5 %	17
Schönengrund	982 270	306 959	524	585,80	67,3 %	18
Urnäsch	4 135 541	1 292 357	2 324	556,10	63,9 %	19
Hundwil	1 288 828	402 759	963	418,25	48,1 %	20

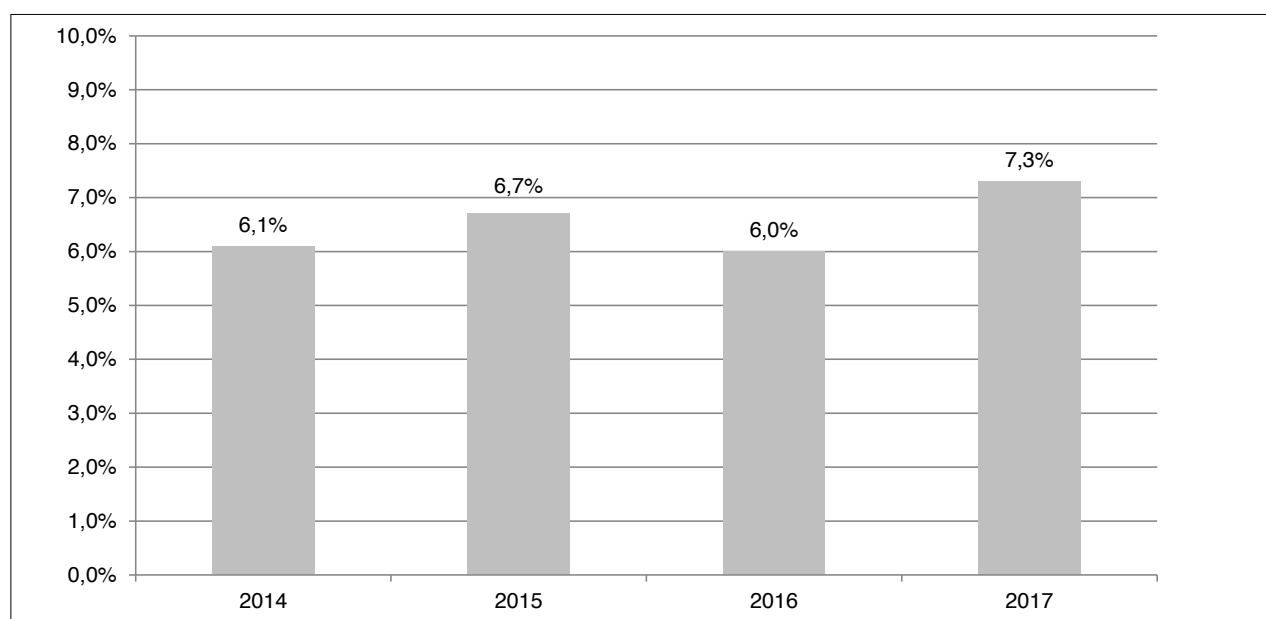
Steuerkraft der Gemeinden

gemessen am Steuersoll 3 pro Einheit der Jahresrechnung 2017 der natürlichen und juristischen Personen

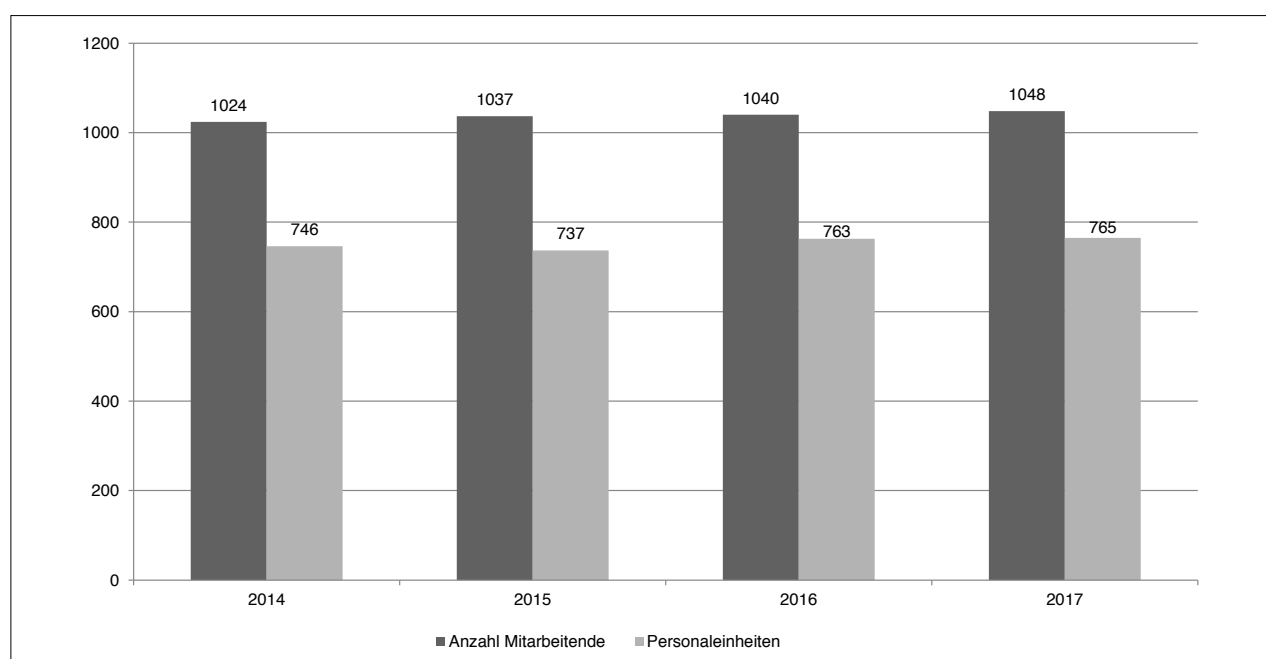


Personalamt

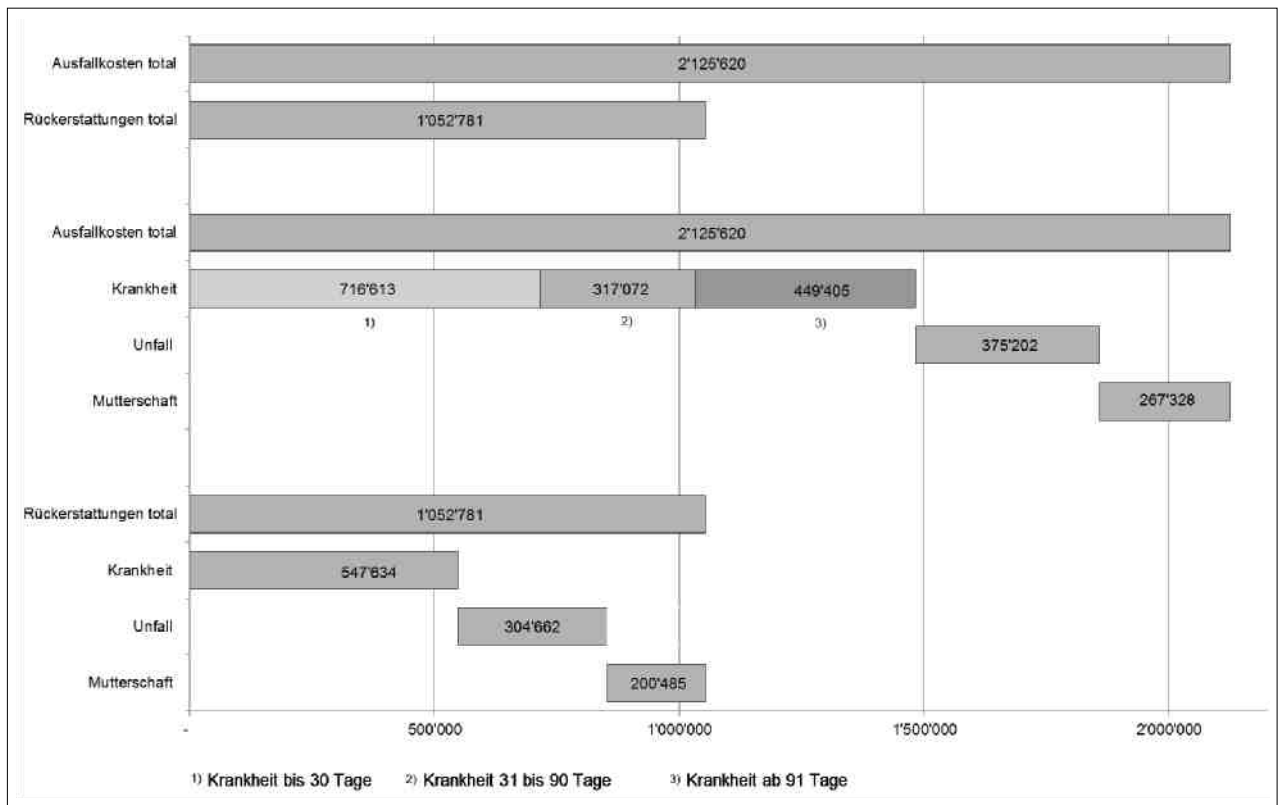
Fluktuation in Prozent



Anzahl Mitarbeitende und Personaleinheiten kantonale Verwaltung



Ausfallkosten und Rückerstattungen bei Krankheit, Unfall und Mutterschaft (in Fr.)



Grundstücksschätzungsbehörde

	2013	2014	2015	2016	2017
Anzahl geschätzte Grundstücke	2 827	3 504	3 268	2 898	3 142
öffentliche Grundstücke (Finanzvermögen)	-	287	-	-	-
Grundstücke Pensionskasse AR	-	-	-	62	59
Total geschätzte Grundstücke	2 827	3 791	3 268	2 960	3 201
zurückgestellte Schätzungen	615	454	274	155	198
geschätzte Grundstücke und zurückgestellte Schätzungen	3 442	4 245	3 542	3 115	3 399

Total Einsprachen	62	80	88	61	91
Einsprachequote der geschätzten Grundstücke	2.2 %	2.1 %	2.7 %	2.1 %	2.8 %
Rekurse	2	1	8	3	3
Weiterzug (Obergericht)	-	-	1	-	-



Amt für Immobilien

Offene Investitionskredite (Ende 2017)

Objekt	KV resp. Kredit	Bewilligungsinstanz	bew. Kredit	indexierter KV (inkl. Nachträge)	Mutmassliche Abrechnung
Kantonsschule Trogen					
Konviktgebäude 2. Etappe	4'120'000	KR	X	4'120'000	◇ 4'020'912
Haus Olymp, brandschutztechnische Massnahmen	200'000	RR	X	200'000	◇ 137'508
Psychiatrisches Zentrum Appenzell Ausserrhoden PZA					
Planung Möglichkeiten der Landreserve	160'000	RR	X	160'000	160'000
Rahmenkredit Optimierung + Erneuerung	39'500'00	VA	X		
Erschliessungssystem/Parkierung	4'300'000	RR	X	4'634'991	4'634'991
Haus I	9'000'000	RR	X	9'878'147	◇ 9'170'448
Haus III	6'000'000	RR		0	offen
Haus IV	6'100'000	RR	X	6'796'952	◇ 6'464'170
Haus V	1'855'000	RR		0	offen
Haus VI	3'350'000	RR		0	offen
Haus VIII (Freigabe Anteil Küche 1.+2.Etappe)	3'850'000	RR	X	4'765'945	4'765'944
Haus IX	2'450'000	RR	X	3'173'665	◇ 3'073'591
Haus XIII	2'000'000	RR	X	2'209'896	◇ 1'893'968
Trogen, Fünfeckpalast					
Umgebung/Diverses (Anteil 4. Etappe Umgebung)	583'000	KR	X	697'270	600'000
Strafanstalt Gmünden, Niederteufen					
Teilerneuerung Zellenruf- und Gegensprechanlage	200'000	RR	X	200'000	◇ 186'106
Pensionskasse AR, St.Gallerstrasse 53/55, Rehetobel					
Instandstellung Aussenhülle, Verglasung Balkone sowie Sanierung von 3 Wohnungen	*1'450'000	PK	X	1'450'000	◇ 1'448'689
Sanierung von 2 weiteren Wohnungen	*374'080	PK	X	308'665	◇ 307'589
Ostschw. Konkordat, RehabilitationsZentrum Lutzenberg					
Neubau Werkstätten	*4'200'000	OK	X	4'200'000	4'200'000
Gemeinde Bühler, Mittleres Schulhaus, Hermoos 3					
Sanierung	*3'700'000	VA	X	3'700'000	3'700'000

Legende zur Tabelle der offenen Investitionskredite

◇ = **abgerechnet**

RR = Regierungsrat

VA = Volksabstimmung

* = kein kantonales Bauvorhaben

KR = Kantonsrat

OK = Ostschweizerisches Konkordat

PK = Pensionskasse AR

Kantonseigene und Pensionskassen Liegenschaften

		Gebäude, Grund- stücke	Wohnung, Büro, Gewerbe	Mietende	Pacht	Assekuranz Neuwert 31.12.2017
Verwaltungsvermögen	Grundstücke mit Gebäude	74	91	91		113 597 200
	Grundstücke ohne Gebäude	4				
	PZA, Anstalten, Schulen	43				167 742 600
	Baurechtsgrundstücke Spitäler	3				
Finanzvermögen allgemein	Grundstücke mit Gebäude	27	83	69	2	32 199 600
	Grundstücke ohne Gebäude	7			2	
Finanzvermögen vorsorglicher Erwerb	Grundstücke mit Gebäude	18	34	34		16 002 100
	Grundstücke ohne Gebäude	28			1	
	Baurechtsgrundstücke	2				
Pensionskasse AR	Grundstücke mit Gebäude	32	257	257		95 082 800
	Grundstücke ohne Gebäude	2				
Stiftungen	Grundstücke ohne Gebäude	11	9	6	10	5 202 000
Bestand 31.12.2017		251	474	457	15	429 826 300
Bestand 31.12.2016		256	494	477	15	434 223 100



Zugemietete Liegenschaften/Objekte

	Verträge	Objekte*	Nettomieten pro Jahr
Bürräume, Wohnungen	21	80	1 698 835
Archive, Lager	3	29	
Parkplätze	3	24	
Gewerbliche Objekte	7	7	154 285
Parkplätze		10	
Polizeiposten	2	2	41 132
Archive, Lager	1	3	
Parkplätze	2	4	
Garagen und Einstellplätze	2	69	123 000
Bestand 31.12.2017	41	228	2 017 252
Bestand 31.12.2016	40	227	1 791 965

* vermietbare Einheiten

Parkplatzbewirtschaftung

Insgesamt werden 333 Parkplätze für die kantonale Verwaltung (ausserhalb der Arbeitszeit für die Öffentlichkeit) durch das Amt für Immobilien bewirtschaftet.

Renditeliegenschaften Finanzvermögen 2017 (in Fr.) allgemein

Liegenschaft	Ort	Buchwert 01.01.2017	Nettomietzins Solleinnahmen pro Jahr	Bruttorendite bezogen auf Buchwert
Dorfplatz 5 (Verkauf 11.08.2017)	Gais	1 998 000	129 024	6,46 %
Hinterbissaustrasse 68	Heiden	318 000	30 765	9,67 %
Kirchplatz 4	Heiden	3 770 000	225 152	5,97 %
Alpsteinstrasse 26B	Herisau	315 000	24 300	7,71 %
Alpsteinstrasse 26C	Herisau	326 000	22 320	6,85 %
Alpsteinstrasse 30/32	Herisau	469 000	32 745	6,98 %
Degersheimerstrasse 3	Herisau	240 000	20 300	8,46 %
Huebstrasse 34	Herisau	493 600	31 589	6,40 %
Huebstrasse 40A	Herisau	402 900	34 575	8,58 %
Krombach 1	Herisau	462 900	35 280	7,62 %
Krombach 2	Herisau	221 100	15 480	7,00 %
Kreuzstrasse 22	Herisau	2 392 000	169 125	7,07 %
Gmünden auf GB Nr. 1109	Niederteufen	674 900	33 500	4,96 %
Gmünden 1191	Niederteufen	420 000	26 400	6,29 %
St. Gallerstrasse 11	Rehetobel	1 068 900	67 116	6,28 %
Bächli	Teufen	3 701 000	4 944	0,13 %
Ebni 4	Teufen	2 125 000	138 132	6,50 %
Total		19 398 300	1 040 747	5,37 %



Renditeliegenschaften Finanzvermögen 2017 (in Fr.) vorsorglicher Erwerb

Liegenschaft	Ort	Buchwert 01.01.2017	Nettomietzins Solleinnahmen pro Jahr	Bruttorendite bezogen auf Buchwert
Alpsteinstrasse 3809 (Pumpenhaus)	Herisau	13 700	890	6,50 %
Cilanderstrasse 2	Herisau	240 000	15 624	6,51 %
Cilanderstrasse 7	Herisau	290 000	29 960	10,33 %
Cilanderstrasse 24A	Herisau	340 000	23 020	6,77 %
Gossauerstrasse 82 (Abbruch 2017)	Herisau	492 000	15 600	3,17 %
Industriestrasse 1	Herisau	647 000	41 390	6,40 %
Industriestrasse 3	Herisau	636 000	51 660	8,12 %
Industriestrasse 15	Herisau	463 000	15 340	3,31 %
Schlossstrasse 5	Herisau	745 000	45 660	6,13 %
Schlossstrasse 14	Herisau	135 000	8 820	6,53 %
Dorf 4	Hundwil	223 000	9 924	4,45 %
Herisauerstrasse 31/Mooshalden 4	Waldstatt	466 000	0	0,00 %
Herisauerstrasse 36/Mooshalden 3	Waldstatt	24 000	700	2,92 %
Mooshaldenstrasse 26 (vormals 30)	Waldstatt	172 000	12 840	7,47 %
Mooshalden 541 auf GB Nr. 09	Waldstatt	50 000	12 000	24,00 %
Total		4 936 700	283 428	5,74 %

Renditeliegenschaften Miteigentum

	Buchwert 01.01.2017	Buchwert 01.01.2016
MEG Gutenberg I, Kasernenstr. 2/4 (2/12 Anteile)	4 707 800	4 707 800
MEG Gutenberg II, Gutenbergstr. 2 (2/12 Anteile)	164 800	164 800
MEG Gutenberg III, Kasernenstr. 6 (2/12 Anteile)	1 454 600	1 454 600
Total	6 327 200	6 327 200

Departement Bildung und Kultur

Volksschule; Anzahl Lernende der Gemeinden

	2013	2014	2015	2016	2017
Kindergarten	983	990	1 033	1 067	1 081
Primarschule	2 999	2 960	2 942	2 971	2 999
Sekundarschule	1 707	1 644	1 567	1 498	1 396
Total	5 689	5 594	5 542	5 536	5 476

Berufsbildungszentrum Herisau; Anzahl Lernende in den angebotenen Berufsausbildungen

	2013/14	2014/15	2015/16	2016/17	2017/18
Attest Gesundheit und Soziales	20	24	22	16	15
Detailhandelsassistent/in	19	20	21	21	23
Detailhandelsfachmann/-frau	90	91	82	79	63
Elektroinstallateur/in	75	81	74	74	70
Fachfrau/-mann Gesundheit	114	118	123	136	140
Forstwart/in	45	53	46	55	49
Holzbearbeiter/in	11	7	9	4	6
Kaufmann/Kauffrau Profil B	34	31	26	21	34
Kaufmann/Kauffrau Profil E	113	105	103	111	117
Kaufmann/Kauffrau Profil M	93	96	97	79	62
Landwirte	38	24	-	-	-
Polymechaniker/in	73	72	69	82	82
Schreiner/in	106	115	116	104	99
Schreinerpraktiker/in	10	9	7	11	7
Zimmermann/Zimmerin	129	127	116	112	148
Brücke AR	76	78	68	78	78
Integration	-	-	-	22	-
Total	1 046	1 051	979	1 005	993

Kantonsschule Trogen; Anzahl Lernende in den angebotenen Ausbildungen

	2013/14	2014/15	2015/16	2016/17	2017/18
Sekundarschule	155	143	134	119	126
10. Schuljahr	12	-	-	-	-
Berufsfachschule Wirtschaft	37	40	44	36	26
Fachmittelschule	87	106	107	89	88
Gymnasium	389	370	358	341	323
Total	680	659	643	585	563

Berufs- und Laufbahnberatung; Anzahl Ratsuchende

	2015			2016			2017		
	♂	♀.	total	♂	♀.	total	♂	♀.	total
< 16 Jahre	132	162	294	112	132	244	85	88	173
16 – 24 Jahre	110	171	281	124	193	317	132	171	303
25 und mehr Jahre	59	93	152	77	99	176	62	105	167
Anzahl Ratsuchende	301	426	727	313	424	737	279	364	643
Anzahl Beratungssitzungen	477	658	1 135	466	591	1 057	423	570	993
Testdurchführungen	227	285	512	178	223	401	137	169	306
Anzahl Kurzberatungen	-	-	500	-	-	685	-	-	818

BIZ Besuche (Berufsinformationszentrum)

	2013	2014	2015	2016	2017
Besucher/innen	257	270	200	135	237
Anzahl Schulklassen im BIZ	2	4	-	2	10
Anzahl durchgeführte Klasseninformationen in den Schulhäusern	kein Angebot	36	44	36	44

Berufsbildung: Lehrvertragswesen; Anzahl Lehrverträge per 31.12.

	2014	2015	2016	2017
Gesamtbestand	1 420	1 400	1 358	1 379
neu abgeschlossene	550	531	544	504
aufgelöste	121	105	103	113

Berufsbildung: Lehrabschlussprüfungen; Anzahl der geprüften Kandidaten/Kandidatinnen

	2014	2015	2016	2017
aus Ausserrhoden	455	464	501	436
aus Innerrhoden	76	81	83	75
aus St.Gallen	43	53	46	24
Total geprüfte	574	598	630	535
davon bestanden AR	435	439	475	411
davon nicht bestanden AR	20	25	26	25

Ausbildungs- und Studiendarlehen; Bruttoaufwand (in Fr.)

	2013	2014	2015	2016	2017
Auszahlungen	113 000	128 000	78 000	57 000	46 000
Rückzahlung von Darlehen	208 911	106 712	87 953	78 146	133 118
ausstehende Darlehen (31.12.)	526 541	547 829	537 877	516 730	429 612

Stipendien; Bruttoaufwand (in Fr.)

	2013	2014	2015	2016	2017
Sekundarstufe II	529 200	428 200	409 750	351 150	366 300
Tertiärstufe	1 131 200	1 083 700	1 009 850	1 081 900	990 150
Total	1 660 400	1 511 900	1 419 600	1 433 050	1 356 450

Schuldgelder für ausserkantonale Schulen Sekundarstufe II; Bruttoaufwand (in Fr.)

	2013	2014	2015	2016	2017
ausserkantonale Berufsschulen	7 474 168	7 270 452	7 319 620	7 158 929	7 222 127
übrige ausserkantonale Schulen Sekundarstufe II	2 784 745	2 719 518	2 622 410	2 728 823	2 446 157
Total	10 258 913	9 989 970	9 942 030	9 887 752	9 668 284

Studiengelder und Trägerbeiträge Tertiärstufe; Bruttoaufwand (in Fr.)

	2013	2014	2015	2016	2017
Universitäten	6 528 620	6 860 390	6 843 552	6 625 587	6 864 851
Fachhochschulen	8 783 652	9 756 763	9 763 393	10 233 218	9 974 908
übrige Schulen Tertiärstufe (insbesondere Fachschulen)	2 125 458	2 422 752	3 048 776	3 782 320	3 623 769
Total	17 437 730	19 039 905	19 655 721	20 641 125	20 463 528

Denkmalpflege; Entwicklung Beitragsgesuche und Stellungnahmen

	2013	2014	2015	2016	2017
Beitragsgesuche	59	78	66	78	81
Stellungnahmen Baugesuche, Revisionen	188	203	184	195	201 ¹⁾

¹⁾ 22 Stellungnahmen zu Bauvorhaben, Zonenplänen und Rekursen wurden schriftlich abgegeben. 179 Stellungnahmen wurden in Besprechungen erarbeitet oder abgegeben und flossen direkt als Auflagen in die Baubewilligungen ein.

Denkmalpflege; Entwicklung Beiträge (in Fr.)

	2013	2014	2015	2016	2017
Kanton	949 153	954 388	664 690	797 382	542 134
Bund	305 593	392 040	211 812	569 336	294 103
Gemeinde	689 568	1 320 212	642 732	1 143 656	696 091
Total	1 944 314	2 666 640	1 519 234	2 510 374	1 532 328

Departement Gesundheit und Soziales

Kantonsärztlicher Dienst

Stationäre Versorgung (Versorgungsbereiche Akutsomatik, Rehabilitation, Psychiatrie): Kostengutsprache gesuche

	2013	2014	2015	2016	2017
bewilligte Gesuche ohne Tarifeinschränkung	1 882	2 022	2 017	2 103	2 193
bewilligte Gesuche mit Einschränkung der Kostenbeteiligung auf Referenztarif Kanton	407	382	446	563	587
abgelehnte Gesuche/nicht Eintreten	83	90	106	94	76
Total Gesuche	2 372	2 494	2 569	2 760	2 856

Total Hospitalisationen von Personen mit einer Krankenpflegegrundversicherung und mit Wohnsitz in Appenzell Ausserrhoden (Versorgungsbereiche Akutsomatik, Rehabilitation, Psychiatrie), inkl. UV-, MV- und IV-Fälle

	2013	2014	2015	2016	2017 ¹⁾
ausserkantonale Behandlung	3 382	3 675	3 947	4 262	k. a.
Behandlung im Kanton	5 613	5 663	5 873	5 850	k. a.
Anzahl Hospitalisationen	8 995	9 338	9 820	10 112	k. a.

Quelle: Medizinische Statistik der Krankenhäuser; Bundesamt für Statistik (BFS)

¹⁾ Daten der Medizinischen Statistik der Krankenhäuser 2017 liegen erst gegen Ende 2018 vor.

Eidgenössische und kantonale Berufsausübungsbewilligungen

	2015	2016	2017
Bewilligungen nach Bundesrecht	576	594	652
Bewilligungen nach kantonalem Recht	586	594	648
Total	1 162	1 188	1 300

Bewilligungen nach Bundesrecht

	2015	2016	2017
Ärzte/Ärztinnen mit Praxisbewilligung	351	367	411
Zahnärzte/-ärztinnen	89	95	96
Apotheker/-innen	15	18	22
Chiropraktoren/Chiropraktorinnen	1	1	1
Psychologen/-innen	68	63	66
Tierärzte/-ärztinnen	52	50	56
Total	576	594	652

Bewilligungen nach kantonalem Recht

	2015	2016	2017
Heilpraktiker/-innen	253	251	258
Physiotherapeuten/-innen und Osteopathen/-innen	80	82	93
Hebammen	41	46	50
medizinische Masseur/-innen	42	43	46
dipl. Pflegefachpersonen (ausserhalb von Spitälern/Kliniken)	30	29	27
Drogisten/Drogistinnen	15	16	15
Meldungen von Gesundheitsfachpersonen in Ausbildung (Praktika; Assistenz-Aerztinnen/Aerzte)	91	93	117
übrige Gesundheitsfachpersonen	34	34	42
Total	586	594	648

Anmerkung: Eine Gesundheitsfachperson kann mehrere Bewilligungen besitzen (d.h. die Zahl der Gesundheitsfachpersonen liegt unter dem Total der Anzahl der Bewilligungen). Auch angestellte Gesundheitsfachpersonen verfügen über eine Berufsausübungsbewilligung (d.h. die Zahl der Bewilligungen entspricht nicht der Zahl der Betriebe).

Institutionenbewilligungen

	2015	2016	2017
Spitäler, Privatspitäler, Kliniken	7	7	7
Organisationen der Hilfe und Pflege zu Hause (Spitex) --> getrennte Erfassung seit 2016	-	16	18
Behinderten- und Rehabilitationseinrichtungen sowie Alters- und Pflegeheime	52	50	49
übrige Institutionen	105	93	91
Total	164	166	165

Institutionenbewilligungen: Anbieter von Gesundheitsdienstleistungen in der Rechtsform GmbH, AG, Genossenschaft, Stiftung oder Verein müssen über eine Institutionenbewilligung verfügen.

Inspektionen durch die Fachstelle Gesundheitsfachpersonen und Heilmittelkontrolle

	2013	2014	2015	2016	2017
bei Heilpraktiker/-innen	27	20	27	18	10
bei Zahnarzt/-ärztinnen	9	8	6	6	5
in ärztlichen Praxen	12	10	7	8	2
bei Apotheken und Drogerien	4	5	5	15	5
weitere Praxen	16	9	10	9	7
andere Inspektionen ¹⁾	8	25	26	15	9
Total	76	77	81	71	38

¹⁾Abklärungen/Inspektionen im Rahmen der Heilmittel-, Betäubungsmittel- oder Medizinalproduktegesetzgebung und/oder von Berufsausübungen.

Beratungsstelle für Suchtfragen

Beratungen

	2013	2014	2015	2016	2017
Beratungen	161	135	138	181	130
Kurzberatung (bis 3 Stunden)	97	77	111	94	88
Total	258	212	249	275	218

Beratungen; Klientinnen und Klienten (mehr als drei Stunden Aufwand)

	2013	2014	2015	2016	2017
Männer	102	91	100	129	91
Frauen	45	40	35	48	33
Paare	14	4	3	4	6
Total	161	135	138	181	130

Beratungen; aufgeteilt nach Substanzen (mehr als drei Stunden Aufwand)

	2013	2014	2015	2016	2017
Alkohol	82	76	75	98	73
Cannabis	28	19	26	40	31
Drogen (exkl. Cannabis)	40	24	26	24	14
Rauchstopp	1	1	-	1	1
diverse	10	16	11	18	11
Total	161	136	138	181	130



Veterinäramt

Inspektionen Betriebs- und Schlachthygiene

	2013	2014	2015	2016	2017
bewilligte Schlachtbetriebe	11	9	9	9	8
Inspektionen	4	1	9	8	7
Beanstandungen	10	7	50	39	37

Fleischuntersuchungen; Schlachtungen total

	2013	2014	2015	2016	2017
Kühe/Rinder	676	594	507	538	440
Kälber	3	10	7	3	4
Schafe	468	549	531	477	419
Ziegen	231	284	226	165	192
Schweine	2 004	1 803	1 709	1 858	1 758
Pferde	2	60	100	98	66
Lamas, Alpakas	4	1	7	7	8
Total	3 388	3 301	3 087	3 146	2 887

Fleischuntersuchungen; Normalschlachtung

	2013	2014	2015	2016	2017
Kühe/Rinder	502	437	374	406	325
Kälber	3	7	4	2	3
Schafe	468	546	529	475	417
Ziegen	231	283	225	164	191
Schweine	1 995	1 795	1 703	1 853	1 752
Pferde	1	60	99	98	64
Lamas, Alpakas	4	1	7	7	8
Total	3 204	3 129	2 941	3 005	2 760

Fleischuntersuchungen; Notschlachtung

	2013	2014	2015	2016	2017
Kühe/Rinder	174	157	133	132	115
Kälber	-	3	3	1	1
Schafe	-	3	2	2	2
Ziegen	-	1	1	1	1
Schweine	9	8	6	5	6
Pferde	1	-	1	-	2
Lamas, Alpakas	-	-	-	-	-
Total	184	172	146	141	127

Rückstandsuntersuchungen

	2013		2014		2015		2016		2017	
	K	B	K	B	K	B	K	B	K	B
Rückstandsuntersuchung Stichproben Milch	10	-	10	-	6	-	10	-	3	-
Rückstandsuntersuchung Stichproben Fleisch	10	-	10	-	-	-	-	-	-	-
Rückstandsuntersuchung bei Verdacht Fleisch	73	4	47	7	27	-	27	2	31	1
Fremdstoffuntersuchung Masttiere lebend	12	-	12	-	18	-	20	-	11	-
Total	105	4	79	7	51	-	57	2	45	1

K = Kontrolle

B = Beanstandungen

Asyl und Integration

Unterbringung Kanton	Asylsuchende		vorl. Aufgenommene		Total anwesend		Differenz
	2016	2017	2016	2017	2016	2017	
zentrale Unterbringung	49	75	11	24	60	99	+ 39
Unterbringung Gemeinden	205	144	133	157	338	301	- 37
Total	254	219	144	181	398	400	+ 2

Unterbringung Gemeinden	Wohnbevölkerung	Asylsuchende		vorl. Aufgenommene		Total anwesend		Differenz
		2016	2017	2016	2017	2016	2017	
Urnäsch	2 324	13	10	3	3	16	13	- 3
Herisau	15 807	37	27	44	58	81	85	+ 4
Schwellbrunn	1 578	2	1	6	5	8	6	- 2
Hundwil	963	9	3	-	4	9	7	- 2
Stein	1 420	8	5	3	3	11	8	- 3
Schönengrund	524	3	2	3	3	6	5	- 1
Waldstatt	1 855	18	12	8	6	26	18	- 8
Teufen	6 277	38	28	7	9	45	37	- 8
Bühler	1 772	-	1	-	-	-	1	+ 1
Gais	3 104	10	15	12	12	22	27	+ 5
Speicher	4 298	15	13	13	15	28	28	+ 0
Trogen	1 731	8	7	1	2	9	9	+ 0
Rehetobel	1 750	4	1	9	8	13	9	- 4
Wald	858	-	-	4	3	4	3	- 1
Grub	1 044	4	2	4	5	8	7	- 1
Heiden	4 197	14	8	9	12	23	20	- 3
Wolfhalden	1 838	8	4	1	1	9	5	- 4
Lutzenberg	1 244	-	-	2	2	2	2	+ 0
Walzenhausen	2 001	11	5	4	6	15	11	- 4
Reute	696	3	-	-	-	3	-	- 3
Total	55 281	205	144	133	157	338	301	- 37

Zentrale Unterbringung	Asylsuchende		vorl. Aufgenommene		Total anwesend		Differenz
	2016	2017	2016	2017	2016	2017	
Unterbringung Zentren	17	43	8	18	25	61	+ 36
Nothilfestruktur	10	11	-	-	10	11	+ 1
diverse Unterbringungsfälle ¹⁾	22	21	3	6	25	27	+ 2
Total	49	75	11	24	60	99	+ 39

¹⁾ Haftfälle, spezielle Platzierungen

Entwicklung Zuweisungen

	2013	2014	2015	2016	2017
Anwesend am 01.01.	298	289	294	423	398
Zugänge	191	225	339	148	171
Erledigungen	200	220	210	173	169
Anwesend am 31.12.	289	294	423	398	400
Veränderung	- 9	+ 5	+ 129	- 25	+ 2

Zugänge

	2013	2014	2015	2016	2017
Bundes-Zuweisungen	174	168	293	91	93
Zuzüge aus anderen Kantonen	1	3	-	3	-
Geburten	6	5	11	18	24
vorläufige Aufnahme aus Asylgesuchsablehnungen	10	49	35	36	54
Total	191	225	339	148	171



Erledigungen

	2013	2014	2015	2016	2017
Wegzug in anderen Kanton	5	3	2	4	10
kontrollierte Ausreise	34	4	6	3	6
Ausschaffungen	35	14	21	17	5
Abreise nach unbekannt	77	30	34	33	14
Erteilung humanitäre Bewilligung	7	12	17	13	5
Erteilung andere Bewilligung	-	3	1	3	-
Anerkennung als Flüchtling	32	105	94	64	75
vorläufige Aufnahme aus Asylverfahren	10	49	35	36	54
Total	200	220	210	173	169

Departement Bau und Volkswirtschaft

Departementssekretariat

Behandlung von Rekursen und Einsprachen

	2013	2014	2015	2016	2017
Pendenzen vom Vorjahr	28	50	67	69	82
Eingänge	82	132	77	72	76
Erledigungen	60	115	75	59	75
Pendent Ende Jahr	50	67	69	82	83

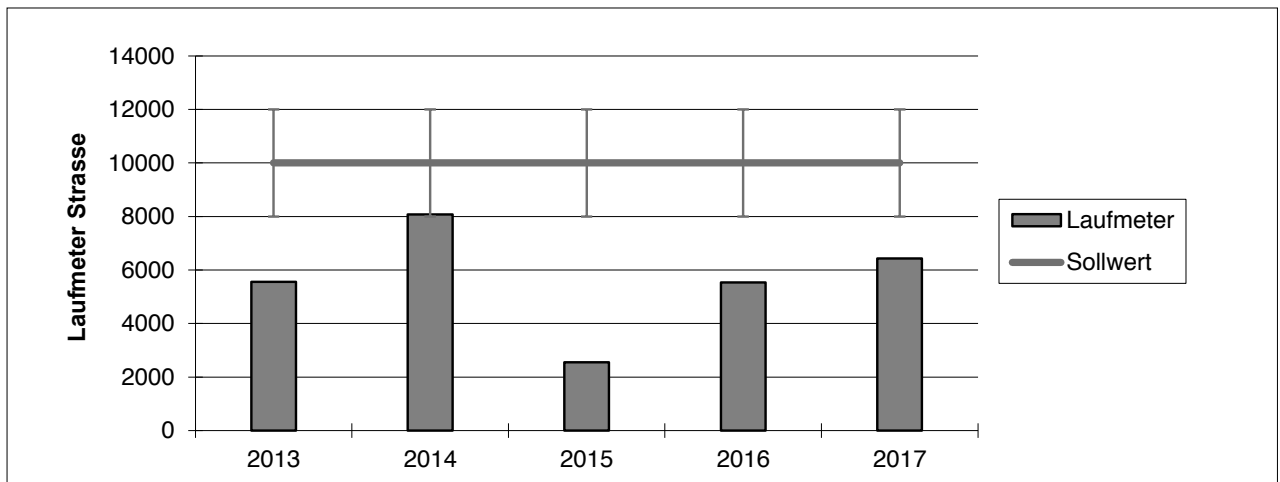
Wohnbaustatistik

	2015	2016	2017
Baubewilligte Wohnungen (ganzes Jahr, kantonsweit)	463	398	300
Im Bau befindliche Wohnungen (Ende Jahr, kantonsweit)	457	371	280
Neu erstellte Wohnungen (ganzes Jahr, kantonsweit)	257	311	236

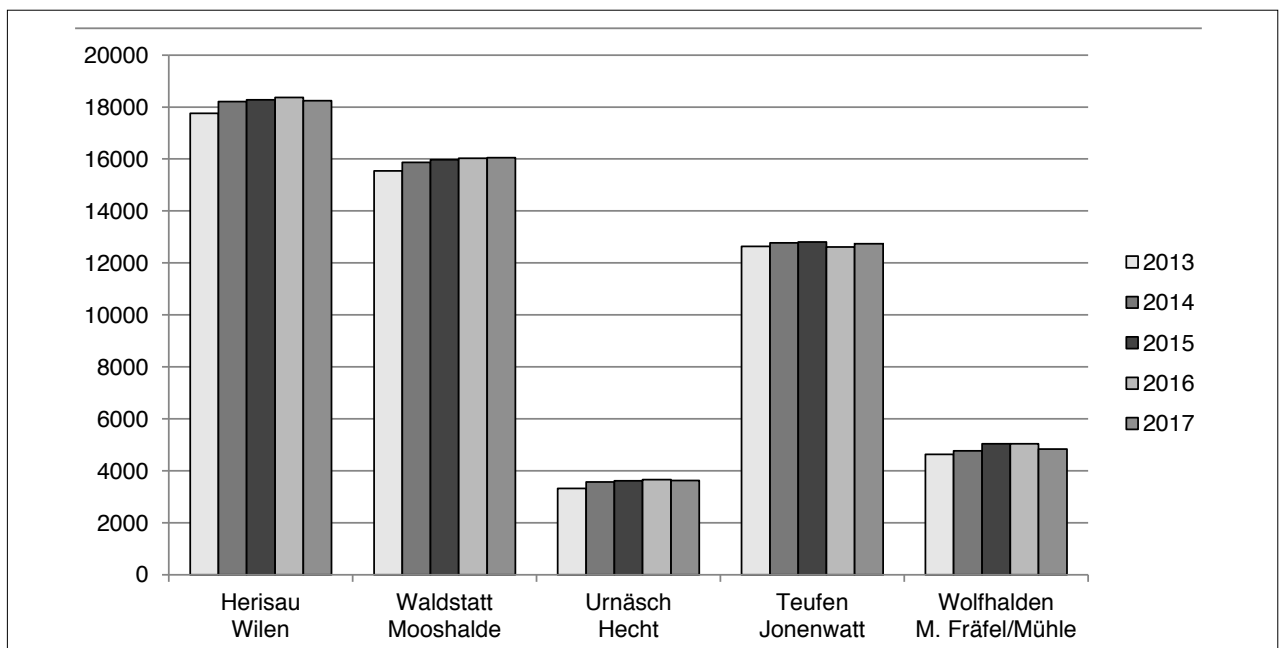
Quelle: Ausserrhoder Gemeinden

Tiefbauamt

Erneuerungsstatistik Kantonsstrassennetz

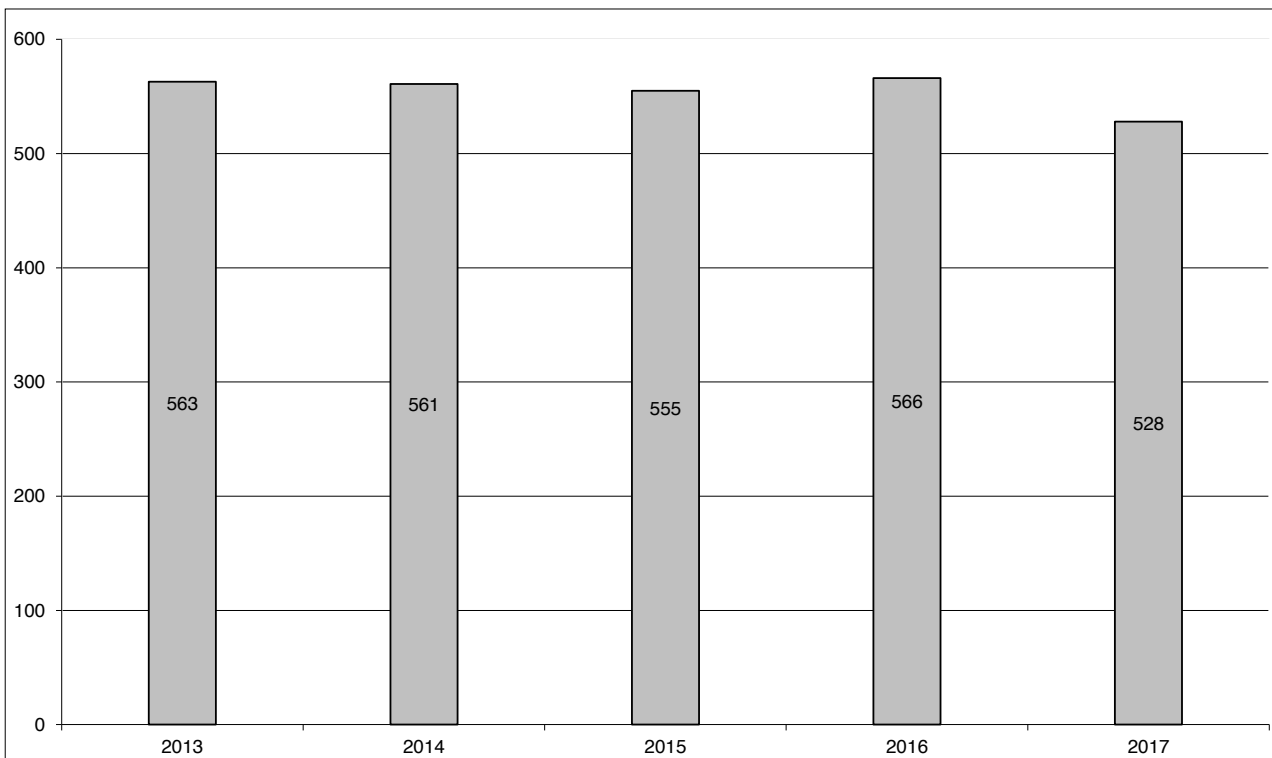


Automatische Verkehrserhebungen der stationären Anlagen; durchschnittlicher täglicher Verkehr (DTV)



Amt für Raum und Wald

Anzahl bearbeitete Baugesuche (ausserhalb Bauzonen und in nationalen Ortsbildschutzzonen)





Jagdverwaltung

Abschusszahlen Jäger und Wildhüter

	2013	2014	2015	2016	2017
Schwarzwild	-	-	2	-	2
Rotwild (Hirsche)	42	27	47	52	50
Gamswild	11	5	10	7	10
Rehwild	511	459	471	516	397
Total	564	491	530	575	459

Patente

	2013	2014	2015	2016	2017
Niederjagdpatente	140	143	152	146	131
Hochjagdpatente	57	53	62	59	56
Jagdstraffälle	7	1	5	1	-

Amt für Umwelt

Förderprogramm Energie: ausbezahlte Beiträge in Fr.

	2013	2014	2015	2016	2017
Thermische Solaranlagen	106 570	84 244	45 936	50 743	26 891
Photovoltaik-Anlagen	550 043	118 868	7 500	1 650	-
Holzfeuerungen	561 100	34 500	28 500	40 500	35 500
Wärmenetzanschlüsse	134 200	95 700	77 000	12 600	40 410
Erdsonden-Wärmepumpe	100 000	64 000	42 000	74 000	55 000
Minergie-Gebäude	172 010	262 870	103 630	20 000	15 516
Gebäudehüllen-Sanierung	397 130	455 850	145 000	10 000	37 650
Diverse Massnahmen	36 520	50 468	4 430	7 500	11 000
Total	2 057 573	1 166 500	453 996	216 993	221 967
Nat. Gebäudesanierungsprogramm	1 564 905	1 220 995	1 016 655	797 230	712 010
Gebäudeprogramm ab 2017					143 680

Förderprogramm Energie: geförderte Anlagen/Massnahmen

	2013	2014	2015	2016	2017
Thermische Solaranlagen	54	38	25	22	10
Photovoltaik-Anlagen	100	29	2	1	-
Holzfeuerungen	18	15	8	14	4
Wärmenetzanschlüsse	51	39	31	6	12
Erdsonden-Wärmepumpe	18	12	8	14	11
Minergie-Gebäude	20	28	11	3	1
Gebäudehüllen-Sanierung	62	60	14	1	4
Diverse Massnahmen	6	14	4	6	3
Total	329	235	103	67	45
Nat. Gebäudesanierungsprogramm	395	353	306	279	241
Gebäudeprogramm ab 2017 (Gesuche)					20



Amt für Wirtschaft und Arbeit

Entwicklung Anzahl Beschäftigte (B) und Vollzeitäquivalente (VZA) nach Wirtschaftszweigen und Gemeinden

	1. Sektor			2. Sektor			3. Sektor			Total		
	2013	2014	2015	2013	2014	2015	2013	2014	2015	2013	2014	2015
Herisau												
B	234	236	230	2 900	2 976	2 929	6 265	6 403	6 475	9 399	9 615	9 634
VZA	151	152	154	2 672	2 745	2 699	4 691	4 719	4 833	7 514	7 616	7 686
Hundwil												
B	138	139	137	41	46	49	274	256	293	453	441	479
VZA	101	99	100	37	39	42	181	175	207	319	313	349
Schönengrund												
B	49	52	51	19	35	37	80	70	72	148	157	160
VZA	36	35	38	15	27	30	54	48	46	105	110	114
Schwellbrunn												
B	151	157	156	66	72	81	226	237	248	443	466	485
VZA	111	112	112	59	63	70	164	154	164	334	329	346
Stein												
B	88	87	89	70	79	81	306	332	319	464	498	489
VZA	62	63	64	60	65	68	199	216	207	321	344	339
Urnäsch												
B	198	205	211	255	288	276	535	521	566	988	1 014	1 053
VZA	139	142	147	213	236	231	370	360	379	722	738	757
Waldstatt												
B	59	57	58	546	555	561	329	336	370	934	948	989
VZA	40	39	39	506	514	516	208	238	263	754	791	818
Bühler												
B	58	55	58	367	372	366	263	210	235	688	637	659
VZA	40	39	37	323	325	322	186	153	162	549	517	521
Gais												
B	115	114	112	357	361	366	801	788	782	1 273	1 263	1 260
VZA	80	80	79	315	312	321	565	541	536	960	933	936
Speicher												
B	60	65	62	225	248	267	727	772	757	1 012	1 085	1 086
VZA	43	44	45	191	214	230	522	537	540	756	795	815
Teufen												
B	119	122	116	473	473	470	2 107	2 258	2 271	2 699	2 853	2 857
VZA	69	73	72	420	424	416	1 505	1 586	1 600	1 994	2 083	2 088

	1. Sektor			2. Sektor			3. Sektor			Total		
	2013	2014	2015	2013	2014	2015	2013	2014	2015	2013	2014	2015
Trogen												
B	60	60	58	119	126	127	720	694	656	899	880	841
VZA	41	37	38	107	112	110	534	581	469	682	730	617
Grub												
B	46	49	48	64	54	61	180	171	173	290	274	282
VZA	31	33	32	55	48	52	126	116	119	212	197	203
Heiden												
B	68	65	60	830	849	824	1 885	1 958	2 018	2 783	2 872	2 902
VZA	41	38	39	772	781	761	1 391	1 418	1 498	2 204	2 237	2 298
Lutzenberg												
B	27	22	27	69	70	62	190	195	205	286	287	294
VZA	18	14	13	59	58	49	136	137	141	213	209	203
Rehetobel												
B	53	57	53	108	113	120	344	339	371	505	509	544
VZA	33	34	34	89	92	99	270	244	264	392	370	397
Reute												
B	28	29	27	36	35	32	148	144	150	212	208	209
VZA	20	19	17	30	28	25	98	97	103	148	144	145
Wald												
B	59	53	54	148	148	151	110	92	94	317	293	299
VZA	38	36	34	129	134	135	69	59	55	236	229	224
Walzenhausen												
B	47	53	51	336	337	328	891	884	839	1 274	1 274	1 218
VZA	27	32	30	308	304	296	632	628	597	967	964	923
Wolfhalden												
B	48	51	57	473	462	471	284	275	298	805	788	826
VZA	30	30	33	432	422	429	207	197	201	669	649	663
Total B	1 705	1 728	1 715	7 502	7 699	7 659	16 665	16 935	17 192	25 872	26 362	26 566
Total VZA	1 151	1 151	1 157	6 792	6 943	6 901	12 108	12 204	12 384	20 051	20 298	20 442

Quelle: STATENT Bundesamt für Statistik, Rundungsdifferenzen möglich, provisorische Daten der Vorjahre werden nachgeführt.

Gastgewerbe

Gemeinde	Anzahl Betriebe				
	2013	2014	2015	2016	2017
Urnäsch	25	25	26	24	23
Herisau	115	114	119	102	101
Schwellbrunn	17	18	18	14	14
Hundwil	14	14	15	13	14
Stein	12	12	12	10	11
Schönengrund	7	7	7	7	6
Waldstatt	11	10	11	10	10
Teufen	31	31	33	29	31
Bühler	15	16	15	13	15
Gais	25	23	25	20	20
Speicher	20	20	22	20	19
Trogen	14	13	14	12	13
Rehetobel	18	17	17	15	14
Wald	7	7	7	5	5
Grub	7	7	8	5	5
Heiden	33	33	34	32	30
Wolfhalden	15	15	15	14	13
Lutzenberg	3	3	3	1	1
Walzenhausen	14	15	15	12	13
Reute	8	8	8	3	3
Total	411	408	424	361	361

ausgestellte Bewilligungen	-	-	-	53	43
annulierte Bewilligungen	-	-	-	43	39

Arbeitsinspektorat

Bereich ArG/UVG		2015	2016	2017
Anzahl	Betriebsbesuche	109	101	88
	bearbeitete Planbegutachtungen und Plangenehmigungen	186	180	158
	diverse Geschäfte	58	57	50
Anzahl Beratungsgespräche	Total	174	172	169
	Mobbing	4	13	8
	sexuelle Belästigung	1	0	0

Bereich Flankierende Massnahmen/Arbeitsmarkt		2015	2016	2017
Anzahl	Meldungen	2446	2575	2398
	Kontrollen	107	107	126
	kontrollierte Personen	229	315	224
	abgeschlossene Fälle	89	171	74

Bereich Schwarzarbeit		2015	2016	2017
Anzahl	Kontrollen	79	60	53
	kontrollierte Personen	185	253	93
	vermutete Fälle von Schwarzarbeit	34	39	45
	abgeschlossene Fälle	81	48	38



Handelsregister

Bestand

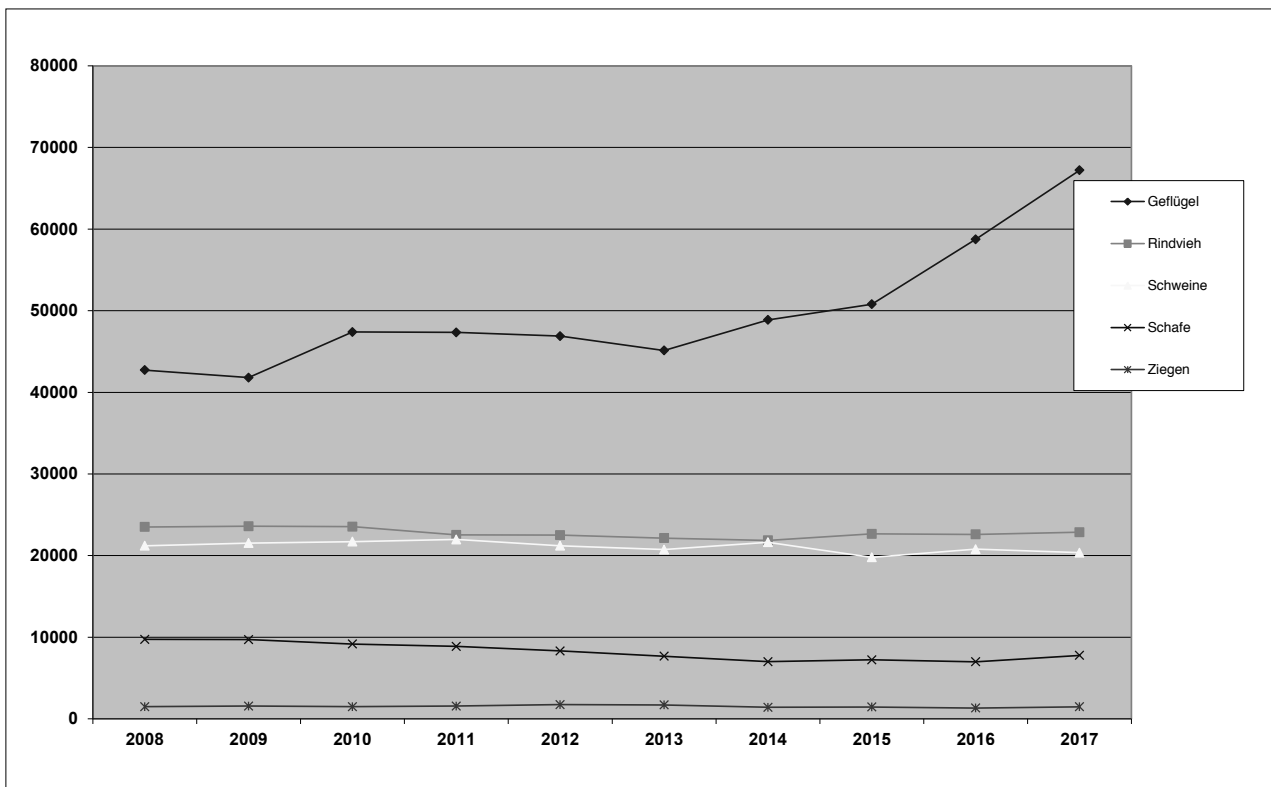
	2013	2014	2015	2016	2017
Einzelunternehmen	1 102	1 104	1 078	1 098	1 100
Personengesellschaften	66	62	60	56	61
AG	1 979	2 028	2 068	2 094	2 081
GmbH	1 360	1 444	1 482	1 526	1 569
Genossenschaften	56	56	52	51	48
Vereine	27	32	37	40	44
Stiftungen	131	128	129	132	135
besondere Rechtsformen	4	5	5	5	4
Zweigniederlassungen	105	104	104	108	105
Total	4 830	4 963	5 015	5 110	5 147
Veränderung		+ 2,8 %	+ 1,0 %	+ 1,9 %	+ 0,7 %

Eintragungen und Löschungen

	2013	2014	2015	2016	2017
Eintragungen Handelsregister	487	468	447	407	393
Löschungen	309	335	395	312	356
Total Zuwachs Firmen in Appenzell Ausserrhoden	178	133	52	95	37

Amt für Landwirtschaft

Entwicklung Tierbestände



Arbeitslosenversicherung

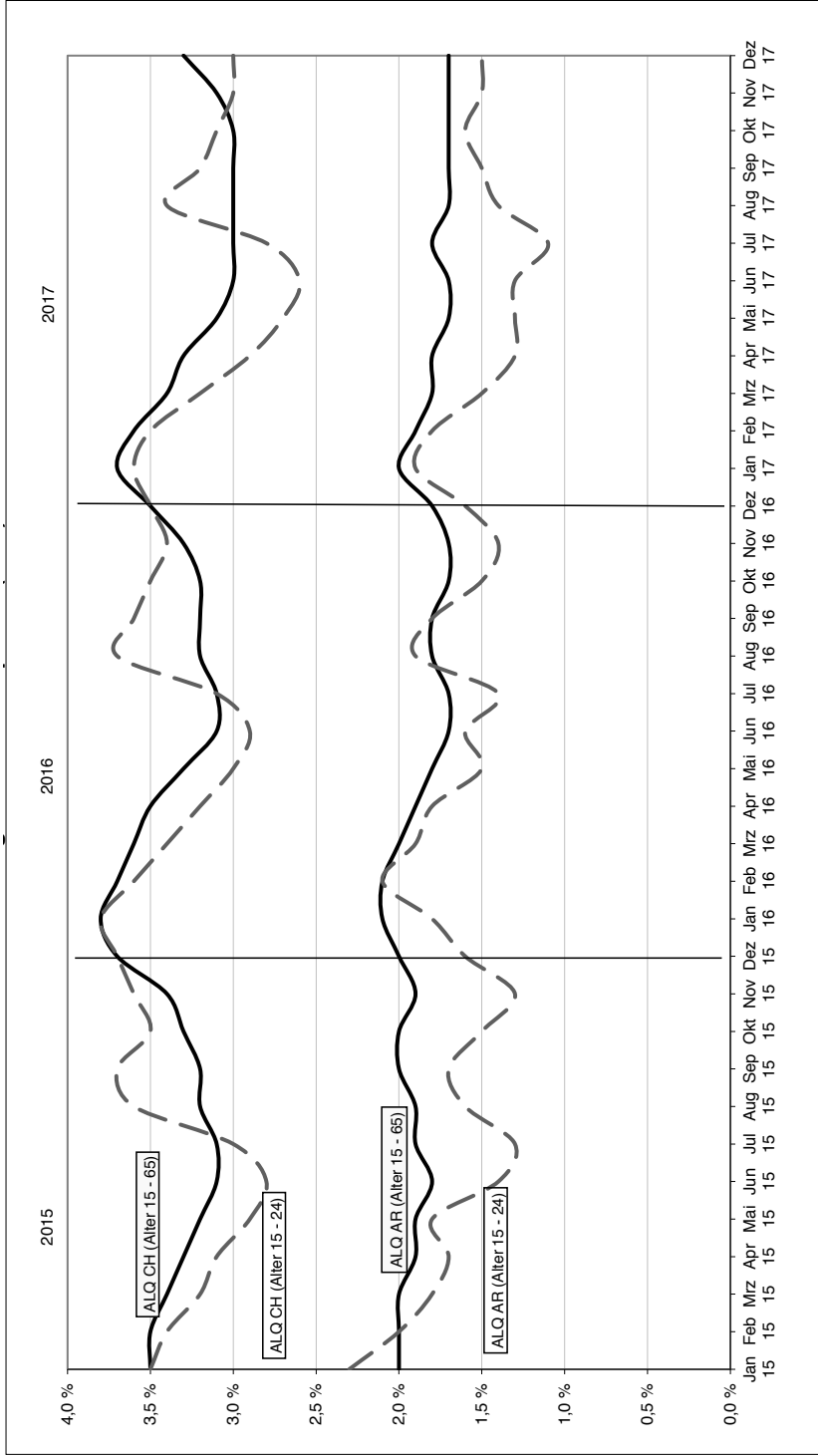
RAV-Statistik

	2013	2014	2015	2016	2017
Ø Stellensuchende	836	865	928	952	917
Ø Arbeitslosenquote	1,7 %	1,8 %	1,9 %	1,8 %	1,8%
Ø Personalbestand RAV ¹⁾	11,7	12,1	13,2	12,3	12,2
durchgeführte Beratungsgespräche	6 510	6 785	7 189	7 314	7 072
vermittelte Dauerstellen	61	79	80	80	105
vermittelte Aushilfsstellen/ Zwischenverdienste	39	50	57	55	80
verfügte arbeitsmarktliche Massnahmen	514	544	498	544	542
Stellenmeldungen	355	336	381	607	653
Ø Bezugstage bis Abmeldung pro stellensuchende Person	145	152	151	150	²⁾ 154
neu ausgesteuerte Personen	147	157	162	160	²⁾ 145

¹⁾ Vollstellen

²⁾ provisorischer Wert (definitiver Wert jeweils erst Ende April vorliegend)

Entwicklung Arbeitslosenquoten (ALQ)





Von Kurzarbeit betroffene Arbeitnehmende

	2013	2014	2015	2016	2017
Januar	241	150	24	185	176
Februar	283	266	32	183	87
März	249	157	64	76	51
April	133	29	52	126	15
Mai	29	28	53	76	70
Juni	21	20	53	116	129
Juli	3	6	2	89	4
August	3	6	147	69	4
September	15	6	19	75	4
Oktober	114	5	129	93	82
November	161	2	123	203	82
Dezember	169	6	190	197	0
Total	1 421	681	888	1 488	704

Auszahlung Arbeitslosenentschädigung (in Fr.)

	2013	2014	2015	2016	2017
Arbeitslosenentschädigung	18 808 326	19 026 164	20 204 806	20 544 167	19 060 520
Kurzarbeitsentschädigung	1 669 985	780 794	552 843	1 243 980	871 638
Schlechtwetterentschädigung	440 451	50 496	243 569	40 078	267 888
Insolvenzentschädigung	111 023	47 171	23 458	89 140	26 489
Präventivmassnahmen	663 982	649 814	444 342	792 431	808 583
Total	21 693 767	20 554 439	21 469 018	22 709 796	21 035 118

Departement Inneres und Sicherheit

Bevölkerung des Kantons 1980, 1990, 2000, 2012 - 2016

Quelle: Bundesamt für Statistik, Sektion Demografie und Migration 1990: Volkszählung vom 4. Dezember 1990; 2000: Volkszählung vom 5. Dezember 2000; 2012-2016: Stand 31. Dezember (STATPOP).

Appenzell Ausserrhoden

	1990	2000	2012	2013	2014	2015	2016
Hinterland	23 805	24 248	23 540	23 729	23 883	24 174	24 223
Mittelland	15 373	15 623	16 560	16 654	16 775	16 862	17 030
Vorderland	13 051	13 633	13 338	13 308	13 406	13 507	13 701
Total	52 229	53 504	53 438	53 691	54 064	54 543	54 954

Hinterland

	1990	2000	2012	2013	2014	2015	2016
Urnäsch	2 431	2 336	2 241	2 245	2 230	2 247	2 271
Herisau	15 624	15 882	15 222	15 342	15 512	15 721	15 730
Schwellbrunn	1 438	1 468	1 476	1 492	1 477	1 531	1 565
Hundwil	1 035	1 038	974	976	989	962	956
Stein	1 314	1 355	1 357	1 375	1 387	1 406	1 418
Schönengrund	434	459	492	509	510	524	516
Waldstatt	1 529	1 710	1 778	1 790	1 778	1 783	1 767
Total	23 805	24 248	23 540	23 729	23 883	24 174	24 223

Mittelland

	1990	2000	2012	2013	2014	2015	2016
Teufen	5 252	5 535	5 975	6 038	6 112	6 165	6 201
Bühler	1 628	1 598	1 705	1 702	1 704	1 705	1 746
Gais	2 662	2 770	3 018	3 052	3 081	3 073	3 106
Speicher	3 789	3 853	4 183	4 166	4 179	4 215	4 227
Trogen	2 042	1 867	1 679	1 696	1 699	1 704	1 750
Total	15 373	15 623	16 560	16 654	16 775	16 862	17 030

Vorderland

	1990	2000	2012	2013	2014	2015	2016
Rehetobel	1 688	1 742	1 709	1 731	1 725	1 729	1 773
Wald	851	881	843	832	856	844	864
Grub	1 019	1 038	1 021	1 020	1 016	1 008	1 040
Heiden	3 885	4 063	4 012	4 031	4 082	4 151	4 210
Wolfhalden	1 713	1 689	1 720	1 727	1 741	1 775	1 838
Lutzenberg	1 083	1 323	1 254	1 253	1 258	1 254	1 243
Walzenhausen	2 152	2 181	2 106	2 052	2 054	2 054	2 034
Reute	660	716	673	662	674	692	699
Total	13 051	13 633	13 338	13 308	13 406	13 507	13 701

Strassenverkehrsamt

Fahrzeugbestände (in Verkehr per 30.09.)

	2013	2014	2015	2016	2017
Personenwagen	30 491	31 036	30 998	31 786	31 785
Personentransportfahrzeuge	499	535	535	593	621
Sachentransportfahrzeuge	2 314	2 373	2 408	2 525	2 547
Landwirtschaftsfahrzeuge	2 301	2 316	2 309	2 348	2 334
Industriefahrzeuge	562	567	562	588	576
Motorräder	5 463	5 470	5 250	5 584	5 381
Anhänger	3 579	3 660	3 623	3 765	3 742
Total	45 209	45 957	45 685	47 189	46 986
Veränderung		+ 1,65 %	- 0,59 %	+ 3,29 %	- 0,43 %

Quelle: Statistik asa Vereinigung der Strassenverkehrsämter



Amt für Militär und Bevölkerungsschutz

Rekrutenaushebung

	2014	2015	2016	2017
Diensttauglich	252	256	254	206
Schutzdiensttauglich	45	40	40	35
Untauglich	49	52	56	39
Total Stellungspflichtige	346	348	350	280
davon Diensttauglich	73 %	74 %	73 %	74 %

Schiesswesen ausser Dienst / Bundesprogramm

	2014	2015	2016	2017
Bundesprogramm 300 m	1 544	1 493	1 537	1 462
Bundesprogramm 50 m / 25 m	97	82	107	97
Total	1 641	1 575	1 644	1 559
davon disziplinarische Bestrafung	39	47	54	49

Schiesswesen ausser Dienst / Feldschiessen

	2014	2015	2016	2017
Feldschiessen 300 m	778	713	877	769
Feldschiessen 50 m / 25 m	120	98	184	98
Jungschützen	66	66	80	108

Kontrollführung

	2014	2015	2016	2017
Stammkontrollbestand der im Kanton meldepflichtigen Armee- und Zivilschutzangehörigen	4 008	3 906	3 766	3 669
Entlassungen aus der Wehrpflicht (Offiziere, Unteroffiziere, Soldaten)	195	181	156	149

Wehrpflichtersatzabgabe

	2014	2015	2016	2017
Ersatzpflichtige	1 569	1 597	1 612	1 520
Rohertrag des Bundes (80 %) in Fr.	736 555	720 399	785 320	725 166
Rohertrag des Kantons (20 %) in Fr.	184 139	180 100	196 330	181 292

Zivilschutz

	2014	2015	2016	2017
Zivilschutzeinsätze zu Gunsten der Gemeinschaft	46	32	20	42
geleistete Dienstage	3 814	3 185	5 011	3 524
Belegungstage Ausbildungszentrum Herisau	269	233	253	268
Betreuungseinsätze Care-Team AR/AI	27	15	13	17

